

UiD

17/1998

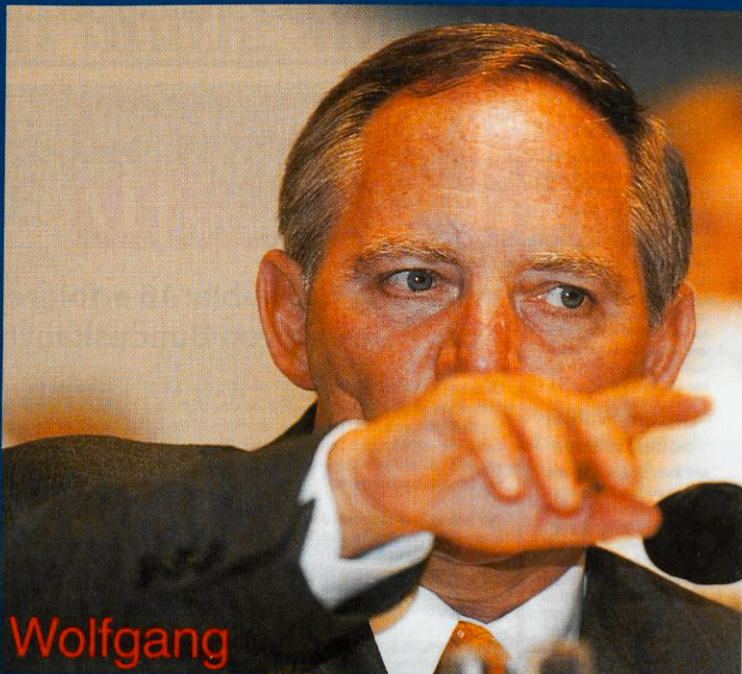
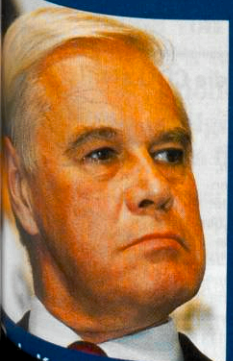
10. Parteitag der CDU
in Bremen
17.-19. Mai



Wolfgang Waigel: Seite 20



Wolfgang Schäuble: Seite 32



Wolfgang

Schäuble: „Wir sind bereit,
das Tor zur Zukunft mutig
aufzustoßen“

Seite 3-18



Nukleare
Abfälle und
Castor-
Transporte:
Bundes-
umwelt-
ministerin
Merkel legt
Zehn-Punkte-
Plan vor.

Helmut Kohl
zur Wahl von
Ministerpräsi-
dent Hoppner
mit den
Stimmen der
PDS: Giganti-
sches Täu-
schungsma-
növer.

Kurz & gut

Unser Weg ist richtig

...denn wir wir sind damit erfolgreich. Der Aufschwung kommt. Deutschland wird in diesem Jahr unter den westlichen Industriestaaten eine der höchsten Wachstumsraten erzielen - das bei völliger Preisstabilität und historisch niedrigen Zinsen.

Die beste Nachricht

... daß er Aufschwung endlich auch den Arbeitsmarkt erreicht hat, auch den Arbeitsmarkt im Osten. 200.000 Arbeitslose weniger im April in ganz Deutschland, der stärkste Rückgang seit der Wiedervereinigung. 470.000 offene Stellen, fast 30 Prozent mehr als im Vorjahr und mit einer besonders kräftigen Zunahme in den neuen Ländern.

Unsere Wähler sollen wissen

Mit ihrer Stimme für die Union stimmen sie am 27. September zugleich für die große Steuerreform, für niedrigere Steuern, für ein gerechteres Steuersystem. Die SPD hat dem nichts entgegenzusetzen.

Für den Bürger

... muß der Zusammenhang zwischen Steuerlast und staatlicher Aufgabenerfüllung wieder deutlicher sichtbar werden. Nur wenn dieser Zusammenhang leichter erkennbar ist, hat die Öffentlichkeit ausreichend Kontrolle über die zweckmäßige und sparsame Verwendung öffentlicher Mittel.

Ich sage es ganz einfach

Die Menschen in den neuen Ländern haben sich durch die vielen Umbrüche und Veränderungen nicht entmutigen lassen. Sie haben Großes geleistet in den Jahren seit der Wiedervereinigung. Ich finde, wir können stolz auf sie sein. Ein Land, das solche Menschen hat, hat Zukunft.

Aus dem Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, auf dem 10. Parteitag der CDU in Bremen

CDU

DAS WICHTIGSTE DER WOCHE AUF EINER SEITE

NR. 17

Ich glaube, daß die Union stärker als jede andere Kraft in Deutschland in der Lage ist, den Wandel zu gestalten und unser Land voranzubringen, weil wir beides verbinden: Reformbereitschaft und Verlässlichkeit.

Wolfgang Schäuble: 16 erfolgreiche Jahre unter der Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl

Dies ist der letzte Rechenschaftsbericht, den ich in dieser Wahlperiode für die gemeinsame Bundestagsfraktion von CDU und CSU zu geben habe. Es war eine erfolgreiche Legislaturperiode - so wie wir seit 16 Jahren erfolgreich die Geschicke unseres Landes bestimmen.

Wir haben in dieser Legislaturperiode unser Programm für Wachstum und Beschäftigung umgesetzt.

Wir haben damit die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft in dem weltweiten Ringen um Investitionen und Arbeitsplätze nachhaltig gestärkt.

Wir haben die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und das Schlichtewertgeld neu geregelt. Wir haben das Arbeitsrecht modernisiert und Einstellungs hemmnisse beseitigt.

Wir haben das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium erweitert und die Möglichkeiten zur Hilfe für Arbeit im Rahmen der Sozialhilfe ausgebaut.

Wir haben die Substanzsteuern beseitigt, und wir haben die Wettbewerbschancen gerade der mittelständischen Wirtschaft verbessert.

Wir haben privatisiert und dereguliert, damit neue Märkte erschlossen und die Weichen für eine preiswertere Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Dienstleistungen gestellt.

Wir haben den Aufbau Ost entscheidend vorangebracht und den Umbau unseres Sozialstaates mit Rentenreform und Gesundheitsreform eingeleitet.

Wir haben notwendige Antworten auf die Herausforderung des Rechtsstaates durch das Verbrechen gegeben, den Umweltschutz Schritt für Schritt vorangebracht und den Prozeß der europäischen Einigung mit dem Amsterdamer Vertrag und der Währungsunion kraftvoll vorangetrieben.

Wir haben unserer Leistungsbilanz ein wichtiges Kapitel hinzugefügt. 16 Jahre erfolgreiche Politik für Deutschland und Europa: 1982 sind wir angetreten, um unser Land aus der Krise zu befreien, in die es die SPD gesteuert hatte. 1990 haben wir die deutsche Einheit herbeigeführt und die Grundlagen für 's Aufbauwerk im Osten geschaffen. 1998 treten wir an, um angesichts neuer, weitreichender Herausforderungen Deutschland den Weg in das 21. Jahrhundert zu bereiten.

Immer sowohl als auch

Die "Süddeutsche Zeitung" hat 50 Gründe aufgezählt, die für Schröder als Kanzlerkandidaten sprechen. Grund Nr. 25: Schröder ist für den Euro. Grund Nr. 26: Schröder ist gegen den Euro. Grund Nr. 27: Schröder ist für

den Lauschangriff. Grund Nr. 28: Schröder ist gegen den Lauschangriff. Man könnte die Liste beliebig fortsetzen: für und gegen eine Ausbildungsabgabe, für und gegen die Absenkung des Spitzensteuersatzes usw.

Wofür die CDU steht

Die CDU Deutschlands steht für Verlässlichkeit ebenso wie für Innovation, für Kompetenz ebenso wie für Kreativität. Wir sind die Partei der wirtschaftlichen Reformen. Wir sind die Partei der deutschen Einheit. Wir sind die

Partei der europäischen Integration. Die CDU ist die politische Kraft für Deutschlands Zukunft. Davon, liebe Freunde werden wir die Wählerinnen und Wähler im Land überzeugen. Ich freue mich auf diesen Wahlkampf.

Wolfgang Schäuble:

Wir sind bereit, das Tor zur Zukunft mutig aufzustoßen



gestärkt. Mehr Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft, mehr Eigenverantwortung und Subsidiarität, weniger staatliche Eingriffe und Bürokratie – das waren die Grundsätze, von denen wir uns haben leiten lassen. Wir haben die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und das Schlechtwettergeld neu geregelt. Wir haben das Arbeitsrecht modernisiert und Einstellungshemmnisse beseitigt. Wir haben das arbeits-

marktpolitische Instrumentarium erweitert und die Möglichkeiten zur Hilfe für Arbeit im Rahmen der Sozialhilfe ausgebaut.

Dies ist der letzte Rechenschaftsbericht, den ich Ihnen in dieser Wahlperiode für die gemeinsame Bundestagsfraktion von CDU und CSU zu geben habe. Es war eine erfolgreiche Legislaturperiode – so wie wir seit 16 Jahren erfolgreich die Geschicke unseres Landes bestimmen.

Wir haben in dieser Legislaturperiode unser Programm für Wachstum und Beschäftigung umgesetzt. Wir haben damit die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft in dem weltweiten Ringen um Investitionen und Arbeitsplätze nachhaltig

Wir haben die Substanzsteuern beseitigt, und wir haben die Wettbewerbschancen gerade der mittelständischen Wirtschaft verbessert. Wir haben privatisiert und reguliert, damit neue Märkte erschlossen und die Weichen für eine preiswertere Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Dienstleistungen gestellt. Wir haben den Aufbau Ost entscheidend vorangebracht und den Umbau unseres Sozialstaates mit Rentenreform und Gesundheitsreform eingeleitet. Wir haben notwendige

Antworten auf die Herausforderung des Rechtsstaates durch das Verbrechen gegen, den Umweltschutz Schritt für Schritt vorangebracht und den Prozeß der europäischen Einigung mit dem Amsterdamer Vertrag und der Währungsunion kraftvoll vorangetrieben. Deutschland wird seiner Verantwortung für Frieden und Stabilität in der Welt gerecht, nicht zuletzt durch den Einsatz unserer Soldaten in Bosnien.

Wir haben unserer Leistungsbilanz ein wichtiges Kapitel hinzugefügt. 16 Jahre erfolgreiche Politik für Deutschland und Europa: 1982 sind wir angetreten, um unser Land aus der Krise zu befreien, in die es die SPD gesteuert hatte. 1990 haben

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, und zugleich Einführung in den Entwurf des Zukunftsprogramms auf dem 10. Parteitag der CDU in Bremen am 19. Mai

wir die deutsche Einheit herbeigeführt und die Grundlagen für das Aufbauwerk im Osten geschaffen. 1998 treten wir an, um angesichts neuer, weitreichender Herausforderungen Deutschland den Weg in das 21. Jahrhundert zu bereiten.

16 erfolgreiche Jahre unter der Führung unseres Vorsitzenden, unter der Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands dankt Helmut Kohl für diese gewaltige Leistung.

Nicht einmal die Opposition bestreitet, daß es 16 gute Jahre waren. Das ehrt die Opposition immerhin, aber wählen muß man sie ja deshalb noch lange nicht.

Auch wir werden nicht wegen unserer Leistungen in der Vergangenheit gewählt werden. Am 27. September stimmen die Wählerinnen und Wähler über die Zukunft ab. Die Bundestagswahl wird sich an der Frage entscheiden, wer die klarere Vorstellung, das bessere Konzept, den verlässlicheren Politikentwurf besitzt, um unser Land in schwieriger Zeit in eine gute Zukunft zu führen.

Die Sozialdemokraten – das ist offensichtlich – besitzen kein solches Konzept. Sie finden keine überzeugende Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft. Wenn ihnen Antworten abverlangt werden, dann zeigen sie sich entweder unfähig, Antworten zu geben, oder sie sind zerstritten. Sobald es konkret wird, sobald es zum Schwur kommt, ist es mit dem Burgfrieden bei der SPD vorbei. Ob Steuererleichterungen oder Rentenreform, ob wirkungsvollere Verbrechensbekämpfung oder Euro-Einführung, sofort beginnt der Streit: die einen dafür, die anderen dagegen.

Schröder, so haben manche gesagt und geschrieben, passe nicht zur SPD. Das ist falsch, das Gegenteil ist richtig: Er paßt ausgezeichnet zu dieser Partei – immer sowohl dafür als auch dagegen.

Die „Süddeutsche Zeitung“ – ich mache keine Werbung, aber das ist die Belegstelle; man muß ja genau sein – hat vor der Niedersachsenwahl 50 Gründe aufgezählt, die für Schröder als Kanzlerkandidaten sprechen. Grund Nr. 25: Schröder ist für den Euro. Grund Nr. 26: Schröder ist gegen den Euro.

Grund Nr. 27: Schröder ist für den Lauschangriff. Grund Nr. 28: Schröder ist gegen den Lauschangriff.

Klatschen Sie nicht zu früh, man könnte die Liste beliebig fortsetzen: für und gegen eine Ausbildungsabgabe, für und gegen verschärfte Zumutbarkeit in der Ar-

beitslosenversicherung, für und gegen die Absenkung des Spitzensteuersatzes, für und gegen Rentenreform, für und gegen deutsche Einheit, für und gegen, für und gegen.

Die Absicht, die die SPD verfolgt, ist klar. Sie versucht, möglichst wenig Angriffspunkte für die sachliche Auseinandersetzung zu bieten. Die Genossen glauben, ihre Wahlchancen zu optimieren, indem sie eine Art Medieninszenierung machen, die irgendwie modern wirken soll, ohne konkret zu werden, ohne daher bei irgend jemandem anzustoßen oder gar irgend jemandem wehezutun. Dem Thema Wandel oder Veränderung versuchen sie gerecht zu werden, indem sie ein Porträtfoto plakativieren und daneben einen roten Farbklecks. Das ist Zukunft. Und dann muß alles noch richtig ausgeleuchtet werden, und die Musik muß stimmen. Dabei haben Sie sich allerdings fast vergriffen. Erst wollten sie die Titelmelodie aus „Air Force One“ spielen, bis jemandem eingefallen ist, daß Schröder ja gar nicht amerikanischer Präsident werden kann. Und der ist übrigens auch für Helmut Kohl.

In den Redaktionen der großen Zeitungen in Deutschland wird seit dem Parteitag, den sie da in Leipzig hatten, überlegt, ob man zu Schröders Veranstaltungen überhaupt noch die politischen Redakteure schicken soll oder nicht lieber die Theaterkritiker. Aber nachdem er jetzt schon in Seifenopern im Vormittagsprogramm im Fernsehen zu sehen ist, wollen die Theaterkritiker mangels Seriosität auch nicht mehr hin.

Man sehe sich das Programm der SPD an: Auf ihrem Parteitag haben sie es in eineinhalb Minuten beraten und verabschiedet. Das ist doch beachtlich. Das ist übrigens exakt die Dauer eines Spots in den Fern-

sehnachrichtensendungen. Länger kann Schröder sowieso nicht argumentieren, mehr Inhalt hat er nicht.

Sie versuchen alles offen und unklar zu halten einschließlich der Koalitionsfrage. Dabei steht doch fest, daß es nach dem 27. September nur zwei Möglichkeiten gibt: Entweder hat die Koalition unter Führung von Union und Helmut Kohl wieder die Mehrheit – am liebsten, Helmut, eine große Mehrheit, aber notfalls nehmen wir auch eine kleine Mehrheit; eine kleine Mehrheit ist immer noch besser als eine klare Niederlage – oder Rot-Grün mit und ohne PDS hat die Mehrheit, und dann werden sie mit und ohne PDS regieren. Wie war das denn 1994 in Sachsen-Anhalt?

Ich gebe zu, ich war einer von denen, die im Juni 1994 vor der Wahl in Sachsen-Anhalt geglaubt haben, die Sozialdemokraten würden nicht vier Jahre nach der Einheit gemeinsame Sache mit den Kommunisten machen. Ich sage Ihnen, ich glaube denen kein Wort mehr. Die haben uns vor jeder Wahl angelogen.

Ich behaupte, wenn bei der Bundestagswahl 1994 die Koalition nicht ihre knappe Mehrheit errungen hätte, sondern SPD, Grüne und PDS hätten die Mehrheit im Bundestag gehabt, dann hätten wir schon 1994 einen Kanzler in Deutschland bekommen, der mit den Stimmen der PDS gewählt worden wäre. Und genau das müssen wir 1998 verhindern, liebe Freunde.

Hier geht es um mehr als um das Schicksal eines Bundeslandes im Osten Deutschlands. Das ist ja schon schlimm genug. Es geht auch nicht nur um Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern, wo die SPD dasselbe vorhat, es geht in Wahrheit um die Einheit Deutschlands. Denn

das, was die SPD da macht, das treibt Ost und West in Deutschland wieder auseinander.

Es geht um das Schicksal unseres Landes. Über 40 Jahre wurden die Menschen im Osten unseres Vaterlandes unterdrückt. Das ist doch wohl wahr. In einer friedlichen Revolution haben sich die Menschen in ihrer großen Mehrheit von dieser Unterdrückung befreit. Warum in aller Welt soll acht Jahre danach die SED unter neuem Namen wieder Einfluß auf Regierungshandeln in Deutschland gewinnen?

Und Schröder? Er habe abgeraten, wird gesagt. Ja, heißt das, er ist zu schwach, um sich in seiner Partei durchzusetzen? Und sein Müntefering – wenn es um den Humor geht, ist das so eine Art Harald Schmidt in der SPD -, der empfiehlt doch das PDS-Modell schon für Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern. Die SPD und Schröder machen es wie die Indianer: Wenn die irgendwo auf vorgeschobenen Beobachtungsposten lagen – das habe ich noch bei Karl May gelesen -, dann sind sie immer im Rückwärtsrutschen wieder aus dem Gebüsch hinaus und haben die Spuren verwischt. Genau das macht Schröder: um keinen Preis erkennen lassen, was man eigentlich will.

Und so kommt die demokratische Auseinandersetzung auf den Hund; denn die lebt doch von klaren Alternativen, vom Wettstreit in der Sache. Und die politische Moral leidet gleich mit; denn die lebt vom ehrlichen Flaggezeigen, von Berechenbarkeit und Verantwortlichkeit. So aber wie die Sozialdemokraten und Schröder pöppelt man Protestverhalten und politischen Radikalismus. Wer darüber dann hinterher Krokodilstränen vergießt, den nenne ich einen Heuchler.

Unsere Antwort auf den Waschmittel-Wahlkampf der SPD muß sein: Es geht nicht um die gefälligere Inszenierung. Es geht um Inhalte und um die Substanz der Politik. Wir müssen den Wandel gestalten.

Das ist anstrengend. Die Demagogen lügen immer die einfache Welt vor und suggerieren die scheinbar einfachen Lösungen. Aber das ist unehrlich. Wir halten dagegen: Die Welt verändert sich. Das schafft Anpassungsdruck. Alles hängt in der globalisierten Welt mit allem zusammen. Die Zusammenhänge sind kompliziert. Man kann den Problemen nicht ausweichen. Aber wir können uns, wenn wir uns auf unsere Stärken besinnen, eine gute Zukunft für uns und unsere Kinder erschließen.

Unseren Weg und unsere Ziele haben wir in unserem Zukunftsprogramm zusammengefaßt, das Ihnen der Bundesvorstand zur Abstimmung vorlegt. Mark Twain hat einmal gesagt: Vorhersagen sind immer schwierig, insbesondere in bezug auf die Zukunft. Wir wissen auch nicht in allen Einzelheiten, wie die Welt in 10 oder 15 Jahren aussehen wird. Was wir aber in unserem Programm versucht haben, das ist, ein ehrliches Bild von der Gegenwart und von der vorhersehbaren Zukunft zu zeichnen, ein Bild, so wie es die Menschen empfinden, mit all den ungeheuren Veränderungen, die stattfinden, mit all den Chancen, mit all der der Faszination, aber auch mit den Ängsten und Besorgnissen, die das alles bei vielen Menschen auslöst.

Aber nicht nur für junge Menschen haben das Offene an unserer Welt und in unserer Zeit und das Tempo der Veränderungen vor allem Begeisterndes und Faszinierendes. Angst vor der Zukunft ist immer ein schlechter Ratgeber. Herausforderungen annehmen, Chancen nutzen, Zukunft ge-

stalten, ins Offene schreiten – keine Generation vor uns hat jemals so großartige Perspektiven für Handeln und Verantwortung vorgefunden.

Wie wird die Gesellschaft, wie wird die Zukunft nach der Jahrhundertwende aussehen? Wir werden in einer Gesellschaft leben mit sehr viel mehr alten und vergleichsweise viel weniger jungen Menschen. Unser Zusammenleben wird vielfältiger, abwechslungsreicher sein: differenziertere Erwerbsbiographien, flexiblere Arbeits- und Lebensarbeitszeiten, mehr berufliche Mobilität – was ein höheres Maß an Qualifikation und Weiterbildung voraussetzt -, mehr Eigenverantwortung und Selbständigkeit als heute, ein differenzierteres Verhältnis von Familienleben und Berufsleben, Ruhestand und Alter als eigenständige Lebensphase mit ganz neuen Möglichkeiten.

Natürlich wird eine solche Entwicklung nicht konfliktfrei verlaufen. Eine der ganz großen Fragen wird sein, ob sich unsere Gesellschaft eher in eine individualistische oder eher in eine solidarische Richtung entwickelt. Wird sich unsere Gesellschaft womöglich in Arbeitsplatzbesitzer und Nicht-Arbeitsplatzbesitzer spalten, oder werden uns solidarische Lösungen für das Beschäftigungsproblem gelingen? Wie wird sich in einer Gesellschaft mit immer individuelleren Lebensentwürfen das Verhältnis von Eigenverantwortung zu sozialer Absicherung entwickeln müssen? Wie können wir angesichts des rasanten Wandels den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den sozialen Ausgleich garantieren? Wie bewahren wir Frieden und Freiheit nach innen und außen? Wie erhalten wir die Schöpfung für die, die nach uns kommen?

Wir sind überzeugt, auf diese Fragen die richtigen Antworten geben zu können. Wir sind bereit, das Tor zur Zukunft mutig aufzu-

stoßen. Die CDU hat eine Vision für Deutschland, eine Vorstellung, welcher Weg unsere Menschen in eine gute Zukunft führt. Wir haben eine Vorstellung davon, wie wir in der Welt von morgen für Arbeit, für Wohlstand, für Sicherheit, für Frieden und Freiheit sorgen. Und wir verwirklichen diese Vorstellung Schritt für Schritt.

Unser Weg ist richtig, denn wir sind damit erfolgreich: Der Aufschwung kommt. Deutschland wird in diesem Jahr unter den westlichen Industriestaaten eine der höchsten Wachstumsraten erzielen – das bei völliger Preisstabilität und historisch niedrigen Zinsen. Der Export brummt mit zweistelligen Zuwachsraten. Auch die Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern steigt. Der Maschinenbau zum Beispiel meldete für den März 25 Prozent plus bei den Inlandsaufträgen. Das alles scheint mir weniger ein Zeichen extremer Standortschwäche zu sein wie auch die Tatsache, daß mehr und mehr Unternehmen, die Deutschland vor Jahr und Tag den Rücken kehrten, ihre Produktion wieder aus dem Ausland zurückverlagern. Übrigens kommen sie eher nach Baden-Württemberg oder Bayern als nach Niedersachsen oder an die Saar.

Und was ich besonders ermutigend finde: Auch wichtige Branchen in den neuen Bundesländern wachsen mit zum Teil zweistelligen Zuwachsraten.

Die beste Nachricht ist, daß der Aufschwung endlich auch den Arbeitsmarkt erreicht hat, auch den Arbeitsmarkt im Osten. 200.000 Arbeitslose weniger im April in ganz Deutschland, der stärkste Rückgang seit der Wiedervereinigung. 470.000 offene Stellen, fast 30 Prozent mehr als

im Vorjahr und mit einer besonders kräftigen Zunahme in den neuen Ländern.

Daß der Aufschwung kommt, haben inzwischen auch die Sozialdemokraten gemerkt. Schon vor drei Wochen stand das in einer Anzeige von Schröder zu lesen. Sie sind freilich von Meinung, der Aufschwung finde statt, weil die Menschen damit rechnen, daß die SPD im September die Wahl gewinnt. Aber damit krieg Schröder noch nicht einmal in seiner Seifenoper einen Lacherfolg. Die Sozialdemokraten haben doch alles getan, um den Aufschwung aus kleinlichen parteitaktischen Motiven zu verhindern.

Nein, der Aufschwung kommt, weil wir die richtigen Entscheidungen gegen die rotgrünen Blockierer durchgesetzt haben und weil die Menschen begriffen haben, daß Anstrengungen und Veränderungsbereitschaft der bessere Weg für eine gute Zukunft sind.

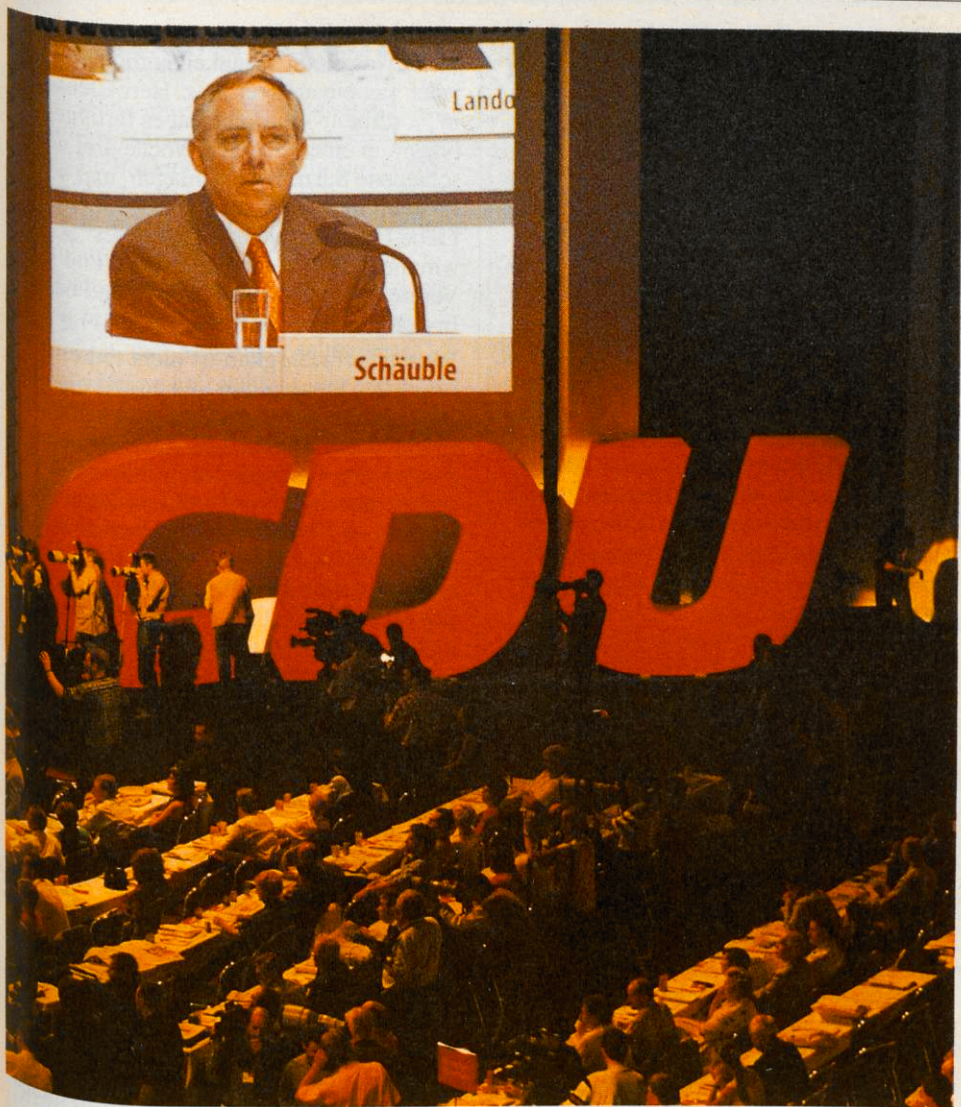
Trotz aller Erfolge gilt: Wir weichen der Realität und der Kompliziertheit der Zusammenhänge nicht aus und reden nicht darüber hinweg. Das ist das Anstrebende in unserem Programm. Die Menschen in unserem Land sind sich über die Realitäten durchaus im klaren. Sie wissen, daß der ewige Friede nicht ausgebrochen ist; sie wissen, daß wir nicht im Schlaraffenland leben. Die Menschen wissen auch: Die Veränderungen sind unvermeidlich. Es hat keinen Zweck, sich nach einer falschen Sicherheit zu sehnen, die nur rückwärts gewandt ist, aber nicht hilft, die Zukunft zu gewinnen. Wer behauptet, das Rad zurückdrehen zu können, wie das die Sozialdemokraten tun, der streut den Menschen Sand in die Augen; der betrügt sie um ihre Zukunft.

In einer solchen Zeit vielfältigen Wandels wächst das Bedürfnis nach Orientierung. Orientierung kann es nur auf der Grundlage ei-

nes allgemeinverbindlichen Kanons grundlegender Werte und Ziele geben. Dieser Wertekonsens muß in einer freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaft immer neu bekräftigt werden. Wir wollen eine Gesellschaft des sozialen Miteinanders, nicht des egozentrischen Nebeneinanders. Nicht Selbstverwirklichung um jeden Preis, nicht schrankenloser Individualismus sind das Maß. Entscheidend sind die gemeinschaftsstiftenden und gemeinschaftserhaltenden Werte wie Verantwortungsbereitschaft, Gemeinsinn, Nächstenliebe. Ohne sie verkommt jede Freiheit.

Wer bereit ist, diese Werthaltungen vorzuleben, wer bereit ist, Verantwortung für andere zu übernehmen, den wollen wir ermutigen und unterstützen. Viele Menschen, gerade auch junge Menschen, sind bereit zu helfen, sind bereit, mitzumachen und sich zu engagieren. Wir wollen dazu Anstöße geben, ihnen Ziele zeigen, die den Einsatz lohnen. Wir wollen die dynamischen Kräfte in unserer Gesellschaft stärken. Nur mit Leistungsbereitschaft, mit Fleiß und Disziplin – die andere als „Sekundärtugenden“ verspottet haben – ist Deutschlands Wohlstand geschaffen worden. Nur mit diesen Tugenden werden wir diesen Wohlstand auch in der Zukunft erhalten können.

Die Tugenden und Werte müssen immer auch vermittelt werden. Das heißt: Erziehung, die in der Schule nicht zu kurz kommen darf. Werte als Grundlage für das Zusammenleben mit anderen, Freiheit und Rücksichtnahme, Solidarität zwischen den Generationen – das heißt zuerst und vor allem Familie, die auch unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen die Lebensgemeinschaft der Zukunft bleibt.



Politik kann den Menschen die Verantwortung für sich und für den Nächsten nicht abnehmen; aber sie kann für Freiheit, für soziale Gerechtigkeit, für Zuwendung Weichen stellen.
Gemeinsame Werte sind für uns Christliche Demokraten der Kompaß, mit dem wir in einer Zeit der Umbrüche und Verän-

derungen Kurs halten können. Auch in unserer sich so rasch wandelnden Welt kann es gelingen, unsere Zukunft im Einklang mit unseren Leitbildern, mit unseren Werten und Überzeugungen zu formen. Weil unser Fundament fest ist, sind wir offen für die Zukunft. Und so gilt unser Ziel: die modernste Gesellschaft Europas.

Wirtschaftliches Wachstum und in der Folge mehr Beschäftigung hat für unsere Politik Vorrang. Mehr Wachstum erreichen wir in einer globalisierten Wirtschaft nur, wenn wir international wettbewerbsfähig bleiben. Deshalb steht Wettbewerbsfähigkeit am Anfang unseres Programms.

Wer heute im Wettbewerb der Wirtschaftstandorte die Nase vorn behalten will, der muß Investoren – inländischen wie ausländischen – attraktive Bedingungen anbieten können. Das ist nun einmal so. Und dazu gehören zunächst und vor allem die steuerlichen Rahmenbedingungen. Deshalb haben wir die investitionsfeindlichen Substanzsteuern beseitigt, und deshalb ist die linke Blockade der Reform von Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer verantwortungslos und schädlich für unser Land.

Steuersätze senken, Ausnahmen beseitigen, das Verhältnis von direkten zu indirekten Steuern korrigieren und eine Nettoentlastung von 30 Milliarden DM – das war, das ist und das bleibt das Ziel der Steuerpolitik der Koalition.

15 Prozent Eingangsteuersatz und 39 Prozent Spitzensteuersatz: Unser Steuerkonzept ist konkurrenzlos richtig. Wir stellen es mit der Bundestagswahl am 27. September zur Abstimmung.

Unsere Wähler sollen wissen: Mit ihrer Stimme für die Union stimmen sie am 27. September zugleich für die große Steuerreform, für niedrigere Steuern, für ein gerechteres Steuersystem.

Die SPD hat dem nichts entgegenzusetzen. Der von ihr vorgeschlagene Eingangsteuersatz von 20 Prozent ist zu hoch; denn so entsteht nicht genügend Anreiz, sich bezahlte Arbeit zu suchen. Und beim Spit-

zensteuersatz weiß längst kein Mensch mehr, was die SPD nun eigentlich will – jeder Tag ein anderer Satz. Herr Clement in Nordrhein-Westfalen hat es fertiggebracht, in einer einzigen Woche drei verschiedene Sätze vorzuschlagen, mal 43 Prozent, mal 45 Prozent, mal 49 Prozent. Liebe Freunde, sicher ist nur eines: So gewinnt die SPD keine Kompetenz und kein Vertrauen – beim Wähler nicht und bei den Investoren schon gar nicht.

Wettbewerbsfähigkeit ist nicht nur eine Frage des Steuerrechts. Wenn wir uns im Wettbewerb um Innovation und technologische Spitzenleistungen weiter behaupten wollen, dann müssen wir auf die Qualifikation unserer Arbeitskräfte in Deutschland setzen – auf die des Facharbeiters ebenso wie auf die des Diplom-Ingenieurs. Das setzt zum Beispiel voraus, daß wir die duale Berufsausbildung, um die uns doch die ganze Welt beneidet, leistungsfähig halten. Deshalb lehnen wir Ausbildungsplatzabgaben und Verstaatlichung ab.

Wir haben doch eher zuviel Abgaben und Bürokratie in Deutschland. Deshalb taugen die Denksätze der Linken, die immer noch mehr Bürokratie und noch mehr Abgaben wollen, nicht.

Anpassungsfähigkeit heißt auch, rechtzeitig modernisierte Berufsbilder zu entwickeln, die der geänderten Nachfrage insbesondere nach hochqualifizierten Dienstleistungen Rechnung tragen.

Unsere Hochschulen dürfen in Forschung und Lehre denen anderer Länder in nichts nachstehen. Erreichen können wir dies nur, wenn wir durch mehr Wettbewerb zwischen den Hochschulen für mehr Effizienz und Leistungsorientierung sorgen. Schon wieder müssen wir in der kommenden Woche den Einspruch der linken Bundesratsmehrheit gegen die Reform des Hochschulrahmengesetzes mit der Kanzlermehrheit zurückweisen. Aber wir wer-

den es, wie jedes Mal in dieser Legislaturperiode, schaffen.

Es ist schon einige Zeit her, aber unser Bildungssystem galt einmal weltweit als vorbildlich. Dem Reformeifer linker Bildungsideologen haben wir es zu verdanken, daß das heute nur noch eingeschränkt gilt. Damit muß endlich Schluß sein.

Die Defizite unseres Bildungswesens dürfen nicht länger die Berufs- und Lebenschancen junger Menschen schmälern.

Die Förderung von Schlüsseltechnologien behält für uns Vorrang. Informations- und Kommunikationstechnologie, moderne Umwelt- und Verkehrstechnik, Biotechnik – das sind die Grundlagen für zukünftiges Wachstum und neue Beschäftigungschancen. Weil das so ist, können wir uns die rot-grüne Technikverweigerung nicht leisten. Aufgeschlossenheit, Phantasie, Erfahrungsreichtum – das ist es, was wir brauchen, um uns in der Welt von morgen behaupten zu können.

Wir brauchen Existenzgründer mit Wagemut und Ideen für neue Märkte und neue Arbeitsplätze. Deshalb brauchen wir den Mittelstand, auch in einer Zeit, in der Fusionen von sogenannten global players Schlagzeilen machen. Übrigens, täuschen wir uns nicht: Wenn die Menschen lesen, daß Daimler und Chrysler fusionieren – wobei noch der badische Teil des Firmennamens von Daimler Benz auf der Strecke bleibt, was für die Badener besonders schmerzlich ist, dann finden die Menschen, Herr Ministerpräsident -, dann finden die Menschen, das ist ein toller Triumph der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Automobilindustrie. Aber die Menschen fragen sich auch: Was bedeutet das alles? Was steckt dahinter? Wieviel Handlungs- und Gestaltungsspielraum bleibt dann noch für nationale Politik, wenn sich die global players weltweit zusammenschließen? – Gerade deswegen müssen wir darauf Antwort geben.

Ich sage: Auch in einer solchen Zeit bleibt ein breit gefächertes Mittelstand Rückgrat und Motor wirtschaftlicher Dynamik.

Wenn sich der Wettbewerb in der globalisierten Wirtschaft nicht selbst zerstören soll, dann muß Raum für viele kleine und mittlere Unternehmen in Handwerk, Handel, Dienstleistungen aller Art bleiben. Ihnen vor allem gilt unsere Politik von Steuersenkungen, Begrenzung von Lohn- und Lohnzusatzkosten, Deregulierungen im Arbeitsrecht und Bürokratieabbau. Wer mehr Arbeitsplätze will, braucht mehr Arbeitgeber. Anders geht es nicht.

Eine wettbewerbsfähige Wirtschaft ist auf eine moderne Verkehrsinfrastruktur entscheidend angewiesen. Das ist ja klar:

Wenn wir höhere Lohn- und Lohnzusatzkosten haben, dann müssen wir besser sein. Dazu brauchen wir eine moderne Verkehrsinfrastruktur. Gerade für den Standort Deutschland, mitten in Europa gelegen, ist die Qualität und Leistungsfähigkeit des Verkehrssystems von vitaler Bedeutung. Deswegen Bahn- und Postreform. Das ist den Menschen nicht leichtgefallen. Wir haben die großen Leistungen der Mitarbeiter von Bahn und Post nicht geringgeschätzt. Trotzdem mußten im Interesse unserer Zukunftschancen die Bahn- und die Postreform sein. Deswegen Deregulierung der Energiemärkte! Wir kommen voran. In den jungen Bundesländern, in denen bis 1989 doch mehr abgehört als telefoniert wurde, haben wir inzwischen das modernste Telefonnetz Europas.

In Deutschland haben wir die meisten ISDN-Anschlüsse weltweit. Aber wenn wir mit der Magnetschwebbahntechnik neue Märkte erschließen wollen, dann

müssen wir den Transrapid eben auch in Deutschland bauen – und nicht wie Rot-Grün blockieren wollen.

Ein nicht zu unterschätzender Standortvorteil für Deutschland ist das insgesamt – bei uns besser als in anderen Ländern – ausgewogene Verhältnis zwischen städtischen Ballungszentren und ländlichem Raum. Das ist für die regionale Wirtschaftskraft ebenso wichtig wie für die Wohnqualität in Stadt und Land. Ohne eine lebensfähige Landwirtschaft ist diese ausgewogene Struktur nicht zu erhalten. Das ist nicht das schlechteste Argument, warum wir unsere Landwirtschaft auch in Zukunft weiter nach Kräften fördern werden.

Umweltschutz und Energieeinsparung bleiben für uns auf der Tagesordnung, auch wenn die Grünen dazu dummes Zeug reden. Die wollen jetzt eine stinknormale Partei werden, aber mir liegt die Betonung inzwischen ein bißchen zu arg auf der ersten Silbe.

Wer Umwelt gegen Arbeitsplätze ausspielt, der hat – so steht es in unserem Programmwurf – schon verspielt. Deshalb ist die Aufgabe nicht im nationalen Alleingang zu lösen, sondern nur im europäischen Rahmen; aber da muß sie dann auch gelöst werden.

Wettbewerbsfähig kann im übrigen nur sein, wer es vermag, sich veränderten Bedingungen frühzeitig und flexibel anzupassen. Dazu sind kleine Einheiten in Wirtschaft und Gesellschaft besser instand als bürokratische Großorganisationen. Gerade in einer so kompliziert gewordenen Welt mit so vielschichtigen und differenzierten Problemlagen finden kleine Einheiten, die unmittelbar Kontakt haben,

leichter die angemessenen Lösungen. Große Bürokratien sind selten kreativ, und sie sind nur mühsam für Probleme und für Problemlösungen verantwortlich zu machen, haben meist auch nicht den notwendigen unmittelbaren Zugriff.

Der bürokratische Zentralismus hat sich überlebt. Das gilt auf allen Ebenen von Staat, Wirtschaft und Verbänden, auf nationalstaatlicher Ebene genauso wie auf europäischer Ebene. Die Zukunft gehört den dezentralen Lösungen. Deshalb wollen wir die Kompetenzen der unteren Einheiten stärken und ihnen mehr Verantwortung übertragen. Das entspricht dem Subsidiaritätsgedanken.

Wir haben Vertrauen in die Menschen, nicht in die Apparate. Wir setzen auf Deregulierung und Entbürokratisierung, auf Eigenverantwortung, auf Wettbewerb, auf Regionalisierung von Zuständigkeit und Verantwortung.

Deshalb ist es nur konsequent, wenn wir uns in unserem Programm als eine der Schlüsselaufgaben für die nächste Legislaturperiode eine grundlegende Reform unseres föderalen Systems vorgenommen haben. Unsere föderale Ordnung hat sich in fünf Jahrzehnten hervorragend bewährt. Gerade in einem Europa, das sich stärker auf die Ebene der Regionen als auf die der Nationalstaaten stützen soll, das stärker dezentral gegliedert sein muß, könnte unsere föderale Ordnung so etwas wie ein staatsrechtlicher Exportschlager werden. Dennoch besteht Reformbedarf.

Wettbewerb stärkt Verantwortlichkeit, und Verantwortlichkeit ist ein Grundprinzip für jede funktionierende Demokratie. Heute sind die Verantwortlichkeiten der einzelnen Länder untereinander und im Verhältnis zum Bund oft zu wenig klar unterscheidbar. Im Zweifel versteckt sich der eine hinter dem anderen. Die Kultusmini-

sterkonferenz ist dafür ein wunderbares Beispiel.

Also brauchen wir mehr Möglichkeiten zu eigenverantwortlicher Gestaltung, was die Kompetenzen angeht ebenso wie im Hinblick auf die finanziellen Mittel. Für den Bürger muß der Zusammenhang zwischen Steuerlast und staatlicher Aufgabenerfüllung wieder deutlicher sichtbar werden. Nur wenn dieser Zusammenhang leichter erkennbar ist, hat die Öffentlichkeit ausreichend Kontrolle über die zweckmäßige und sparsame Verwendung öffentlicher Mittel.

Nur so wird es übrigens bei Landtagswahlen auch nicht mehr möglich sein, daß einer mit der schlechtesten Leistungsbilanz wie Schröder in Niedersachsen in seiner Landtagswahl davon total ablenken kann. Das ist ja gegen das demokratische Prinzip.

Und es ist doch nicht in Ordnung, daß bei der Wahl in Sachsen-Anhalt die Frage, warum Sachsen-Anhalt unter dem PDS-Tolerierungsmodell mit diesem Herrn Höppner in diesen vier Jahren eine viel schlechtere Entwicklung als in den vier Jahren zuvor genommen hat, keine Rolle gespielt hat und daß es den Linken gelungen ist, für alle Probleme die Verantwortung nach Bonn zu schieben. Nein, jeder muß für das, wofür er zuständig ist, auch die Verantwortung tragen, sonst funktioniert die Demokratie nicht.

So, wie der Länderfinanzausgleich gegenwärtig ausgestaltet ist, bestraft er im Ergebnis Länder, die erfolgreich Ansiedlungspolitik betreiben, und solche, die ihre Mittel sparsam einsetzen. Denn die dadurch erzielten Überschüsse werden fast vollständig unverteilt. Wer nichts tut, profitiert von den anderen. Eine sparsame Haushaltspolitik und eine ansiedlungsorientierte Wirtschaftspolitik muß sich aber für das jeweilige Land zukünftig wieder mehr lohnen – ohne daß der Länderfinanzausgleich des-

halb seinen guten Sinn verlieren muß, was den Ausgleich von Strukturanteilen zwischen den Ländern anbetrifft.

Eine föderale Ordnung soll Vielfalt und Unterschiedlichkeit zur Geltung bringen. In einer föderalen Ordnung kann es deshalb niemals um die Gleichheit aller Lebensverhältnisse gehen, sondern immer nur um Gleichwertigkeit und Chancengerechtigkeit.

Ein gewisses Maß an Ungleichheit ist unvermeidbar. Wenn man genau darüber nachdenkt, ist es sogar erwünscht. Es kommt nur darauf an, diese Ungleichheit für mehr gesellschaftliche und wirtschaftliche Dynamik fruchtbar zu machen. Wettbewerb belebt das Geschäft.

Wir finden uns mit der hohen Arbeitslosigkeit nicht ab. Arbeit, das ist für die Menschen mehr als nur Broterwerb. Arbeit bedeutet soziale Kontakte, soziale Anerkennung, ist Quelle von Selbstwertgefühl. Wenn arbeitswillige Menschen keine Arbeitsgelegenheit finden, wenn sie glauben müssen, nicht gebraucht zu werden, abgekoppelt zu sein von der Dynamik wirtschaftlicher Entwicklung und von Kommunikation, dann ist das heute in Deutschland die größte soziale Ungerechtigkeit. Deshalb steht für uns Arbeitslosigkeit im Zentrum der sozialen Frage, oder, wie die Freunde von der CDA gesagt haben: Es ist sozial, was Beschäftigung schafft.

Es ist ja nicht wahr, daß uns die Arbeit ausgeht. Arbeit ist in Deutschland vorhanden. Den Arbeitsämtern sind in den ersten vier Monaten dieses Jahres über 1,2 Millionen offene Stellen neu gemeldet worden. Trotz 4,4 Millionen Arbeitslosen können die Arbeitsämter noch immer 470.000 offene Stellen anbieten.

Da fragt sich der Bürger natürlich: Warum werden sie nicht und nicht viel schneller besetzt? Und warum können wir ohne ausländische Helfer kaum noch die Ernte einbringen und unsere Hotels und Gaststätten ohne ausländische Unternehmer und Mitarbeiter nicht betreiben?

Das hat viel mit mangelnder Qualifikation und mangelnder Flexibilität zu tun. Es hat auch mit Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu tun. Arbeit ist in Deutschland genug vorhanden, aber Nachfrage nicht zu den Bedingungen, zu denen Arbeit bei uns zu regulären Preisen angeboten wird. Arbeit muß bezahlbar bleiben.

Deshalb ist die moderate Lohnpolitik, die die Tarifpartner seit geraumer Zeit verfolgen, alternativlos richtig. Wer jetzt – wie Lafontaine – glaubt, das Ende der Bescheidenheit fordern zu müssen und einläuten zu können – oder wie die gedankenlosen Parolen lauten –, der versündigt sich an den Arbeitssuchenden in unserem Land.

Ich glaube, wir müssen nicht das Ende der Bescheidenheit, sondern eher das Ende sozialistischer Großmannssucht verkünden.

Wir haben in Deutschland ein großes, ein nicht ausgeschöpftes Potential an Arbeit, insbesondere im Dienstleistungsbereich. Wir werden dieses Potential – es handelt sich nach Schätzungen ja immerhin um bis zu fünf Millionen Arbeitsplätze – nur mit mehr Flexibilität bei Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen, auch in der Entgeltstruktur, erschließen können. Das fordert die Tarifpartner, und wir haben die Rahmenbedingungen verbessert – im Arbeitsrecht wie bei den Lohnzusatzkosten. Die Krankenkassenbeiträge steigen nicht mehr, und die Renten bleiben sicher – bei wirtschaftlich verkraftbarer Beitragsbelastung. Die SPD will das alles rückgängig

machen. Das ist übrigens das einzig Konkrete ihrer Aussagen: Vorwärts, Genossen, es geht zurück!

Wenn in bestimmten Bereichen Löhne, die im Ergebnis über unserem Sozialhilfeniveau liegen, nicht gezahlt werden können – das ist z.B. in der Landwirtschaft so –, dann brauchen wir eine bessere Verzahnung von Arbeitseinkommen mit staatlichen Leistungen wie Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe, eine Art Kombilohn.

Unser Problem ist weniger, daß die Menschen nicht auch auf einfachen Arbeitsplätzen arbeiten wollen. Unser Problem ist: Es lohnt sich einfach zu wenig. Deshalb müssen wir unsere staatlichen Leistungen so gestalten, daß jeder, der arbeitet, mehr verdient, als wenn er nicht arbeitet.

Aber natürlich muß umgekehrt dann auch weniger bekommen, wer zumutbare Arbeit verweigert. Deshalb sollte die SPD die Sozialhilfereform nicht länger im Bundesrat blockieren.

Wir wollen – wir müssen – in den neuen Ländern mehr Beschäftigung erreichen. Die Voraussetzungen dafür sind gut, der dramatische Beschäftigungsabbau ist überwunden. Es geht aufwärts, langsam zwar, aber stetig. Die Menschen in den neuen Ländern mußten dafür einen Anpassungsprozeß bewältigen, der seinesgleichen sucht, der ihre Belastbarkeit auf die denkbar härteste Probe gestellt hat. Nur jeder vierte Arbeitnehmer im Osten ist heute noch auf seinem alten Arbeitsplatz beschäftigt. Können wir im Westen uns überhaupt vorstellen, was das bedeutet?

Die Menschen in den neuen Ländern haben sich durch die vielen Umbrüche und Veränderungen nicht entmutigen lassen. Sie ha-

ben Großes geleistet in den Jahren seit der Wiedervereinigung. Ich finde, wir können stolz auf sein, und wir im Westen sollten ihrer Leistung jeden Respekt zollen.

Ich sage ganz einfach: Ein Land, das solche Menschen hat, hat Zukunft.

Wir im Westen haben solidarisch geholfen beim Aufbau Ost. Für die meisten von uns war das selbstverständlich, ein Gebot nationaler Solidarität – so wie die Soldaten unserer Bundeswehr im vergangenen Sommer im Oderbruch auf großartige Weise Solidarität bewiesen haben. Wir lassen uns in dieser Solidarität auch nicht irremachen, schon gar nicht von ein paar Stadtverordneten von SPD und PDS, die ihren Helfern noch nicht einmal eine Gelöbnisfeier ausrichten wollten.

Das Gefühl für nationale Solidariät, für nationalen Zusammenhalt, das ist uns Deutschen auch nach Jahrzehnten der Teilung nicht verlorengegangen. Das haben wir am Tag der Maueröffnung ebenso gespürt wie am 3. Oktober 1990. Die gemeinsame nationale Identität war stärker als alle Ideologie. Auch die sowjetische Vormacht hat das am Schluß einsehen müssen. Nationale Identität aber – das müssen wir, so glaube ich, auch für die Zukunft beherzigen –, gemeinsame nationale Identität kann sich nicht nur auf kritische Distanz gründen, auf kritische Distanz zur eigenen Geschichte, so notwendig kritische Distanz gerade angesichts der jüngeren deutschen Geschichte auch ist. Gerade eine freiheitliche Demokratie ist auf Identifikation, ist auf den Patriotismus, auf die Vaterlandsliebe ihrer Bürger angewiesen. Auch am Ende dieses Jahrhunderts bleibt mir unerfindlich, warum ein Deutscher sein Vaterland nicht genauso lieben soll wie ein Franzose oder ein Italiener.

Die SPD ist zu alledem unfähig. Die SPD hat zu keinem Zeitpunkt Solidarität mit unseren Landsleuten im Osten aufgebracht. Sie hat die Menschen immer nur auseinandergetrieben. Durch die Zusammenarbeit mit der PDS wird das noch schlimmer, wie Heinrich August Winkler, Sozialdemokrat und Historiker, der sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung besonders beschäftigt, am Samstag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ geschrieben hat:

Ein neuer Sonderweg, der ins Abseits führt und dazu beiträgt, die Spaltung Deutschlands in zwei politische Kulturen zu vertiefen.

Und weiter:

Die PDS ist der Gralshüter staatssozialistischer Traditionen. Jedes Bündnis mit ihr ist ein Anschlag auf die Glaubwürdigkeit des sozialdemokratischen Erneuerungswillens.

Wenn das ein sozialdemokratischer Historiker schreibt, der sein wissenschaftliches Leben im wesentlichen der Geschichte der Arbeiterbewegung widmet, dann, finde ich, sollte die SPD es ernst nehmen. Das ist nicht neue Mitte, das ist alte Linke.

Dann betreiben sie die Spaltung auch noch in der umgekehrten Richtung: Schröder hat noch vor wenigen Tagen erklärt, es werde noch lange dauern, bis sich Ost und West – ich zitiere – „tatsächlich auf Augenhöhe begegnen, sozial, ökonomisch und menschlich“. Lassen wir einmal das Soziale und Ökonomische beiseite – was heißt es denn, sich menschlich auf Augenhöhe zu begegnen, und wer ist denn da wohl wem überlegen? Das ist eine so er-

bärmliche Ausdrucksweise, perfide dazu, das verrät letztlich Menschenverachtung.

Wir bleiben die Partei der Einheit. Wir haben Respekt vor unterschiedlichen Lebenswegen und Erfahrungen. Wir wissen, wieviel noch zu tun bleibt, und wir sind auch stolz auf das, was die Menschen in Ost und West vor und nach der Wende an Einheit in Frieden und Freiheit zustande gebracht haben.

Deutschland liegt nicht mehr zweigeteilt im Schatten des Eisernen Vorhangs. Das geeinte Deutschland liegt heute in der Mitte des sich vereinigenden Europas. Wir sind das Bindeglied zwischen Ost und West in Europa. Wir haben mehr Nachbarn als jedes andere Land in Europa. Wir sind daher von allem, was sich in Europa ereignet, im Guten wie im Schlechten, immer unmittelbar mitbetroffen, stärker betroffen als jeder unserer Nachbarn. Deshalb haben wir Deutsche ein überragendes Interesse an der Stabilität in Europa, Stabilität, wie sie sich nur aus europäischer Einigung und Integration ergeben kann.

Deshalb ist der Fortgang der europäischen Einigung für uns die beste Zukunftsoption. Weil das so ist, weil wir wissen, daß wir mit unseren europäischen Nachbarn in einer Schicksals- und Verantwortungsgemeinschaft verbunden sind, war das Zustandekommen der Wirtschafts- und Währungsunion für uns von so entscheidender Bedeutung; denn die Währungsunion ist eine starke Klammer für das europäische Einigungswerk.

In Brüssel ist eine historische Entscheidung getroffen worden. Elf souveräne europäische Staaten haben sich aus freien Stücken auf eine gemeinsame Währung geeinigt. Diese gemeinsame Währung

steht für Stabilität nach innen und gibt Europa mehr Gewicht nach außen. Der europäische Binnenmarkt wird mit dieser gemeinsamen Währung besser funktionieren, und deshalb wird der Euro dazu beitragen, daß wir mittelfristig mehr Arbeitsplätze und weniger Arbeitslosigkeit bekommen.

Es wird eine stabile Währung sein. Geldstabilität – das wissen wir – ist die wichtigste Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, denn Inflation bedeutet immer Ausbeutung der sozial Schwachen. Die Preissteigerungsraten bewegen sich heute überall in Europa bei einem historischen Tiefstand. Ich erinnere daran – das öffentliche Gedächtnis ist ja kurz –: Solange die SPD in diesem Land regiert hat, lagen die Inflationsraten zwischen 5 und 8 Prozent jährlich, heute liegen sie bei unter 1,5 Prozent.

Das hindert die Sozialdemokraten nicht daran, weiter Ängste und Besorgnisse vor dem Euro zu schüren. Schröder hat den Euro in der für ihn offenbar typischen Weise als „kränkelnde Frühgeburt“ bezeichnet und das Gespenst steigender Arbeitslosigkeit an die Wand gemalt. Aber wer zu einem solchen Jahrhundertvorhaben keine klare Haltung bezieht und die Menschen nur ängstigt und verunsichert, der beweist letztlich, daß er nicht geeignet ist, Regierungverantwortung für unser Land zu übernehmen.

Politik, und das gilt in Europa, bei der europäischen Einigung in besonderer Weise, ist das geduldige Bohren dicker Bretter mit Leidenschaft und Augenmaß. Helmut Kohl handelt nach dieser Devise. Er hat mit seinem Ansehen und mit seiner Erfahrung dafür gesorgt und durchgesetzt, daß der Euro als starker Euro kommt.

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Bill Clinton, hat in der vergangenen Woche in seiner beeindruckenden Rede im Berliner Schauspielhaus die Vision und die entschlossene Führungsrolle von Bundeskanzler Helmut Kohl gewürdigt. Er hat, an Helmut Kohl gerichtet, erklärt: „Auch wenn viele Deutsche das Ergebnis noch nicht kennen und vielleicht noch nicht die Vorteile Ihres weitblickenden, mutigen Kurses spüren, stehen Sie ganz klar auf der richtigen Seite der Geschichte. Amerika honoriert Ihre Vision und Ihre Leistungen, und wir sind stolz darauf, Seite an Seite mit Ihnen in das neue Jahrtausend zu gehen.“ Liebe Freunde, dem habe ich nichts hinzuzufügen.

Die gemeinsame europäische Währung, ist der bessere Weg, um Sicherheit, Wohlstand, Stabilität und soziale Gerechtigkeit in Europa zu gewährleisten. Deshalb bleibt die europäische Einigung unser Weg, um die Interessen des vereinten Deutschlands an der Schwelle zum kommenden Jahrhundert so gut wie irgend möglich wahrzunehmen. Mit Helmut Kohl können wir das besser als mit Herrn Schröder.

Wenn wir uns Wohlstand und soziale Sicherheit in einer sich rasch verändernden Welt erhalten wollen, dann werden wir uns weiter anstrengen müssen. Veränderungen sind immer anstrengend. Anstrengung fällt uns nach Jahrzehnten der scheinbar mühelosen Zuwächse nicht leicht. Aber zur menschlichen Existenz gehört Anstrengung, und Stillstand bedeutet Rückschritt.

Es gilt aber auch das andere: Daß man Wandel mit Stabilität verbinden muß, damit der Wandel gelingen kann. Es gilt bei-

des: Wandel und Vertrauen. Wer nur das eine hat und das andere nicht, wird beides nicht erreichen. Deswegen sind die Fragen der inneren Sicherheit so wichtig. Wer den Zusammenhang von Recht und Freiheit, von Stabilität und Toleranz nicht begreift, der wird keine Rahmenbedingungen für eine Zukunft von Menschenwürde, Offenheit und sozialer Gerechtigkeit schaffen.

Ich glaube, daß die Union stärker als jede andere Kraft in Deutschland in der Lage ist, den Wandel zu gestalten und unser Land vorzubringen, weil wir beides verbinden: Reformbereitschaft und Verlässlichkeit. Beides zusammen verkörpern wir am besten in der Person von Helmut Kohl.

Wir lassen uns nicht in den Wettlauf darum drängen, wer die Ängste der Menschen am lautesten formulieren kann. Wir lassen uns keinen Wettbewerb in Verbalradikalismus aufdrängen. Das stärkt nur die Extremisten. Ängste ernst nehmen, ja. Aber wir müssen den Menschen auch die Ängste nehmen. Umgekehrt werden wir die Rolle des billigen Jakobs anderen überlassen. Mit uns ist es nicht so bequem, es war die letzten vier Jahre nicht immer bequem, auch nicht die letzten acht Jahre. Aber wir bieten den verlässlicheren Weg, den besseren Weg in die Zukunft.

Wir müssen die Menschen vom Wert der Toleranz, der Mäßigung überzeugen. Mäßigung auch im Sinne von Kompromiß und Konsens im politischen Meinungsstreit, im Ausgleich der Interessenstandpunkte. Integration zur Mitte – das ist entscheidend im Kampf gegen den Extremismus; niemals mit Extremisten gemeinsame Sache machen, egal ob von rechts oder von links.

Die Rechtsextremen sind so schlimm wie die Linksextremen, und umgekehrt gilt das auch. Sie unterscheiden sich kaum, und wer anfängt, mit den einen gemeinsame Sache zu machen, der hat die Legitimation zur Bekämpfung der anderen schon verspielt. Mir bleibt völlig unverständlich, wie die Sozialdemokraten glauben konnten, man könne mit den Kommunisten von der PDS zusammenarbeiten, ohne dadurch den Rechtsextremismus zu fördern. Extreme verhalten sich – das wissen wir seit Weimar – wie kommunizierende Röhren. Es ist schon eine Unverfrorenheit sondergleichen, daß uns Herr Höppner in Sachsen-Anhalt einspannen wollte, um unter dem Alibi, die DVU bekämpfen zu wollen, in Wahrheit die PDS salonfähig zu machen.

Gemeinsam mit der PDS die DVU bekämpfen – das hieße nun wirklich, den Bock zum Gärtner zu machen. Unsere Freunde in Sachsen-Anhalt haben darauf die einzig richtige Antwort gegeben.

Noch einmal: Nur eine Volkspartei der Mitte, die zur Mitte hin integriert, die wirtschaftliche Effizienz mit sozialem Ausgleich und sozialer Gerechtigkeit, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit ökologischer Nachhaltigkeit, Freiheit mit Sicherheit, Toleranz mit Rechtsstaatlichkeit und nationale Solidarität mit europäischer Integration verbindet, hat die notwendige Kraft, um Zukunft zu gestalten. Deswegen ist die Union die bessere Partei für die Zukunft.

Worum geht es bei der Bundestagswahl am 27. September? Es geht um die Frage, ob wir Deutschen die Herausforderungen annehmen, vor die wir gestellt sind, ob wir diese Herausforderungen meistern und uns damit eine gute Zukunft sichern oder

ob wir den Herausforderungen auszuweichen versuchen, uns freiwillig auf den Weg in die Zweit- oder Drittklassigkeit begeben und die gestaltende Rolle anderen überlassen. Aufschwung oder Abstieg, Fortschritt oder Stagnation, Stabilität oder Unsicherheit, Weltoffenheit oder Isolation, Zukunftsfähigkeit oder Zukunftsverweigerung – das sind die klaren Alternativen am 27. September.

Wenn man es beim Fahrradfahren – Scharping müßte das eigentlich wissen – bequem haben will, dann fährt man bergab. In diese Richtung geht es mit Rotgrün und PDS. Bei uns ist es anstrengender, bei uns muß man schon in die Pedale treten. Dafür geht es bergauf.

Die CDU Deutschlands steht für Verlässlichkeit ebenso wie für Innovation, für Kompetenz ebenso wie für Kreativität. Wir sind die Partei der wirtschaftlichen Reformen. Wir sind die Partei der deutschen Einheit. Wir sind die Partei der europäischen Integration. Die CDU ist die politische Kraft für Deutschlands Zukunft. Davon, liebe Freunde, werden wir die Wähler im Land überzeugen. Ich freue mich auf diesen Wahlkampf. Wir werden entschlossen, geschlossen und mutig die Kampagne mit Helmut Kohl an der Spitze führen. Mit Selbstbewußtsein für unsere Leistungen und Erfolge und im Wissen um unsere Aufgaben, im Vertrauen auf unsere Werte und mit der Kraft zur Zukunft, mit Herz und mit Verstand.

Die Botschaft von Bremen wird sein: Gemeinsam packen wir es, für Deutschland, für unser Vaterland, für unsere Zukunft im vereinten Europa.

(Langanhaltender starker Beifall – Die Delegierten erheben sich.)

Zukunfts- programm

der Christlich
Demokratischen
Union Deutschlands



CDU

Die unveränderte Vorlage wurde vom 10. Parteitag in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.



Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Den politischen Gegner stellen, die Bürger überzeugen

Ich gratuliere Helmut Kohl zu seiner großartigen Rede, zu der kraftvollen Führung als Gestalter mit Visionen, als verlässlichen Partner und Freund der CSU. Ich rufe ihm zu: Glück auf! Alles Gute! Nach diesem Tag geht es ganz gewaltig aufwärts; davon bin ich überzeugt.

Meinen herzlichen Dank richte ich auch an Wolfgang Schäuble, an die Kollegen im Kabinett und in der Fraktion für die vertrauensvolle und bewährte Zusammenarbeit. Peter Hintze hat es richtig plakatiert: Das ist unser Aufschwung, meine lieben Freunde. Es wäre schon der Gipfel der Unverschämtheit, wenn die SPD, die alles darangesetzt hat, diesen Aufschwung zu verhindern, ihn jetzt als ihren Erfolg feiern könnte. Diese Konjunkturlüge machen wir nicht mit. Mit dem Aufschwung kommt die Wende auch am Arbeitsmarkt. Das ist ein Signal für die politische Stimmung der Union.

Die CSU, lieber Helmut Kohl, ist wieder bereit, einen überdurchschnittlichen Beitrag zum Gesamtergebnis zu leisten. Du weißt und ihr wißt es auch: Die CSU ist als Partner verlässlich, liebenswert und kampfbereit.

Verlässlichkeit bedeutet aber nicht falsche Nachgiebigkeit, sondern das Vertreten eigener Positionen und Interessen zur rechten Zeit. Wie sagte einmal ein Polizeipräsident von München? – Liberal san mer scho, aber net bläd, gell? Das heißt also: Wir kämpfen schon für die richtige Sache.

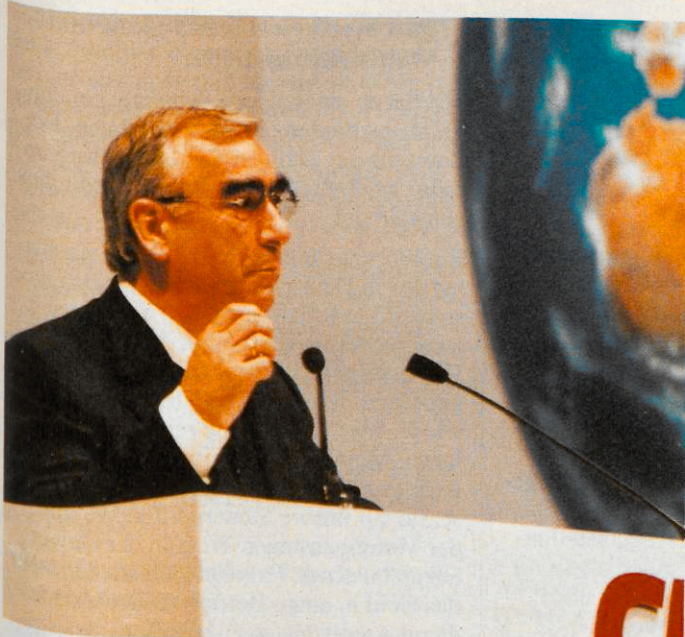
Meine lieben Freunde, die CSU steht voll hinter Kanzler Helmut Kohl.

Der große Pole und Freund der Deutschen, Professor Bartoszewski, früher Botschafter, Außenminister, jetzt Senator, ein Mann, der viele Jahre seines Lebens unter den Nazis im Gefängnis und im Unter-

Rede des Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union, Bundesfinanzminister Theo Waigel, auf dem 10. Parteitag der CDU Bremen am 18. Mai

grund leben mußte, ein Mann, den die Kommunisten dann wieder einsperrten, der insgesamt sieben Mal verhaftet wurde und ins Gefängnis geworfen wurde, hat ein Büchlein geschrieben, das ganz einfach mit dem Satz überschrieben ist: Es lohnt sich, anständig zu sein.

Wir wollen einen Bundeskanzler, der einen klaren politischen Lebensweg aufweisen kann; wir wollen einen Bundeskanzler, der ehrlich und offen den Weg Deutschlands in das nächste Jahrhundert aufzeigt; wir wollen einen Bundeskanzler, der notwendige Reformen anpackt, durchsetzt und fortsetzt und sie nicht verhindert; wir wollen einen Bundeskanzler, der für Frieden in Europa und damit für die



größte Sehnsucht der Menschen steht, und wir wollen einen Bundeskanzler, der Achtung in der Welt genießt und der das Ansehen Deutschlands in der Welt wie kein zweiter vor ihm gemehrt hat. Das ist Helmut Kohl.

Wir wollen keinen Bundeskanzler, der früher gegen und jetzt für die Soziale Marktwirtschaft ist. Wir wollen keinen Bundeskanzler, der früher gegen und jetzt für die NATO ist. Wir wollen keinen Bundeskanzler, der im Bundesrat gegen die deutsche Währungsunion gestimmt hat und jetzt den Menschen in Ostdeutschland sagt, es müsse mehr für sie getan werden. Wir wollen keinen Bundeskanzler, der die Bürger zunächst gegen Europa aufwiegelt, und der hofft, damit Stimmen zu gewinnen, und der damit wider besseres Wissen, wie ich meine, ein gefährliches Spiel betreibt. Wir wollen keinen Bundeskanzler, dessen einziger Freund in der Welt bisher Fidel Castro gewesen ist.

Wir wollen auch keinen Bundeskanzler, der in Niedersachsen abgewirtschaftet hat und dem wir schon deswegen Deutschland nicht anvertrauen, der verbal für eine vernünftige Wirtschaftspolitik und Modernisierung eintritt, jetzt aber verspricht, alles, was wir unter großen Mühen und Schwierigkeiten auch an Unpopulärem in den letzten Jahren angepackt haben, wieder zurückzunehmen. Nein, wer so agiert, ist unglaublich, handelt unanständig und belügt die Menschen.

Das wird man den Menschen auch sagen müssen.

Liebe Bremer Freunde, vor 640 Jahren trat die Stadt Bremen der Hanse bei. Das war die Öffnung gegenüber den internationalen Märkten. Diese Offenheit, zu der sich damals die Hansestädte bekannten, brauchen wir heute, um bei der Globalisierung der Welt zu bestehen. Bremen weiß aus seiner Geschichte: Wer sich abschotten will, verliert den Anschluß. Nur wer sich mutig dem Wettbewerb stellt, gewinnt Wohlstand und Zukunftsfähigkeit. Bremens Entwicklung beweist: An manchmal unbequemen Strukturereformen und Umstrukturierungen führt kein Weg vorbei.

Ich habe gelesen, daß Herr Hennemann, der ja eine „großartige Leistung“ auf seinem Gebiet geboten hat, sich wieder als Delegierter der SPD beworben haben soll. Das wäre doch eigentlich dann ein Schattenminister für Schröder, um wirklich die ganze Inkompetenz der SPD in diesen Fragen darzustellen.

Rot-grüne Landesregierungen – das zeigt die Bilanz – verhindern Arbeitsplätze, statt neue zu schaffen. Deshalb an dieser Stelle meine guten Wünsche für Hartmut Perschau und Bernd Neumann für Bremen.

Wir haben allen Grund zum Optimismus. Niemand kann leugnen: Der Aufschwung ist da. Wir haben im April den größten monatlichen Rückgang der Arbeitslosenzahlen seit 1990 zu verzeichnen. Die Arbeitslosenzahl ist um 203 000 zurückgegangen. Im Westen wurden 63.000 weniger Arbeitslose als vor einem Jahr registriert. Der Anstieg der offenen Stellen gegenüber dem April 1997 beträgt 52.000. Die Industrie plant wieder Neueinstellungen. 60.000 Arbeitsplätze sollen allein im Bereich von Elektro-, Automobil- und Maschinenbau geschaffen werden. Deutschland hat Weltmarktanteile zurückgewonnen. Unser Exportüberschuß in 1997 betrug 122 Milliarden DM. Allein im Handel mit Mittel- und Osteuropa betrug er 17 Milliarden DM. Die Zahl der Biotechnikunternehmen hat sich in den vergangenen drei Jahren vervierfacht. In der Patentstatistik sind wir wieder Spitze. Wir haben die Sozialversicherungen stabilisiert. Dies war für Norbert Blüm und Horst Seehofer, wie ich meine, ein schwieriges Unterfangen. Die Ausgaben der Krankenversicherung sind rückläufig, die Ausgaben der Sozialhilfe dank Pflegeversicherung und Sozialhilfereform ebenfalls. Die Erhöhung des Bundeszuschusses deckt versicherungsfremde Leistungen der Rentenversicherung ab.

Wer das alles wieder zurücknehmen will, wie die SPD angekündigt hat, muß den Arbeitnehmern sagen, daß damit die Beiträge wieder auf ein Rekordniveau ansteigen. Das kann doch nicht der Weg sein, um Wettbewerbsanteile

und Wettbewerbsfähigkeit in der Welt sicherzustellen.

Wir haben einen neuen Schwung bei den Existenzgründungen zu verzeichnen. Der Zuwachs der Zahl der Betriebe betrug im Jahre 1997 90.000. Die Rahmenbedingungen sind gut.

Ein Wort zur Preisstabilität. Noch nie hatten wir in Deutschland und in Europa eine so niedrige Inflationsrate. Wir haben seit zwei Jahren nahezu stabile Wechselkurse. Die Unternehmenserträge sind deutlich gestiegen. Die Sachkapitalrendite liegt wieder über der Rendite reiner Finanzanlagen. Meine Damen und Herren, das ist auch Ergebnis unserer Politik. Ich verweise Sie auf unsere Steuerpolitik: Wegfall der Vermögensteuer, Wegfall der Gewerbesteuer. Es lohnt sich wieder mehr, das Geld in einen Betrieb zu stecken und damit Arbeitsplätze zu schaffen, als es risikolose Finanzanlagen zuzuführen.

Das haben wir erreicht. Das ist die Voraussetzung für mehr Arbeitsplätze und für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Wir haben eine Exportnachfrage auf hohem Niveau. In den ersten drei Monaten dieses Jahres lag aber auch die inländische Investitionsgüternachfrage um 15 Prozent über den Werten des letzten Quartals des Vorjahres. Die Konjunkturbelebung greift somit auch auf die Binnennachfrage über. Niemand bestreitet, daß wir trotz der Asien-Krise in diesem Jahr zwischen 2,5 und 3 Prozent reales Wachstum erreichen werden.

Ich bin dankbar, daß Helmut Kohl es heute angekündigt hat: Wir werden am Tag nach der gewonnenen Wahl unser Steuerreformkonzept, das beste von allen, wieder einbringen, um spätestens zum 1. Januar 2000 die Rahmenbedingungen in der Steuerpolitik für neue Investitionen zu schaffen.

Es hieß beim Skilanglauf einmal: Wo ist Behle? Wo war eigentlich Schröder im Vermittlungsausschuß bei den zwei Vermittlungsverfahren? Derweil lief er durch das Land und ließ sich als Krösus feiern. Dort aber, wo über die Arbeitsplätze in Niedersachsen und ganz Deutschland entschieden wurde, war er nicht anwesend.

Dort hätte er die Modernität seiner wirtschaftspolitischen Vorstellungen unter Beweis stellen können. Er war bei der entscheidenden Weichenstellung für die deutschen Arbeitnehmer nicht vertreten. Es ist seine Verantwortung, daß die Steuerreform ein bis zwei Jahre später kommt, als sie – im Interesse der Arbeitnehmer und im Interesse der Arbeitslosen – hätte kommen können.

Was ist heute sozial? Ich behaupte: Sozial ist, was Arbeit schafft.

In Deutschland gibt es 184 Arbeitsamtsbezirke. 23 Bezirke mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit im Westen liegen in Bayern und Baden-Württemberg. Die 15 schlechtesten Bezirke im Westen liegen in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland.

Das fordert dazu auf, darüber nachzudenken. Von den Ministerpräsidenten in den Westländern mit den schlechtesten Arbeitslosenzahlen lassen wir uns im Bund doch nicht beschimpfen, daß wir nicht genügend getan hätten, wenn sie bei entscheidenden Reformen nicht dabei gewesen sind.

Nun zur Solidarität mit den neuen Ländern. Ich bin Herrn Ministerpräsidenten Biedenkopf dankbar, daß er den Sachverhalt heute schon in einer exzellenten Weise dargestellt hat. In der Politik kann man manches verzeihen, und man muß es auch tun. Eines aber verzeihe ich Gerhard Schröder nicht. Ich verzeihe ihm nicht,

daß er 1990 gegen die deutsche Währungsunion gestimmt hat und damals durch die Städte und Dörfer ging und sagte: Dieser Kindergarten kann nicht gebaut werden, jene Schule kann nicht erweitert werden, diese Straße kann nicht verbreitert werden, weil ich das Geld über den Fonds Deutsche Einheit für die Wiedervereinigung an Waigel abliefern muß.

Sich dann heute hinzustellen und zu den Menschen in Ostdeutschland zu sagen: „Für euch wird zu wenig getan, die Politik war falsch“, das ist bodenlos unverschämt, und das lassen wir ihm nicht durchgehen.

Der amerikanische Präsident Bill Clinton würdigte während seines Deutschlandbesuches in der letzten Woche die Leistungen Helmut Kohls und der Koalition der Mitte. Er sagte wörtlich:

Dieser wunderbare Augenblick in der Geschichte war nicht einfach da. Er wurde geschaffen, größtenteils dank der Vision und der entschlossenen Führungsrolle Deutschlands und seines gesamtdeutschen Bundeskanzlers seit neun Jahren.

Ein großartiges Wort des amerikanischen Präsidenten an das deutsche Volk und an unseren Bundeskanzler.

Wenn man einmal vergleicht: Clinton 1998 in Potsdam, Harry Truman 1945, welche Welten dazwischenliegen, was aus Deutschland geworden ist und was vor allen Dingen in diesem Jahrzehnt geschaffen wurde, dann lassen Sie mich das neben vielen anderen mit drei Namen verbinden: Konrad Adenauer, der die Grundlagen schuf und uns die Ehre zurückgab, der junge Franz Josef Strauß, der die deutsche Frage immer offenhielt und

dafür zum Bundesverfassungsgericht ging, und Helmut Kohl, der die deutsche Einheit schuf und Europa voranbringt. Das sind drei große Namen neben vielen anderen.

Das Projekt Europa ist unsere Antwort auf die Globalisierung. Europa wird zu einer zukunftsfähigen Stabilitätsgemeinschaft zusammenwachsen. Der Euro kommt am 1. Januar 1999 mit elf Teilnehmerländern. Daraus entsteht ein fest verbundener Heimatmarkt. Niemand hat diesen Prozeß so gestaltet wie CDU und CSU. Und CDU und CSU treten hier auch ein für die deutschen Interessen, die deutsche Stabilitätskultur als Leitlinie, daß 14 andere Länder in Europa und darüber hinaus auch die, die später teilnehmen wollen, die deutsche Stabilitätsphilosophie akzeptieren, ihre Politiken ändern, ihre Gesetze ändern und letztlich bereit sind, die künftige europäische Geld- und Währungspolitik von Frankfurt am Main aus gestalten zu lassen.

Das ist für die anderen, so behaupte ich, mindestens das gleiche Opfer, wie es die Deutschen erbringen: Harte Eintrittskriterien, der von uns initiierte und durchgesetzte Stabilitätsmarkt, die Stabilitätsklärung vom 1. Mai, die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank, bewährte Währungshüter im Direktorium, und jetzt, nachdem sich der Schlachtenlärm etwas gelegt hat, eine sehr ruhige Betrachtung dessen, was wir auch vor einigen Wochen in Brüssel entschieden haben, und mit Duisenberg und Issing sind neben den anderen zwei hervorragende Männer der Stabilität, Wissenschaftler und Praktiker, ernannt worden.

Was hat man uns in den letzten Jahren nicht alles vorausgesagt, was sich kurz vor der Entscheidung auf den Finanzmärkten, auf den Devisenmärkten ergeben könnte. Was ist eingetreten? Die D-Mark ist stärker geworden, die anderen europäischen Währungen sind nicht schwächer

geworden, und eine ganz ruhige, gelassene Reaktion der Märkte, die das schon vorweggenommen haben und die dem Euro das gleiche Vertrauen entgegenbringen wie unserer starken D-Mark, was für uns ganz wichtig ist, weil wir immer versprochen haben: Der Euro wird so stabil sein wie die D-Mark.

Natürlich kann man sagen, es gilt, die Menschen zu überzeugen und nicht nur die Märkte. Natürlich stehen die Menschen im Vordergrund. Aber wie würden die Menschen reagieren, wenn sich die Märkte anders geäußert hätten?

Ich bin darauf auch ein bißchen stolz. Was ist mir nicht alles im letzten und vorletzten Jahr vorgeworfen worden, die Löcher-Diskussion, der Finanzminister mußte sozusagen für alles herhalten, was in dieser Republik stattfand. Dann hat man mir gesagt, ehrliche 3,2 seien besser als getrickte 3,0. Jetzt kann ich sagen, ehrliche 2,7 sind besser als ehrliche 3,2. Das kann überhaupt niemand bestreiten.

Wir werden auch künftig deutsche Interessen im europäischen Bereich vertreten. Ich behaupte, das, was wir hier anpacken und durchsetzen, liegt im ureigensten nationalen, deutschen Interesse. Dazu gehört auch, daß wir die deutsche Landwirtschaft und die deutschen Bauern bei der Agenda 2000 nicht opfern werden. Dazu gehört auch, daß die regionale Strukturpolitik auch künftig in Deutschland möglich sein muß. Und dazu gehört auch, meine lieben Freunde, und da bin ich überhaupt kein Antieuropäer, wenn ich sage, es kann nicht auf die Dauer so sein, daß Deutschland 60 Prozent der Nettozahlungen bestreitet. Nein, ich bin für einen gerechten und fairen Ausgleich, von dem alle profitieren, wo es aber

nicht auf die Dauer im Interesse Europas sein kann und auch von uns nicht akzeptierbar ist, daß die Nettozahlerbilanz so aussieht. Das werden wir auch durchsetzen.

Europa, davon bin ich überzeugt, ist die beste Zukunftspolitik für die junge Generation. Das Europa des Jahres 1998 ist eine Zone des Friedens, der Wirtschaftskraft und der Dynamik. Dieses Europa ist aber auch umgeben von strukturellen Umbrüchen. Jede Destabilisierung Osteuropas würde zunächst Deutschland treffen. Warschau und Prag liegen weit näher an München und Berlin als an Paris und Rom. Insofern müssen wir an einer Stabilisierung Europas ein ganz besonderes Interesse haben.

Wir entwickeln dieses Projekt Europa und auch den Euro nicht, wie in der Vergangenheit manchmal Währungsoperationen erfolgt sind, aus einer Katastrophe oder aus einem Schicksal heraus wie 1923 oder 1948. Nein, wir gehen konsequent zehn Jahre vorbereitet an dieses große Projekt, von dem wir wissen, es ist notwendig für das nächste Jahrhundert, um Deutschlands Stellung in Europa und in der Welt zu gewährleisten. Der Euro wird eine Weltwährung sein. Europa wird damit zum Handelnden und nicht zum Objekt der Geschichte. Gab es vor zehn Jahren noch eine bipolare Welt, auf der einen Seite NATO und Washington, auf der anderen Seite Warschauer Pakt und Moskau, so gibt es heute die zwei Kraftzentren Vereinigte Staaten und Europa, und ich frage mich manchmal: Wer wollte eigentlich noch einmal zurück in das Jahr 1918 oder 1948? Der Gründer der CSU, Josef Müller, im Widerstand erprobt – bei 15 Verhören durch die Gestapo hat er nicht einen einzigen Freund preisgegeben –, sagte 1946:

Eine europäische Währung ist der beste Schutz, um die unsäglichen

Entwicklungen der Vergangenheit in Europa für alle Zeit zu verhindern.

Wenn es einen gibt, der das Recht hätte, eurokritisch zu sein, dann wäre ich es. Wenn ich von Konferenz zu Konferenz gehe – ich nenne als Beispiel den Ecofin; dankenswerterweise sind wir vom Weltgipfel entlastet worden; das machen die Chefs jetzt selbst –, wenn ich mich sehr stark ärgere und daher manchmal geneigt bin, recht kritische Töne über Europa anzustimmen, und wenn ich überlege, was die Alternative wäre, dann weiß ich: Wenn diese Politik scheitern würde, müßten wir morgen wieder von vorn anfangen und die Scherben kitten. Darum laßt uns von vornherein alles tun, daß keine Scherben entstehen und daß sich das Projekt Europa so weiterentwickelt, wie wir es angelegt haben und wie es im nächsten Jahrhundert für die Deutschen richtig und vernünftig ist!

Manchmal schadet es ja gar nicht, wenn man in seiner eigenen Familie nachfragt: Ist diese Politik richtig oder nicht? Ich weiß, daß meine erwachsenen Kinder leidenschaftlich für Europa sind. Ich nehme ganz sicher an, daß mein um 13 Jahre älterer Bruder, der mit 18 Jahren in Lothringen gefallen ist, dafür wäre. Genauso dafür wäre mein Vater, der beide Weltkriege mitgemacht hat und der in den Vogesen, an der Somme und an anderer Stelle gegen Frankreich kämpfen mußte. Darum schauen wir nicht in die Vergangenheit! Europa ist unser großes Projekt für die Zukunft. Dieses Projekt ist mit CDU und CSU verbunden. Darauf können wir stolz sein.

In einem Punkt hat der SPD-Kanzlerkandidat allerdings recht, nämlich mit dem Satz: Jede Politik muß sich an ihren Ergebnissen messen lassen. In der Bibel ist das etwas besser formuliert: An

ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

Zum Beispiel: Seine Wahlversprechen hinterlassen einen ungedeckten Scheck von 50 Milliarden DM. In seinem Land besteht die zweithöchste Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit im Westen, beziehungsweise hinter dem Saarland. Sein Land hat die wenigsten Lehrstellen unter den westlichen Flächenländern. Im Vergleich zu Bayern hat sein Land 20 Prozent weniger Selbständige und 10 Prozent weniger Beschäftigte. In seinem Land gibt es 60 Prozent weniger Patente als in Bayern oder Baden-Württemberg. Die Landesschulden betragen pro Einwohner 8.000 DM. Aber trotzdem hat er die Preussag Stahl verstaatlicht. Wir sind doch um jeden Investor in Deutschland – ob in West oder Ost – dankbar. Wieso gibt es denn eigentlich eine Angst vor einem österreichischen Investor? Muß man denn fürchten, daß dieser irgendwo in Niedersachsen Schaden anrichten könnte? Das ist eine völlig verstaubte, verkalkte und veraltete Wirtschaftspolitik des Herrn Schröder.

Dem Herrn Vorstandsvorsitzenden von Porsche empfehle ich, daß er während eines Besuchs seines Lieblingssozies in Niedersachsen mit dem Porsche im Schnecken-tempo durchs Land fährt, um das Schnecken-tempo der wirtschaftlichen Dynamik dort richtig analysieren zu können.

● **Jeder Bürger muß wissen**, was auf ihn zukommt.

● **Jeder Autofahrer muß wissen**: Rot-Grün bedeutet eine Blockade des Autobahnbaus und eine drastische Benzinpreiserhöhung.

● **Die Familien müssen wissen**: Rot-Grün bedeutet die Abschaffung des Ehegattensplittings. Das wäre schlichtweg verfassungswidrig und vor allen Dingen für die Frauen eine Zumutung, die mehrere Kinder gezogen haben.

● **Die Sparer müssen wissen**: Rot-Grün bedeutet eine Lockerung der Geldpolitik, was eine Gefährdung der Preisstabilität wäre.

● **Die Arbeitsuchenden müssen wissen**: Rot-Grün bedeutet eine Vertreibung der Arbeitsplätze ins Ausland.

Wer gegen Eurofighter, gegen den Transrapid, gegen Kerntechnik, gegen Wehrtechnik und gegen Raumfahrttechnik ist, kann nicht für moderne Arbeitsplätze in Deutschland eintreten. Wir sind die Partei der Modernität in der Wirtschaftspolitik.

Der Arbeitnehmer muß damit rechnen, daß seine Beiträge zu den Sozialversicherungen steigen, wenn die Rentenreform und die Gesundheitsreform zurückgenommen werden. Irgendwann – ich nehme an, Norbert Blüm hat diesen Punkt schon problematisiert – wollen wir wissen, wie es mit der Rente aussieht.

Stimmt das, was Herr Riester sagt?

Stimmt das, was Herr Lafontaine sagt?

Stimmt das, was Herr Dreßler sagt? In diesem Punkt herrscht jedenfalls ein großes Durcheinander.

Schröder ist ein gnadenloser Opportunist. Er gibt vor, Asylmißbrauch zu verhindern; er hat aber im Bundesrat gegen die Asylrechtsnovelle gestimmt. Er gibt vor, Sozialhilfemißbrauch zu beenden; er hat aber im Bundesrat gegen die Sozialhilfenovelle gestimmt. Er verspricht eine Modernisierung Deutschlands; er hat aber im Bundesrat das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung blockiert. Eine solche liederliche Politik können wir nicht gebrauchen. Wir brauchen in der Politik Frauen und Männer, die verlässlich handeln.

In welchem Bereich setzen die Bürger in Deutschland ganz besonders auf uns? In

dem Bereich, den vorhin Bundesinnenminister Kanther bereits angesprochen hat. Der Rechtsstaat muß ein starker Staat sein. Die Bürger erwarten von ihm Schutz ihrer Freiheit, ihrer Unversehrtheit und ihres Eigentums. Die Menschen erwarten von uns null Toleranz gegen die Mißachtung des Rechts. Wer auf der Straße Bürger anpöbelt, der muß des Platzes verwiesen – wer randaliert und andere bedroht, muß festgenommen und in Haft gehalten und bei Verdacht in Gewahrsam genommen werden. Wer sein Verhalten nicht ändert, dem muß ein Aufenthaltsverbot für einen Platz und für eine Stadt erteilt werden, damit endlich dieser Spuk von randalierenden Banden aufhört, die wir leider im Osten wie im Westen immer wieder vorfinden.

Ich komme zu einem bedrückenden Thema. Alle paar Tage erfährt man am Abend im Fernsehen, daß unschuldige Kinder mißbraucht und ermordet werden. Ich sehe schon die Notwendigkeit, auch dem Täter gerecht zu werden. Das gehört zu einem Rechtsstaat. Aber es gibt Grenzen.

Die Mütter und Väter, nicht nur die der Opfer, verlangen von uns, daß der Täterschutz nicht über dem Opferschutz steht. Der Resozialisierungsanspruch der Täter darf nicht über den Schutz der unschuldigen Opfer gestellt werden. Darauf haben wir eine Antwort gegeben.

Ich bin überzeugt: Wir überzeugen den Wähler mit einem klaren Ja zur inneren Sicherheit, zu gerechten Strafen und zu kurzen Verfahren und mit einem klaren Nein zu täterfreundlichen Strafverfahren, zu laschem Strafvollzug und zur Drogenfreigabe. Rot-Grün kann mit der Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe, mit staatlicher Heroinabgabe und mit der Zerrüttung des Rechtsbewußtseins durch Entkriminalisierung keine Sicherheit

schaffen. Davon müssen wir die Menschen überzeugen.

Ein klares und offenes Wort zur Ausländerpolitik. Deutschland ist und bleibt ein ausländerfreundliches Land.

Kein Land auf dieser Welt hat in den letzten Jahren so viel für Flüchtlinge, für Ausländer getan wie Deutschland. Nur wir handeln richtig und verantwortungsbewußt, wenn straffällig gewordene Ausländer ausgewiesen werden.

Der Gast hat das Gastrecht. Wenn sich der Gast aber nicht ans Gastrecht hält, hat er sein Gastrecht verwirkt und muß wieder dorthin zurück, wo er hergekommen ist. Eine andere Alternative gibt es nicht.

Wir handeln verantwortungsbewußt, wenn wir gegen weiteren Zuzug vorgehen und die Zahl der Asylbewerber weiter senken wollen. Es ist auch richtig, wenn unrechtmäßig hier lebende Ausländer geringere Sozialleistungen erhalten, wenn ein entsprechender Datenabgleich zwischen Ausländer- und Sozialämtern stattfindet und wenn wir den Export von Sozialleistungen, z.B. Kindergeld, in Nicht-EU-Länder verhindern. Es ist auch richtig, wenn wir die Rückkehr von Flüchtlingen in ihre Heimat wollen, damit sie dort aufbauen. Der Aufbau in Bosnien und Herzegowina kann nicht nur von den deutschen Soldaten und von den UNO-Hilfsorganisationen, sondern muß von den Menschen, die von dort kommen und auch wieder dorthin zurückkehren müssen, geleistet werden.

Die deutsche Staatsangehörigkeit ist Ausdruck der Zugehörigkeit zum Staatsvolk und zur Schicksalsgemeinschaft der Nation. Sie ist kein Spielball des Zeitgeistes. Wer dies vergift und doppelte Staatsangehörigkeit oder Verleihung unseres Pas-

ses durch Geburt fordert, braucht sich über das Anwachsen der Zahl von Rechtsextremisten nicht zu wundern.

Es muß jedem Ausländer, der bei uns eine geraume Zeit lebt, sich integriert, sich an das deutsche Recht hält, hier arbeitet, möglich sein, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. Da sollten wir großzügig sein. Aber irgendwann muß man sich nach unseren Grundsätzen entscheiden, ob man Deutscher werden will oder Angehöriger der früheren Nation bleiben möchte. Beides geht nach meiner und unserer Vorstellung nicht. Auch darüber sollten wir keine Unklarheit aufkommen lassen.

Wir sollten natürlich das Warnsignal Sachsen-Anhalt, daß die Hälfte der Jungwähler radikal gewählt hat – 30 Prozent DVU und 17 Prozent PDS –, sehr ernst nehmen. Es ist ein großer Unterschied: Wir kämpfen gegen diese Parteien mit allen demokratischen Möglichkeiten; aber wir kämpfen um jeden Menschen, der sie gewählt hat, um ihn wieder für uns und für die Demokratie zu gewinnen.

Die Lehre aus der Geschichte zeigt, daß sich Links- und Rechtsextremisten gegenseitig fördern. Wenn man auf einem Auge blind ist, dann darf man sich nicht wundern, wenn auf der anderen Seite eine neue Kraft entsteht. Wir sind von Höppner & Co. nun seit mehr als vier Jahren systematisch angelogen worden.

Sie und wir sind jedenfalls nicht bereit, gemeinsam mit den Kommunisten, gemeinsam mit der PDS, gegen Frey und Konsorten loszugehen. Ich halte Frey & Co. für selten widerlich. Nur, man kann jemanden, der so politisch ist, nicht bekämpfen, indem man den IM Gysi an die Spitze setzt und mit ihm gemeinsam gegen die anderen Front macht.

Der Philosoph und Theologe Josef Bernhard, der 1935 auf dem Parteitag der NSDAP von Rosenberg wegen seines Werkes frontal angegriffen wurde und deswegen bittere zehn Jahre erlebte, hat 1949 in einer Enquete der UNO zum Thema „Philosophischer Aspekt der demokratischen Krisis“ von der tragischen Selbstbedrohtheit der modernen Demokratien gesprochen. Er schrieb davon, daß die Freiheit als Lebensprinzip der Demokratie die wechselseitige Unterstützung der Ordnung, die die Menschen trägt, und der Menschen braucht, die ja zur Ordnung sagen. Er verglich die Demokratie mit dem Körper:

Der Organismus kann durch Wirkstoffe und Bakterien positiv ange-regt, aber auch geschädigt und getötet werden. Der Lebenshaltung der Demokratie verlangt nach erregenden Energien von Gegensätzen, soweit sie mit Wesen und Begriff der Demokratie vereinbar sind. Aber Toleranz gegen Wirkstoffe, die Krankheiten oder den Tod herbeiführen, ist lebensgefährlich, dumm und unverantwortlich.

Wir müssen alles daransetzen, daß die beiden Richtungen, die politisch so widerlich sind, nach dem 27. September aus dem deutschen politischen Leben verschwinden. Das ist unsere Aufgabe, das ist unser Ziel.

Die Namen Auschwitz, Sachsenhausen, Buchenwald, Theresienstadt, Bergen-Belsen, Dachau und andere dürfen wir nie vergessen. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, was in Bautzen, Hohen-eck, an der Mauer und an anderer Stelle geschah. Darum bin ich anderer Meinung als der Altbundespräsident Herr von Weiz-

säcker. Ich bin der Meinung: Nie wieder dürfen Kommunisten oder Rechtsradikale in Deutschland etwas zu sagen haben.

Der Satz eines Demokraten in diesem Jahrhundert, der mir ständig in Erinnerung bleiben wird, ist der Satz von Otto Wels, dem Fraktionsvorsitzenden der SPD im Reichstag 1933, als er den braunen Horren entgegenrief:

Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.

Ich hätte mir gewünscht, daß sich ein Mann wie Höppner mehr an Otto Wels und nicht an Otto Grotewohl orientiert, wenn es darum geht, die Feinde der Demokratie zu bekämpfen.

Machen wir uns nichts vor: Die politische Langzeitstrategie Lafontaines ist die Bildung einer tiefroten Volksfront. Jeder Bürger muß wissen: Wenn die nach der Bundestagswahl eine Stimme Mehrheit haben, dann werden sie einen Bundeskanzler auch mit den Stimmen der PDS wählen lassen. Das ist es, was mehr bewegt als alle Fragen um die Ökonomie, um Mark oder Pfennig.

Es sind 133 Tage bis zum 27. September. Was wir brauchen und was wir anpacken, ist eine harte und polarisierende Auseinandersetzung, den politischen Gegner stellen, Bürger, Wählerinnen und Wähler überzeugen. Wahlen werden im Kampf gewonnen. CDU und CSU waren immer am besten, wenn sie sich als politische Kampfgemeinschaft präsentiert haben.

CDU und CSU setzen auf Zukunftspolitik mit positiven Zielen: ein Ja zur Nato, zur Bundeswehr und zum Wehrdienst! Es ist schon ein starkes Stück, wenn SPD und PDS in Frankfurt an der Oder der Bundeswehr das Gelöbniß versagen, wo doch die

Bundeswehr voriges Jahr eine so großartige Rolle gespielt hat.

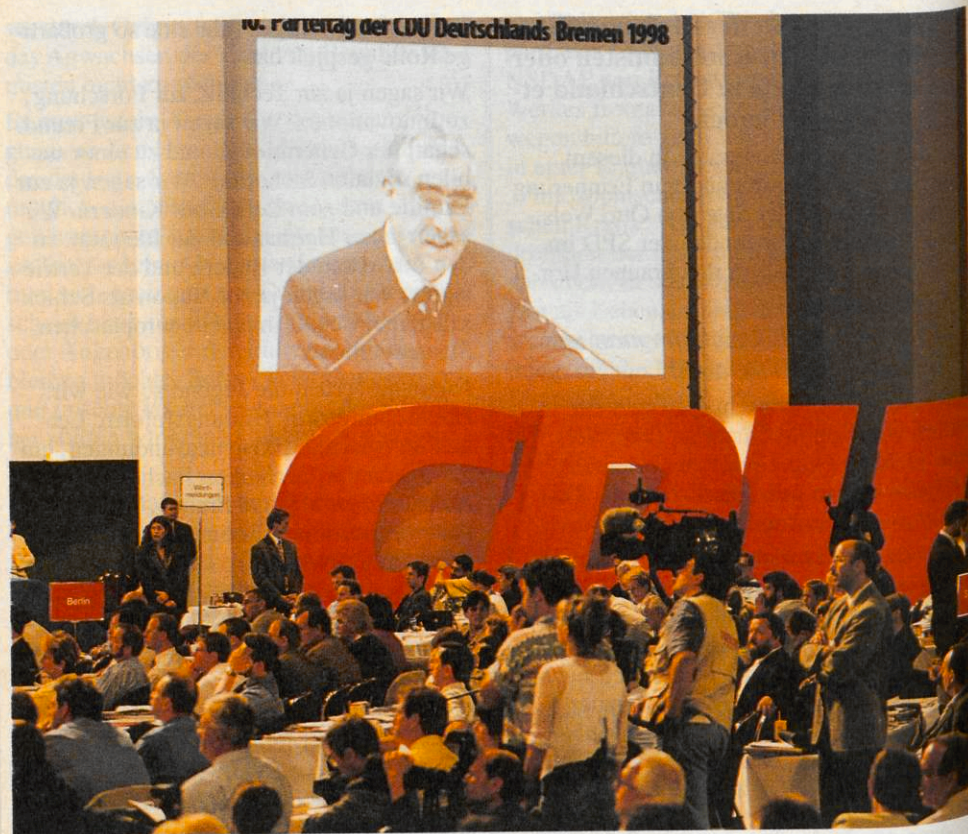
Wir sagen ja zur Technik, zur Forschung, zu Innovationen. Wir sagen ja zur Freundschaft der Generationen und zu einer stabilen sozialen Sicherung. Wir sagen ja zur Familie und zum Leben mit Kindern. Wir sagen ja zur Heimat und zur Identität, zu den Interessen der Bauern und der Vertriebenen. Wir sagen ja zur Nation als Schicksalsgemeinschaft in einem europäischen Staatenverbund.

Niemand vertritt die Jugend so wie wir. Hochschulreform, Bildungsreform, Lernen im Ausland, Existenzgründungen, junge Ingenieure, Techniker, Facharbeiter, Auszubildende, junge Frauen, Vereinbarkeit von Beruf und Erziehung, all das ist unser Programm.

Es hat immer wieder einmal sozialdemokratische Mehrheiten gegeben, auch im Bundesrat. In den 50er Jahren, bei den entscheidenden Fragen zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, hatte die SPD zeitweilig eine Mehrheit im Bundesrat. Aber Männer der SPD wie Kaisen oder Brauer oder auch Zinn oder auch Kopf haben es abgelehnt, sich zu Befehlsempfängern der Baracke zu machen. Unter Lafontaine ist zum erstenmal eine Partei-strategie bewußt gegen das Gemeinwohl eingesetzt worden, um an die Macht zu kommen, und das werden wir durchkreuzen.

Was die SPD betreibt, ist eine Blockade gegen Deutschland. Sie wirft uns vor, es gebe Stillstand. Sie hat in einigen Fragen die Blockade herbeigeführt. Die Sabotage des Bündnisses für Arbeit – eine Unverfrorenheit sowohl des DGB wie auch der SPD.

Übrigens, vor der Kampagne des DGB ist mir nicht angst. Es ist zwar eine Unverschämtheit, die viel Geld kostet, das sie



vernünftiger für ihre Angestellten und Arbeiter im eigenen Betrieb einsetzen würden, wo sie ja nicht so toll mit ihren Leuten umgehen; aber immer, wenn die das in den 50er Jahren propagiert haben, haben anschließend CDU und CSU mehr Stimmen bekommen als in der Bundestagswahl zuvor. Laßt uns das wieder herbeiführen!

Sie betreiben eine Politik gegen Innovationen und Arbeitsplätze. Die Landtagswahl in Niedersachsen ist als Kandidatenspektakel mißbraucht worden. Das SPD-Programm: Unverbindlichkeiten, verschleiern und weglassen. Dann Treueschwüre zur Demokratie – und der Pakt mit den Erben von SED und Stasi.

Arnulf Baring hat in einem Buch die Frage gestellt: Scheitert Deutschland? Ich sage ein klares Nein, wenn CDU und CSU, wenn Helmut Kohl und wir alle für Deutschlands Zukunft kämpfen. Aber das Florett allein wird nicht mehr genügen; in der Zeit sind auch schwere Säbel gefragt.

Meine lieben Freunde der CDU, es geht um unsere Heimat, es geht um unser Vaterland Deutschland, es geht um unsere Zukunft in Europa und in der Welt, und es geht um die Menschen in Deutschland. Dafür lohnt es sich gemeinsam mit Helmut Kohl, mit CDU und CSU zu kämpfen. Glückauf für die Zukunft!

(Anhaltender lebhafter Beifall – Die Delegierten erheben sich.)



Günter Rinsche:

Deutschland ist unser Vaterland Europa ist unsere Zukunft

Am 2. Mai 1998 gab das Europäische Parlament mit 467 Jastimmen seine Zustimmung zur Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung. Zuvor hatte der EP-Ausschuß für Wirtschaft und Währung unter der kompetenten Leitung eines deutschen Christdemokraten in jahrelanger Arbeit maßgeblich an der Analyse der Probleme und Gestaltung der Geldpolitik mitgearbeitet.

Dabei kam es in der Schlußphase der Beratungen zu aufschlußreichen und beachtenswerten Kontroversen mit der linken Seite des Europäischen Parlaments. Als Beispiele können hier genannt werden: die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und der Stabilitätspakt. Die vertraglich festgelegte Unabhängigkeit der EZB wurde von einigen Sozialisten moniert. Man nahm Anstoß daran, daß die EZB keinerlei Einfluß anderer Institutionen der EU ausgesetzt werden darf, und man forderte unter dem Schlagwort „demokratische Kontrolle“ eine größere Einwirkungsmöglichkeit des Parlaments auf die EZB. Wir haben diese Tendenzen zu einem sozialistischen Dirigismus erfolgreich bekämpft und beseitigt.

Beim – von Helmut Kohl und Theo Waigel initiierten – Stabilitätspakt geht es um die nachhaltige und dauerhafte Sicherung der Geldstabilität.

In diesem Sinne haben deutsche Christdemokraten im Ausschuß für Wirtschaft und Währung den Antrag gestellt, daß der Sta-

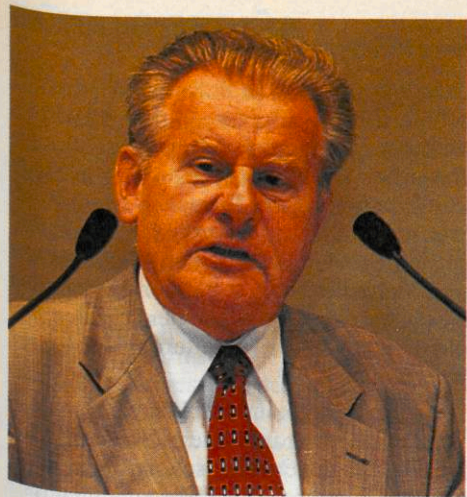
bilitätspakt schon in diesem Jahr zur Anwendung kommen soll. Die sozialistische Fraktion und mit ihr die anderen Parteien der Linken stimmten gegen diesen Antrag, der dann mit den Stimmen der EVP, der Liberalen und der Gaullisten mit Mehrheit verabschiedet wurde.

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Günter Rinsche, auf dem 10. Parteitag in Bremen am 19. Mai

Beispiele dieser Art beweisen, daß die von unseren Bürgern mit Recht geforderte Geldwertstabilität durch unsere Politik besser garantiert werden kann als durch die unserer politischen Gegner.

Wenn deutsche Kommentatoren den SPD-Kanzlerkandidaten als „Euro-Zauderer“ und als europäischen Opportunisten bezeichnen, so zeigt dies die dazugehörige Seite der Realität. Wilhelm Busch hat die Opportunisten einmal als die „Jenachdemer“ bezeichnet. Mit solchen je nach Stimmungslage handelnden „Jenachdemern“ kann man keinen Staat machen und schon gar nicht die Zukunft der Europäer sichern.

Wenn wir jetzt die Grundlagen für ein menschenwürdiges Leben der Europäer im 21. Jahrhundert schaffen wollen, dann



Am 4. Mai 1998 bewertete unser Bundespräsident Roman Herzog die Ergebnisse des Europäischen Rates mit folgenden Worten:

Ein neues Europa entsteht. Es ist ein Europa, in dem wir Deutsche von Partnern und Freunden umgeben sind. Zu dieser Entwicklung haben viele beigetragen, denen ich heute meinen Dank aussprechen möchte – nicht zuletzt aber auch dem Bundeskanzler, der das Ziel gegen alle Zweifler nie aus den Augen verloren hat und bis in die letzten Stunden Steine aus dem Weg geräumt hat.

Diesem Dank schließt sich die große Mehrheit der Abgeordneten des Europäischen Parlaments vollinhaltlich an. Der realistische und geschichtsgestaltende Optimismus unseres Bundeskanzlers Helmut Kohl entspricht dem aufmunternden Wort des Dichters Johann Wolfgang von Goethe: „Auch aus Steinen, die einem in den Weg gelegt werden, kann man Schönes bauen.“

Wenn die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Währung ohne Übertreibung als eine historische Entscheidung bezeichnet worden ist, so wird diese Bewertung künftig in ähnlicher Weise auch für die Erweiterung der Europäischen Union um die Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas Geltung haben. Diese Erweiterung wird nicht von vornherein ungeteilte Zustimmung finden und wird somit Begründungsargumentationen erforderlich machen.

Manche Fehleinschätzungen der europäischen Integration im allgemeinen und der EU-Erweiterung im besonderen sind auf die Unterbewertung der europapolitischen Errungenschaften, den Irrtum des Nullsummenspiels und auf eine Kurzfristorientierung der politischen Erwartungen

brauchen wir keine „Euro-Zauderer“ und „Jenachdemer“, dann brauchen wir europäische Staatsmänner, dann brauchen wir unseren Bundeskanzler Helmut Kohl, der weit über unsere Partei hinaus in ganz Europa als „europapolitisch unverzichtbar“ gilt.

Die Deutschen wählen am 27. September nicht nur ihren Bundeskanzler, sondern auch den Präsidenten des Europäischen Rates, der im ersten Halbjahr 1999 einen ganz entscheidenden Abschnitt der deutschen und der europäischen Politik zu gestalten haben wird.

Eine der wichtigen Fragen der kommenden Wochen wird deshalb lauten: Wer kann deutsche Interessen in Europa bestmöglich vertreten und gleichzeitig die europäische Integration so voranbringen, daß Europa im Zeitalter der Globalisierung gut bestehen kann und die Weichen für das 21. Jahrhundert richtig und rechtzeitig gestellt werden?

Dies gilt insbesondere für die Beratung und Beschlußfassung der „Agenda 2000“, durch die die Zukunft Europas und Deutschlands entscheidend beeinflußt wird.

zurückzuführen. Die immer unvollkommene Gegenwart kann man nur dann richtig und gerecht beurteilen, wenn man sie in Verbindung mit ihren geschichtlichen Ursprüngen betrachtet. Wenn es eben richtig ist, daß Herkunftsbewußtsein die Zukunftsorientierung erleichtert, dann ist es auch wichtig, die Errungenschaften der europäischen Einigung mit den Realitäten der Vergangenheit und nicht mit einem idealisierten Nirvanaland zu vergleichen.

Problematisch und realitätsfern ist auch das Denken im Nullsummenspiel. Das Nullsummenspiel geht von der Annahme aus, daß das, was der eine bekommt, einem anderen genommen werden muß. Hierin wurzelt übrigens die Neidphilosophie des Sozialismus, der die Kraft des Wachstums nicht versteht oder auch nicht verstehen will.

Gäbe es kein Wachstum durch Kreativität, Arbeitsteilung, Zusammenarbeit und Integration, das heißt, bliebe die Summe des Verfügbaren immer konstant, dann befänden wir uns alle noch in der Steinzeit. Die Menschheitsgeschichte hat die Annahmen des Nullsummenspiels widerlegt.

Aber der Irrtum des Nullsummenspiels erzeugt Besitzstandsängste, erschwert zukunftsorientierte Entscheidungen und führt auch zu einem Mangel an politischen und sozial-ökonomischen Investitionen der Zukunftssicherung. Hier liegt auch eine Problematik der Euro-Skepsis, die man als problemsüchtig und chancenblind charakterisieren kann.

Schließlich wird eine Politik für die lebenswerte Zukunft der Europäer auch durch eine „Gegenwartsbesessenheit“ und „Eintagsfliegenmentalität“ behindert. Eine Kurzfristorientierung, die Saat und Ernte auf einen Zeitpunkt zusammenlegen will, verkennet die Notwendigkeit der Reifezeit und die Bedingungen erfolgrei-

cher Investitionen in Politik und Wirtschaft. Europäische Integration, EU-Erweiterung, aber auch die globale Zusammenarbeit sind Investitionen für die Zukunftssicherung der Europäer. Die erwünschten und zu erwartenden Ergebnisse sind Frieden und Freiheit, Stabilität und Sicherheit, sozial-ökonomisches Wachstum als Grundlage der sozialen Sicherheit sowie die Erweiterung der Lebenschancen.

Auf die sozial-ökonomischen Chancen von Erweiterung und Integration von Wirtschaftsgebieten hat schon Adam Smith vor mehr als 200 Jahren hingewiesen. In seiner großen Untersuchung über die „Ursachen des Wohlstands der Nationen“ schrieb er:

Ein wohlhabender Mann ist wahrscheinlich ein besserer Kunde für die arbeitsamen Leute in seiner Nachbarschaft als ein ärmerer. Genau das gleiche gilt für ein reiches Land.

Heute verweisen Wirtschaftskenner auf das riesige Marktpotential, das ein Wachstum mit Vorteilen für alle bewirken kann. Der amerikanische Ökonom Lester Thurow stellt fest: „Niemand in der Welt kann wie Europa einen Wirtschaftsraum schaffen, der Hunderte von Millionen gut ausgebildeter Menschen umfaßt.“

Nach Auffassung deutscher Wirtschaftswissenschaftler könnte der Handel zu beiderseitigem Vorteil beachtlich intensiviert werden, wenn Assoziierungsländer zu Mitgliedsländern der EU werden würden. Dies zeigt auch die neuere Entwicklung im Außenhandel. Der Außenhandelsumsatz mit dieser Region stieg allein 1997 um 25 Prozent auf 167 Milliarden DM. Auch das schafft Arbeitsplätze. Es bestätigt sich auch hier das bekannte Wort: Es ist besser, gemeinsam einen größeren Kuchen zu backen, als sich um die Krümel zu streiten.

Noch wichtiger aber als das sozial-ökonomische Wachstum ist die stabilitätspolitische Bedeutung der Assoziierung und Erweiterung. Wir wissen um die Bedeutung des Wortes, das der römische Dichter Horaz vor 2000 Jahren sprach: „Wenn das Haus des Nachbarn brennt, geht es um deine eigene Sache.“

Abschließend möchte ich noch auf eine aktuelle Frage zu sprechen kommen, die unser aller Interesse finden sollte. In diesen Tagen und Wochen bewegt das Tabakverbot der Europäischen Union die öffentliche Diskussion in Deutschland und Europa. Es ist hier nicht der Ort, die Problematik detailliert darzustellen. Die Befürworter verweisen auf das Gebot des Gesundheitsschutzes; die Gegner haben ihre entsprechenden Gegenargumente.

Sie halten es zudem für absurd und widersinnig, wenn die Europäische Union die Tabakwerbung verbietet, gleichzeitig aber den Tabakanbau mit jährlich 1,9 Milliarden DM subventioniert. Vor allem aber bezweifeln sie die Rechtsgrundlagen für ein europäisches Tabakverbot und betrachten es darüber hinaus als eklatanten Verstoß gegen das Prinzip der Subsidiarität.

Dem Problem kommt deshalb über die konkrete Sachfrage hinaus eine grundsätzliche Bedeutung zu, weil viele gutgemeinte politische Entscheidungen unter die Rubrik fallen: Gutgemeint ist das Gegenteil von gut. Ihm kommt aber auch deshalb eine

grundsätzliche Bedeutung zu, weil unsere Aufmerksamkeit dann verlangt ist, wenn positiv besetzte Begriffe wie Gesundheitsschutz, Verbraucherschutz und Umweltschutz dazu mißbraucht werden, um unsere Wirtschafts- und Sozialordnung durch übertriebenen Dirigismus, Regulierungssucht und unnötige Zentralisierung von innen heraus zu unterminieren. Auf Seiten der Altsozialisten und der Neideologen im Europäischen Parlament gibt es Strategien, die positive Begriffe als Trojanische Pferde einsetzen, um ihre Vorstellungen vom zentralisierten

Europa Schritt für Schritt zu verwirklichen. Mit dem Hinweis auf Gesundheitsgefährdung kann die Werbung für zahlreiche andere Produkte ebenso verboten werden. Zentrale Bürokratie würde dann die Bürger gängeln und bevormunden. Die sachlich nicht begründbaren Eingriffe in die Freiheit des wirtschaftenden Menschen führen zu einer schleichenden Auszehrung unserer Wirtschaftsordnung, zur Zentralisierung und Bürokratisierung. Wir kämpfen gegen die freiheitsgefährdenden, verummten Ideologien. Für uns soll auch in der Europäischen Union das „Prinzip der Freiheit als Mensch“ gelten, das der deutsche Philosoph Immanuel Kant im Jahre 1793 in die Worte faßte – ich zitiere wörtlich –:

Niemand kann mich zwingen, auf seine Art

– wie er sich das Wohlsein anderer Menschen denkt –

glücklich zu sein, sondern ein jeder darf seine Glückseligkeit auf dem Wege suchen, welcher ihm selbst gut dünkt, wenn er nur der Freiheit anderer nicht Abbruch tut.

Am Ende des 20. Jahrhunderts, das die Diktatur und den Zusammenbruch des totalitären Sozialismus erlebt hat, entstehen neue und subtile Gefährdungen durch verummte Ideologien. Die Wirkungskette dieser Aktivitäten sind schnell mit folgenden Begriffen zusammenzufassen: Regulieren, Zentralisieren, Strangulieren und über die dadurch entstehende Arbeitslosigkeit dann lauthals Lamentieren. Wir wollen und sollten diesen Anfängen wehren.

Wir werden die Herausforderungen in Deutschland und Europa mit dem gleichen realistischen Optimismus meistern, der dem Werk Konrad Adenauers zugrunde lag und der heute in faszinierender Weise durch unseren Bundeskanzler Helmut Kohl praktiziert wird. Deutschland ist unser Vaterland. Europa ist unsere Zukunft. Es lohnt sich, dafür zu arbeiten. ■

Bundesumweltministerin Angela Merkel:

Es geht um Kontinuität im Wandel

Wir sind eigentlich schon mitten im Thema. Wenn wir uns die Frage nach unserer Verantwortung für den Aufbau in den neuen Bundesländern stellen, dann müssen wir angesichts des Wahlergebnisses von Sachsen-Anhalt sagen: Es gibt nichts zu beschönigen. Die CDU hat mit ihren 22 Prozent in Sachsen-Anhalt eine schwere Niederlage erlitten. Aber schlimmer noch: 19 Prozent PDS und knapp 13 Prozent DVU in Sachsen-Anhalt sind ein erschreckendes Ergebnis, vor allem ein Ergebnis, das uns alle zum Nachdenken zwingt. Viele fragen sich: Was ist los in Deutschland? Und viele fragen sich vor allen Dingen: Was ist los in den neuen Bundesländern.

Ich glaube, wir wissen alle: Einfache Antworten helfen nicht. Aber zwei Dinge liegen für mich ganz klar auf der Hand. Erstens müssen wir deutlich machen, daß die DVU nur Kapital aus den Sorgen der Menschen schlagen will, wenn sie einfache Antworten auf komplizierte Fragen verspricht. Zweitens müssen wir darauf hinweisen, daß Höppner gescheitert ist – es ist heute schon gesagt worden –, wenn er geglaubt hat, man entzaubere die PDS dadurch, daß man sie in die Verantwortung einbindet.

Die PDS ist gegen den Transrapid, die PDS ist gegen die Ostseeautobahn, die PDS ist gegen den Euro, die PDS ist gegen die NATO-Osterweiterung, die PDS

ist gegen die Bundeswehr. Sie will, wie der Landesvorsitzende in Mecklenburg-Vorpommern sagt, am liebsten die Bundesrepublik Deutschland insgesamt abschaffen, und da kann ich nur sagen: Das führt in eine Sackgasse. Das führt uns wirtschaftlich in eine Sackgasse, das führt uns international in eine Sackgasse, und deshalb ist es auch so einfach, sich in der Sache ganz klar und hart mit der PDS auseinanderzusetzen, weil sie diese Bundesrepublik Deutschland nicht will.

**Rede der Stellvertretenden
Vorsitzenden Angela Merkel
auf dem 10. Parteitag der CDU
in Bremen, am 18. Mai**

Aber genauso wichtig ist natürlich – und auch das müssen wir uns vor Augen halten –, daß gerade die Menschen in den neuen Bundesländern Antworten auf ihre Fragen und Sorgen erwarten. Deshalb dürfen wir nicht warten, bis die Menschen zu uns kommen, sondern wir müssen den Mut haben, zu ihnen zu gehen. Wir müssen ihnen zeigen, daß wir sie verstehen. Und wir dürfen vor allen Dingen keine Scheu haben, in den vorpolitischen Raum zu gehen – in den Mieterbund, die Rentnerverbände, die Kleingartenvereinigungen, also überall dorthin, wo die PDS leider schon an vielen Stellen ist.

Wir müssen zeigen, daß es mit einfachen Formeln wie „Die Arbeit gerecht verteilen“ eben nicht getan ist und daß es schwierig ist,

wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Wir müssen den Menschen zeigen, daß der Euro keine Gefahr für ihre Renten oder Lebensversicherungen bedeutet, sondern eine große Chance für unsere Zukunft. Das heißt also: Raus aus den eigenen vier Wänden! Das muß unser Motto in den kommenden Monaten sein.



Ich will damit sagen: Unsere Verantwortung für den Aufschwung in den neuen Bundesländern ist weit mehr als nur ein wirtschafts- oder finanzpolitisches Thema. Unsere Verantwortung für den Aufschwung in den neuen Bundesländern heißt: Wir müssen nachdenken, welche sozialen und vor allem welche politischen Kräfte in unserem Land diesen Aufschwung maßgeblich gestalten, und wir müssen zeigen, von welchen Werten sie bestimmt sind. Sachsen-Anhalt zeigt uns einmal mehr ganz deutlich: Es geht um sehr grundsätzliche Weichenstellungen.

Es tut mir schon weh, wenn sich nun, nach dem Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt, manch einer in den alten Bundesländern fragt: Müssen wir vielleicht den Ostdeutschen noch Nachhilfeunterricht in Demokratie geben?

Die Menschen in Ostdeutschland haben nicht vergessen, daß die DDR als System ein Unrechtsstaat war, und die übergroße

Mehrheit will mit den Zuständen der ehemaligen DDR nichts, aber auch gar nichts zu tun haben. Aber gerade weil die DDR als System ein Unrechtsstaat war, bewegt heute viele die Frage: Was war denn mein Leben in der Rückschau in diesem Staat eigentlich wert? Diese Frage müssen wir beantworten. Für mich gehört es zu den ermutigendsten Erfahrungen der vergangenen 40 Jahre, daß Millionen Eltern unter den Bedingungen des Systems der DDR versucht haben, ihre Kinder schlicht und einfach nach den elementaren menschlichen Grundsätzen zu erziehen und sich nicht der Staatsräson zu unterwerfen. Das müssen wir immer wieder sagen.

Die Menschen in den neuen Bundesländern wissen doch, daß die Freiheit etwas sehr Wertvolles und Schützenswertes ist. Sie haben sie sich in den Oktobertagen des Jah-

res 1989 selbst erkämpft. So etwas vergißt man doch nicht. Aber wir wissen heute nach acht Jahren deutscher Einheit eben auch, daß Freiheit mit Verantwortung verbunden ist und daß Freiheit auch jedem einzelnen eine Menge abverlangt.

Nach 40 Jahren Diktatur sozialistischer Art und der vorhergehenden Zeit des Nationalsozialismus ist es einfach so, daß nicht jeder gelernt hat, daß Freiheit mit der Notwendigkeit eigener Entscheidungen verbunden ist. Freiheit bedeutet eben, daß sich der Staat nicht für alles verantwortlich fühlt. Diesen Bestandteil unseres Wertesystems müssen wir ganz deutlich hervorheben.

Zu den Weichenstellungen gehört für uns als CDU immer: Die CDU ist die Partei, die niemals die Unterschiede zwischen Ost und West, die natürlich bestehen, populistisch kultivieren wird; statt dessen haben wir sie konstruktiv aufgenommen. Wir haben in Ost und West stets mit gleicher Zunge gesprochen und werden dies auch weiter tun. Das ist unsere Politik.

Wir wissen, daß sich die Welt nach dem Fall des Eisernen Vorhangs nicht nur in den neuen Bundesländern gewaltig verändert hat. Wir sagen nach dem Wegfall des Eisernen Vorhangs, nach dem Abzug eines Großteils der Alliierten, nach Erlangung der außenpolitischen Eigenständigkeit Deutschlands und nach allem, was für uns in Ost und West an Veränderungen zusammgekommen ist, mit Recht: Deutschland ist insgesamt ein neues Land geworden.

Ich weiß, daß das manch einen im Westen erschreckt. Er fragt: Wieso sind wir alle ein neues Land geworden? Ich sage Ihnen

aber auch: Zum Verständnis der deutschen Einheit gehört diese gemeinsame Erkenntnis, weil nur sie die Voraussetzung dafür sein kann, daß wir die innere Einheit erfolgreich vollenden.

Auch das ist wahr: Die Bundesrepublik Deutschland durchläuft heute die größte Veränderung seit dem Ende des zweiten Weltkriegs. Deshalb wäre es doch dumm und verhängnisvoll, wenn wir sagen würden, all dies ist nur auf die deutsche Einheit zurückzuführen. Viele der heutigen Probleme in der ganzen Bundesrepublik wären auch ohne die deutsche Einheit auf uns zugekommen – vielleicht etwas später, vielleicht etwas langsamer, aber mit Sicherheit hätten wir Probleme gehabt. Deshalb heißt Verantwortung für die Vollendung der inneren Einheit tragen vor allen Dingen, sich gemeinsam die Frage zu stellen: Wo steht unsere Bundesrepublik Deutschland? Wenn wir in den neuen Bundesländern über das Verhältnis von Freiheit und Verantwortung sprechen, müssen wir uns auch fragen: Welche Vorstellung haben wir in ganz Deutschland von unserem Staat?

Lassen Sie mich drei Beispiele nennen:

1. In der Zeitung „Die Welt“ habe ich ein Gespräch mit einem 58jährigen Polizisten gelesen, der über seinen Beruf und sein Ansehen in der Gesellschaft berichtet. Er sagt: Wissen Sie, früher war ich in Berlin-Kreuzberg der „Herr Wachtmeister“, dann war ich der „Bulle“, und heute – mir kommt es kaum über die Lippen – bin ich der „Scheiß-Bulle“. Ist es nicht einfach traurig, wenn wir das einfach hinnehmen? Ich meine, wir dürfen nie hinnehmen, daß solch eine Entwicklung um sich greift.

2. Ich kann es auch den Gewerkschaften nicht ersparen, sie zu kritisieren. Sie haben bei den Aufrufen zu den Demonstrationen für die Arbeitslosen jetzt am 8. Mai

jeden Arbeitslose laut und deutlich auffordert, schwarz zu den Demonstrationen zu fahren und nicht zu bezahlen, weil man diesem Staat nehmen muß, was er den Arbeitslosen freiwillig nicht gibt. Da frage ich Sie, liebe Freunde: Was ist mit der Sozialhilfe? Was ist mit der Arbeitslosenhilfe? Können wir einfach so an die Sache herangehen? Ich sage ein klares Nein.

3. Was sollen die denken, die die Bundestagsdebatte über den letzten Castor-Transport verfolgt haben? Dort hat Frau Höhn, die nordrhein-westfälische Umweltministerin, mir entgegengeschleudert: Sie und die Bundesregierung haben nichts anderes auf Ihrer Seite als das Recht! Liebe Freunde, ich frage Sie, was wir denn eigentlich auf unserer Seite haben sollen, wenn nicht das Recht?

Das Recht wurde im übrigen nicht nach Art der Volkskammer entschieden, sondern in einem demokratischen Prozeß, meistens noch zwischen Bundestag und Bundesrat gemeinsam, gesetzt.

Die Geschichte des 58jährigen Polizisten, die Geschichte von Frau Höhn und die Geschichte vom Schwarzfahren zeigen mir eines deutlich: Wir müssen darauf achten, daß wir ein Verständnis von Respekt und Achtung gegenüber unserem Staat, der Bundesrepublik Deutschland, aufrechterhalten, ansonsten werden wir die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht packen.

Wie ich es an den Beispielen gezeigt habe, ist dieses ein gesamtdeutsches Problem.

Neben der Einforderung von Respekt und Achtung vor dem Staat werden wir an der Schwelle zum 21. Jahrhundert als zweites immer wieder fragen müssen, wo sich der Staat aus seiner Verantwortung zurückziehen soll, wo wir mehr Freiheit und mehr Flexibilität brauchen. Deshalb ist es ja auch so verhängnisvoll, wenn Reformen

wie die Steuerreform ewig blockiert werden. Es ist gerade in den neuen Bundesländern nicht vermittelbar, warum man unbedingt 13 lange Jahre bis zum Abitur brauchen soll und nicht 12 Jahre genügen sollten.

Es ist nicht vermittelbar, warum die Entscheidungen um Ladenöffnungszeiten, Lohnfortzahlung, Kündigungsschutz und vieles andere immer wieder zu einem Staatsakt gemacht werden. Es ist nicht vermittelbar, warum immer wieder die Zweifler, Fragesteller und Bedenkträger die Oberhand haben sollen, obwohl wir doch immer wieder zupacken, anpacken und endlich Innovation vorbringen wollten. Heute wollen wir – das kann ich für die Mehrzahl der Menschen in den neuen Bundesländern sagen – diese Potentiale nutzen; das wird uns allen guttun.

Den Aufschwung in den neuen Bundesländern schaffen wir nur, wenn wir das Potential unseres neuen Landes mit seinen neuen Gegebenheiten gemeinsam nutzen. Dabei ist natürlich das drängendste Problem die Frage der Arbeitslosigkeit. Neue zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen wir aber nur, wenn wir in den neuen Bundesländern mutig in die Bereiche einsteigen, die heute in den alten Bundesländern keine strukturellen Schwierigkeiten haben. Wir müssen Kommunikationstechnologie, Softwareproduktion und Dienstleistungsbereiche intensiv und offensiv voranbringen. Ich kann nur sagen, wir müssen dabei bereit sein, Risiken einzugehen. Wenn die Sozialdemokraten in Mecklenburg-Vorpommern zum Beispiel sagen, sie seien für den Transrapid überall auf der Welt, aber bitte niemals in Mecklenburg-Vorpommern, dann ist die CDU zur Stelle und sagt: Wir wollen ihn bei uns haben, weil wir für unser Land Innovationen brauchen. Wir verstehen allenfalls, wenn die Sachsen ein wenig neidisch sind.

Wir haben seit 1990 die Verkehrsprojekte

deutsche Einheit auf den Weg gebracht, 148 000 Handwerksbetriebe und 510 000 mittelständische Betriebe gegründet, mehr als 4 Millionen Wohnungen modernisiert, 31 000 landwirtschaftliche Betriebe geschaffen, ein Niveau von 85 Prozent der Westrenten erreicht, 1,2 Milliarden DM pro Jahr für die Braunkohlerekultivierung ausgegeben, 19 700 ha Bergbaufläche rekultiviert und 39 Millionen Bäume gepflanzt. All diese Beispiele ließen sich fortsetzen. All dies war nur möglich, weil sich die Bundesrepublik Deutschland 1990 in einem intakten wirtschaftlichen Zustand befand und nicht in einem maroden, der von einer unsoliden Finanzpolitik hervorgerufen worden wäre.

Auch in Zukunft – das hat der Bundeskanzler heute deutlich gesagt – muß der Aufbau Ost Vorrang vor dem Ausbau im Westen haben.

Aber, so denke ich, wir müssen auch von seiten der neuen Bundesländer unsere Beiträge leisten und deutlich sagen, welche Standortvorteile wir haben. Lassen Sie uns doch aus der guten Ausbildung, aus den vielen Zuschüssen, aus den noch geringeren Lohnkosten, aus den längeren Arbeitszeiten, aus dem an manchen Stellen besseren Preis-Leistungs-Verhältnis einen wirklichen Standortvorteil für die neuen Bundesländern machen und diesen auch offensiv vertreten.

Aber wie es in unserer Gesellschaft so ist: Sofort erschallt reflexartig aus dem Bereich der Gewerkschaften und anderer: „Merkel will aus Mecklenburg-Vorpommern und anderen neuen Bundesländern das Sizilien des Nordens machen.“ Ich sage Ihnen: Das Gegenteil ist der Fall. Ich will, daß Mecklenburg-Vor-

pommern das Bayern des Ostens wird.

Wenn manch einer in Sachsen und Thüringen sagt, erst sei er dran, dann erwidern wir: Wir wollen aus allen neuen Bundesländern gemeinsam das Bayern und das Baden-Württemberg des Ostens machen. So wie Bayern trotz einer schwierigen Ausgangsbasis heute zu einem hochentwickelten Bundesland geworden ist, so wollen auch wir in den neuen Bundesländern zeigen, daß wir die Hilfe annehmen um selber auf die Beine zu kommen und etwas Gutes für ganz Deutschland daraus zu machen.

Damit kommen wir zu einem spannenden Punkt: Unser Verständnis von der Vollenkung der inneren Einheit erschöpft sich nicht in der Angleichung der Lebensverhältnisse in einem ganz simplen Sinne. An welche Lebensverhältnisse wollen wir uns denn angleichen: an die von 1990, von 1992, von 1998? Auch der Westen ist doch nicht statisch geblieben. Wir haben uns verändert, der Westen hat sich verändert. Es geht jetzt darum, einen gemeinsamen Prozeß zu formulieren, mit dem wir Gesamtdeutschland fit für das 21. Jahrhundert machen. Das ist unser Verständnis vom Einbringen der ostdeutschen Identität in das Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland.

Deshalb sagen wir: Wir brauchen keine Politik, die alles unverändert läßt. Wir brauchen keine Politik, die nur nach immer mehr Staat ruft. Wir sagen nicht immer nur nein, sondern schauen, wo wir unsere Chancen ergreifen können. Wir wissen, daß sich vieles verändern wird, und wollen als CDU durch diese Veränderungen führen.

Aber es wird darauf ankommen, daß dies keine intellektuellen Überlegungen oder

technokratischen Veranstaltungen sind. Es wird darauf ankommen, daß wir nicht nur Fachpolitik machen, sondern mit unseren Vorstellungen die Herzen der Menschen erreichen, daß wir eine Vision an der Stelle bieten, wo andere Ängste und Verzweiflung schüren.

Wir werden morgen über unser Zukunftsprogramm sprechen. Ich bin mir ganz sicher: Eben dieses Zukunftsprogramm wird eine solche Antwort sein. Dann werden wir die Menschen überzeugen, daß wir nicht die platten Antworten der DVU und den Slogan der PDS „Wahlzettel sind Denkmittel“ brauchen, sondern eine Vision von einem Deutschland der Zukunft.

Die „Sächsische Zeitung“, also eine ostdeutsche Zeitung, hat am Montag vergangener Woche angesichts der Kapriolen, die in Magdeburg vollbracht werden, Gerhard Schröder als „westdeutschen Kandidaten“ bezeichnet, der binnen weniger Tage gezeigt habe, wie der Kampf in die neue Mitte bezahlt werden soll, nämlich mit neuer Mittelmäßigkeit. Liebe Freunde, wir brauchen keinen westdeutschen Kandidaten oder westdeutschen Kanzler. Wir in der CDU haben einen gesamtdeutschen Kandidaten, wir haben einen gesamtdeutschen Bundeskanzler, Helmut Kohl. Deutschland kann sich keinen Kanzler Schröder leisten.

Selbst wenn Schröder es ernst meinte mit der neuen Mitte, so müssen wir doch feststellen, daß Lafontaine in der SPD das Sagen hat. Ich habe das schon zweimal bei den Energiekonsensgesprächen erlebt. So wie Lafontaine es zuläßt, daß Höppner in Sachsen-Anhalt gemeinsame Sache mit der PDS macht, obwohl sich Schröder angeblich dagegen ausgesprochen hat, könnte sich Schröder, selbst wenn er es wollte, niemals in Bonn durchsetzen.

Die SPD wirft uns immer wieder üble Nachrede vor, wenn wir behaupten,

Schröder werde sich mit Hilfe der PDS zum Kanzler wählen lassen. Aber was Müntefering, immerhin Bundesgeschäftsführer der SPD, letzte Woche gesagt hat, nämlich daß die PDS in Ostdeutschland eine andere Rolle spiele, hat uns doch auf ganz fatale Weise deutlich gemacht, daß sich Herr Schröder natürlich auch mit den Stimmen der PDS zum Bundeskanzler wählen lassen würde. Nach der Logik der SPD könnte man doch bei der Wahl des Kanzlers nicht einfach die PDS als eine Stimme des Ostens ausblenden. In dieser Logik ist für mich klar: Schröder würde sich immer mit den Stimmen der PDS zum Kanzler wählen lassen.

Was mich an der Sache verbittert, ist, daß Höppner und andere versuchen, eine vermeintliche Identität Ost zu vermitteln, die eben nicht typisch ist für die neuen Bundesländer. Wir wollen mitmachen, wir wollen aufbauen. Auf den Slogan von Herrn Höppner „Sachsen-Anhalt – ein starkes Stück Osten“ kann ich nur sagen: Was er macht, ist in der Tat ein „starkes Stück“. Aber das ist nicht, wie er es uns verkaufen will, charakteristisch für den Osten.

1998 wird ein ganz besonderes Jahr werden. Zufällig habe ich am Tag vor der Wahl in Sachsen-Anhalt im „Mittagsmagazin“ des Westdeutschen Rundfunks einen Kommentator folgende Sätze sagen hören – ich zitiere; bitte hören Sie genau zu –:

Kohl muß weg, nicht weil er nicht mehr zu regieren verstünde,

– man höre und staune: also nicht, weil er nicht mehr zu regieren verstünde oder weil seine Partei die Wahl in Sachsen-Anhalt verlieren könnte -

sondern weil seine Amtsführung gegen ein Prinzip der Demokratie verstößt – gegen das des Machtwechsels.

Und einige Sätze weiter:

Unser aller Angelegenheit ist, auf die Wahrung der demokratischen Hygiene zu dringen, und die verlangt, daß Kohl weg muß.

Diese Sätze müssen wir uns auf der Zunge zergehen lassen. Ich habe ja Verständnis dafür, wenn man nach 16 Jahren Opposition nahezu mit allen Mitteln versucht, am 27. September zu siegen. Ich habe auch Verständnis dafür, daß es mehr Freude macht, Politik in der Regierung zu gestalten als in der Opposition. Aber zu behaupten, die Amtsführung eines Bundeskanzlers nach 16 Jahren verstoße gegen ein Prinzip der Demokratie und man müsse auf die Wahrung der „demokratischen Hygiene“ dringen, ist gerade für ostdeutsche Ohren unerträglich.

Weiß der Mann eigentlich, was er da sagt? Wir Ostdeutsche haben 40 Jahre am eigenen Leibe erfahren, was es heißt, wenn gegen die „demokratische Hygiene“ verstoßen wird, wenn Prinzipien der Demokratie verletzt werden. Niemand – auch kein noch so schlauer Kommentator eines Radiosenders – darf es sich anmaßen, polemisch darüber hinwegzusehen, daß diese Bundesregierung und ihr Bundeskanzler in vier Bundestagswahlen redlich und demokratisch gewählt worden sind.

Diese 16 Jahre sind in keiner Weise vom Wähler gestohlen worden. Jeder Wähler konnte viermal bei freien Wahlen frei entscheiden. Gerade wir in den neuen Bundesländern sind stolz und dankbar, endlich frei wählen zu können. Wir lassen uns von keiner noch so

geschickt-perfiden Argumentation vorschreiben, wie wir unser Wahlrecht in Zukunft zu nutzen gedenken.

Natürlich: 16 Jahre ein Land zu führen, das ist nicht selbstverständlich. Aber es waren nicht irgendwelche Jahre. Es waren 16 Jahre der größten Veränderungen und Umbrüche: NATO-Doppelbeschluß, drei Millionen neue Arbeitsplätze, Wiedervereinigung, beginnender Aufbau in den neuen Bundesländern.

Wir haben 1990 erfahren: Wir sind in der CDU willkommen. Wir werden nicht, wie in der SPD, als Störenfriede argwöhnisch betrachtet, sondern die CDU freut sich, mit uns die Einheit zu gestalten.

Jetzt stehen wir gemeinsam am Übergang in das 21. Jahrhundert. Das Jahr 2000 ist eine psychologische Zeitenwende. Es markiert einen Scheideweg für Deutschland. Gehen wir zurück zu alten Rezepten, zu einfachen Losungen, oder haben wir den Mut zu Veränderungen, haben wir den Mut, Deutschland, dessen wichtigstes Potential die Menschen und ihr Wissen sind, für den Weg in das 21. Jahrhundert fit zu machen? Wir als CDU spielen dabei Ost und West nicht gegeneinander aus. Wir in Ostdeutschland haben seit 1990 unendlich viele Veränderungen geschafft. Ich glaube, wir sind mit Recht stolz darauf. Das ist unsere Identität für das gemeinsame Deutschland. Wir bringen unseren Mut zu Veränderungen, unseren Mut zum Risiko jetzt in ganz Deutschland für das 21. Jahrhundert ein.

Denn das ist die Voraussetzung dafür, daß deutsche Unternehmen wieder wettbewerbsfähig werden, daß die Arbeitslosigkeit abgebaut werden kann und daß wir unsere Probleme meistern.



Erinnern wir uns gemeinsam an den Mut der Wendezeit; erinnern wir uns gemeinsam an das, was wir in den letzten acht Jahren geschafft haben. Wir in den neuen Bundesländern wollen diesen Mut der Wendezeit in das neue Deutschland einbringen. 1998 geht es um nicht mehr und nicht weniger als um die Entscheidung zwischen Kontinuität im Wandel auf der einen Seite und Schall und

Rauch auf der anderen Seite. Ich bin ganz sicher: Wenn wir diese Botschaft mit Demut vor den Menschen, mit Respekt vor ihren Fragen und Sorgen, mit Entschlossenheit, Klarheit und Zielstrebigkeit in der Sache und obendrein noch mit Freude an der Arbeit verbreiten, dann werden wir am 27. September 1998 Erfolg haben, in Ost und West - und zwar gemeinsam. ■

Bundesinnenminister Manfred Kanther:

Innere Sicherheit – das Markenzeichen der CDU-Politik

Nur ein starker Staat kann den Inneren Frieden zuverlässig und dauerhaft gewährleisten. Nur ein starker Staat kann seine Bürger vor Kriminalität und Unordnung schützen. Das ist eine Bringschuld dieses Staates an seine Bürger. Wir arbeiten unermüdlich daran und haben große Erfolge.

Das organisierte Verbrechen wird die Wirksamkeit des neuen Geldwäschebekämpfungsgesetzes und der erweiterten Beschlagnahmemöglichkeiten scharf in der Kasse spüren.

Schwerkriminelle sind mit der Kronzeugenregelung und der endlich eröffneten

Möglichkeit zum Abhören von Gangsterwohnungen zusätzlichem Verfolgungsdruck ausgesetzt, auch wenn die Sozialdemokraten das Konzept an einem wichtigen Punkt verwässert haben.

Mit dem neuen Antikorruptionsgesetz steigt das Risiko für Wirtschaftskriminelle und ungetreue Staatsdiener.

Die Novellierung des Ausländerrechts verschärft die Strafen für Menschenhandel und verbessert die Möglichkeiten zur Ausweisung krimineller Ausländer. Wir haben leider viel zu viele Gangster aus dem eigenen Lande. Wir wollen keine weiteren von draußen.

Das verschärfte Sexualstrafrecht leistet nun das, was der Staat an Vorbeugung auf-

bringen kann, um Frauen und Kinder besser zu schützen. Beschleunigtes Verfahren und Hauptverhandlungshaft erlauben einer tatkräftigen Justiz schnelle und entschlossene Antworten – vor allem an Ersttäter. Diese Antworten müssen aber auch schnell und entschlossen gegeben werden.

Rechtsextremistische Propagandadelikte unterliegen verschärfter Strafdrohung. Mehrere Extremistengruppen wur-



den verboten, um die Entschlossenheit unseres Staates im Vorgehen gegen diese widerwärtigen Exzesse ohne Zögern deutlich zu machen.

Opfer- und Zeugenschutz sind verstärkt und lenken die Aufmerksamkeit auf eine in der Vergangenheit viel zu wenig beachtete Folge von Verbrechen: das Schicksal der Opfer.

Nach einem Jahrzehnt des Gezerres sind die Gesetze über das Bundeskriminalamt und den Bundesgrenzschutz in Kraft getreten und bilden nun modernste Grundlagen für die Tätigkeit der Bundespolizei. Das Europol-Paket wird 1998 in Kraft treten.

Das unermüdliche Bohren dieser dicken Bretter durch die Innen- und Rechtspolitiker der Union hat Entscheidungsstaus aufgelöst, die

Rede von Bundesinnenminister Manfred Kanther auf dem 10. Parteitag der CDU in Bremen am 18. Mai

lange Jahre als nicht zu bewältigen galten. Das ist eine einmalige Leistungsbilanz unserer Politik in den vergangenen Jahren. Wir müssen sie den Menschen unermüdlich verdeutlichen.

Es steht ein gesetzgeberisches Handwerkzeug zur Verfügung, das den Staat in die Lage versetzt, seine Bürger nach besten Kräften vor Verbrechern zu schützen. Nur in wenigen Bereichen bedarf es der Nachbesserung, die wir unverzüglich schaffen werden: die Novellierung des Ausländerzentralregisters, um die Arbeit aller Behörden im In- und Ausland bei der Abwehr illegaler Zuwanderung noch besser zu koordinieren; die Einschränkung der Sozialhilfeansprüche für ausreisepflichti-

ge Ausländer, vor allem durch die verstärkte Gewährung von Naturalunterhalt statt Geldleistungen; zusätzliche Befugnis für den Bundesgrenzschutzes zur verdachtsunabhängigen Kontrolle, mit der eine Reihe von Bundesländern für ihre Polizei schon beste Erfahrungen gemacht haben. Auch in einer Demokratie fällt niemandem ein Stein aus der Krone, wenn er der Polizei auf Anfrage sagen muß, wer er ist.

Wir brauchen eine weitere Beschleunigung der Verfahren in Strafsachen, vor allem gegenüber Tätern aus der organisierten Kriminalität. Wir brauchen ferner eine Ausweitung der gerade geschaffenen GenDatei – über die laufenden Verfahren hinaus – auf einsitzende Täter. Es ist nicht plausibel, daß derjenige, der zum erstenmal ein Sexualdelikt begangen hat und der sich im Strafverfahren befindet, einem genetischen Fingerabdruck unterworfen wird, daß aber derjenige, der wegen zehn Straftaten sitzt und in einem halben Jahr entlassen wird, diesem nicht unterworfen ist.

Einiges davon schaffen wir noch jetzt. Im ganzen ist Deutschland gesetzgeberisch gerüstet, sowohl was die Abwehr der allgemeinen Kriminalität als auch den frühzeitigen Kampf gegen die organisierte Kriminalität und gegen ihre dramatische Bedrohung für alle wohlhabenden und freien Länder angeht.

Aber die besten Gesetze taugen nichts, wenn sie nicht durch eine zupackende Regierung, Verwaltung und Justiz mit Leben erfüllt, in die Praxis und in die Tat umgesetzt werden. Das haben wir in vielen Bereichen getan. Weitere Schritte werden folgen.

Vor fünf Jahren stand der Bundesgrenzschutz mit 2000 Beamten an unserer östli-

chen Landesgrenze. Wenn wir mit der Reform des Bundesgrenzschutzes fertig sein werden, dann werden es über 7 000 sein.

Besonders die Menschen in den neuen Bundesländern wissen das als große Anstrengung zu schätzen; denn sie sind sehr plötzlich in Kriminalität geraten, an die sich die Menschen im Westen etwas länger – leider – gewöhnt hatten.

Dem gleichen Gedanken folgt die jahrelange Arbeit an der Einrichtung des Schengener Informationssystems, das mit mehr als 40 000 Datenendgeräten an den Außengrenzen das größte elektronische Fahndungssystem der Welt darstellt.

Wir werden auch weiterhin alle Anstrengungen gegen den Import von Kriminalität unternehmen.

Nach der Neufassung des Bundeskriminalamtgesetzes haben wir binnen sieben Monaten die Gen-Datei zur Erleichterung der Strafverfolgung vor allem jener widerwärtigen Verbrecher geschaffen, die sich an Frauen und Kindern vergehen. Ich konnte da nicht warten, bis der letzte Bedenkenträger seine letzte Datenschutzmarotte ausgeträumt hatte.

Technische Möglichkeiten in der Hand der legalen Gesellschaft bieten neue und zum Teil noch gar nicht erkannte Chancen. Aber schon die ersten Beispiele, die wir in mühsamer Arbeit zum Erfolg gebracht haben, zeigen, was ich meine:

Ein Drittel weniger Autos wurden im vergangenen Jahr gegenüber 1993 gestohlen, weil wir nach hartnäckigen Anstrengungen die elektronische Wegfahrsperre in den neuen Fahrzeugen einführen konnten. Das sind 40 000 mal weniger Ärger für Bürger, die morgens zur Arbeit fahren wollen oder abends aus dem Kino kommen, und die „Karre“ ist nicht weg, sondern noch da.

Der Sozialhilfe-Mißbrauch im Asylbereich durch Mehrfach-Anträge ist minimiert, seit das Fingerabdruck-System AFIS beim BKA funktioniert. Wir werden es auf europäischer Ebene ausbauen.

Um zirka 25 Prozent ist die Schadenssumme beim Mißbrauch von Kreditkarten von 1993 bis 1996 gesunken, nachdem das Verfahren des Versands und der Codierung geändert worden ist; die Arbeit daran geht weiter.

Die Zahl der Wohnungseinbrüche ist von 1993 bis 1997 um 45 000 Fälle, also um rund 20 Prozent, zurückgegangen. Meine Freunde, das bedeutet 45 000 mal weniger Angst und Furcht von Frauen und Familien vor der Verletzung der Intimsphäre, wenn sie vom Einkaufen oder aus den Ferien nach Hause kommen. Das sind die meßbaren Leistungen unserer Sicherheitspolitik.

Eine fälschungssichere Visums-Marke für die Schengen-Staaten erschwert Schleppern und Schleusern in der ganzen Welt ihr Geschäft. An der Verbesserung der Kraftfahrzeugpapiere arbeiten wir. Das neue Euro-Geld wird ein Höchstmaß an Fälschungssicherheit aufweisen.

Denken wir auch an etwas, was uns über ein Vierteljahrhundert so geplagt hat: Die RAF hat hoffentlich aufgegeben und die PKK ihre verbrecherische Tätigkeit gemäßigt. Beschreien wir nichts; es möge so bleiben. Aber die Besinnung darauf, daß sich der entschlossene Rechtsstaat durchgesetzt hat ist doch notwendig. Peinlich, wie linke Gesundheitsbeter nach dem kürzlichen RAF-Brief sofort wieder mit der Gnadenakte unterwegs waren, bevor die Morde, die diese Leute verübt haben, sämtlich aufgeklärt sind.

Sage also niemand – deshalb habe ich Sie mit dieser Erfolgsbilanz behelligt –, das Schicksal wohlhabender und freiheitlicher Gesellschaften sei mit dem Anstieg von Kriminalität zwingend verbunden. Wir beweisen zusammen mit Tausenden von engagierten Menschen und Mitarbeitern täglich das Gegenteil. Im dritten Jahr geht die Zahl der Straftaten in Deutschland – wenn leider auch nur langsam – zurück. Die Aufklärungsquote ist in derselben Zeit von 43 auf 50 Prozent gestiegen. Das wird so bleiben, wenn wir weiter regieren und nicht die grün-rote Mischung aus Phantasten und Opportunisten.

Ich wiederhole: Kaum je wirken Gesetze durch ihre bloße Niederschrift im Bundesgesetzblatt. Sie müssen durch praktische Anwendung greifen. Das schaffen wir über den engeren Bereich der Verbrechensbekämpfung hinaus im Dienste des inneren Friedens:

1992 kamen 438 000 Asylbewerber in dieses Land; im vergangenen Jahr waren es noch 104 000. Meine Freunde, ein Riesenerfolg, wenn es auch immer noch zu viele sind und die Aufgabe fortbesteht! Denn nur etwa 5 Prozent werden anerkannt.

Aber wo im Leben gelingt schon alles gleich vollständig? Sprechen wir davon, daß wir diesen Mißbrauch unserer Rechtsordnung von 400 000 auf 100 000 Fälle, also um drei Viertel, zurückführen konnten!

1992 gab es einen Rückstau von 478 000 Asylbewerber-Verfahren beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Nürnberg. Heute sind es noch 27 500, eine Monatsrate. So sichern erstklassige Verwaltungen den Vollzug der neuen Asylgesetzgebung, die wir gegen alle Hetze erst durchsetzen und dann geschlossen vor dem Bundesverfassungsgericht verteidigen konnten. Wir wenden sie täglich an – trotz allen linken Geheißens.

An dieser Stelle muß ich Ihnen eines sagen: Innere Sicherheit ist nicht zuvörderst mit den Obersätzen zu gewährleisten. Für die innere Sicherheit muß man täglich im Einzelfall antreten. Sie erfordert zu ihrer Verteidigung unentwegt Entscheidungen und Vollzug. Das setzt gerade auch im Bereich des Mißbrauchs des Ausländerrechts immer wieder voraus, daß wir die notwendigen Entscheidungen treffen, auch um ihrer Präventionswirkung willen; Beispiele:

Wenn innerhalb weniger Monate die Zahl der Asylbewerber aus Togo anschwillt, weil eine verbrecherische Gang es geschafft hat, eine Rechtsnische auszukundschaften, dann muß es ein Visum für Togo geben. – Im nächsten halben Jahr kam nur noch einer. Das ist ein Erfolg.

Als Sudanesen zu uns ins Land gebracht wurden, um den Markt daraufhin abzuchecken, was er denn wohl hergebe, mußten sie zurückgeführt werden, um beim ersten Fall klarzumachen, daß es den Markt nicht gibt.

Wenn 2 000 Minderjährige über unsere Flughäfen zu uns ins Land gebracht werden, deren Betreuung uns anschließend 6 000 bis 8 000 DM pro Monat kostet, dann mußte es eine Visumpflicht für diese Minderjährigen geben, damit der Menschenhandel von Schleppern und Schleusern mit Kindern aufhört, und er hat aufgehört.

Wenn die PKK glaubte, sie könne in Deutschland Polizisten mit Benzin übergießen und Barrikaden auf Autobahnen errichten sowie die Dortmunder Innenstadt verwüsten, dann mußte die Antwort sein – siehe deutsch-türkischer Briefwechsel: Ihr geht damit das Risiko ein – Asyl hin oder her –, an die Türkei zurücküberstellt zu

werden – bei Erhalt aller rechtsstaatlichen Garantien, die wir nur geben können.

Als Anfang dieses Jahres und in den beiden letzten vergangenen Jahren die Zahl der irakischen Asylbewerber über unsere westlichen Grenzen sprunghaft zunahm, mußten wir nicht nur unsere Grenze dagegen sichern, sondern auch unsere Freunde, unsere Partner in Europa bitten, gleiches zu tun. Natürlich ist das nicht immer nur in allergrößter Ruhe möglich, wenn Interessen einmal so weit auseinandergehen. Aber auch unser Land hat Sicherheitsinteressen, und diese Regierung macht sie geltend.

Wenn, wie vor einigen Wochen geschehen, 123 irakische Kurden zum Urlaub ins Verfolgerland zurückfahren und anschließend an der Grenze mit dem Einreise-Stempel auffallen, dann wird allen 123 das Asyl entzogen; denn wer im Verfolgerland Urlaub macht, der braucht nicht Asyl in Deutschland.

Wenn vor einigen Tagen durch die Zeitungen ging, daß vier Bundesgrenzschutzbeamte, die einen kriminellen Ghanaer nach Accra zurückgeführt haben, durch ein sehr genaues Zusammenspiel von Connections hier und dort, in Ghana, miserabel behandelt worden sind, dann habe ich nach Aufklärung des Sachverhalts, die ergab, daß ihnen nichts vorzuwerfen ist, ihnen als Dienstherr ganz ausdrücklich für ihre treue Pflichterfüllung gedankt.

Dieses Netz können wir durch eine begreifliche, nachvollziehbare, glaubwürdige Politik ständig tragfähiger machen. Fragen der inneren Sicherheit stellen für unsere kommende EU- und Schengen-Präsidentschaft deshalb auch den für das zusammenwachsende Europa neben Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik besonders

wichtigen dritten Pfeiler dar. Denn wenn unsere Mitbürger erkennen, daß das geeinte Europa nicht etwa weniger, sondern mehr Sicherheit für alle bedeuten kann, dann wird der europäische Gedanke zusätzliche Akzeptanz gewinnen.

Die etwa zu einem Drittel gelungene Rückführung der bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge ist ein Zeichen dafür, was entschlossene Politik bewirken kann. Was ist nicht weltweit die Gefährdung des Dayton-Friedens beschrien worden, falls Deutschland schrittweise die Bürgerkriegsflüchtlinge zurückführte! Nichts davon ist geschehen. Es war auch nie zu besorgen, denn Hauruck ist nicht unsere Methode im Umgang mit Menschen. Aber eine klare Politik mit Augenmaß und Stehvermögen wirkt eben auch bei den Betroffenen und im Ausland. Das Problem sollte 1998 weitgehend gelöst werden können.

Deshalb sei Serbien von dieser Stelle aus erneut gewarnt. Wenn es seine Kosovo-Politik nicht mäßigte und neue Wanderungsbewegungen nach Westeuropa provozierte, nähmen wir das nicht noch einmal nach der Art hin, wie es an Entscheidung der Völkerfamilie im Falle Bosniens zunächst gefehlt hatte.

In der Ausländerpolitik liegt ein politisches Problemfeld, auf dem wir die Linie von der Bewahrung der inneren Sicherheit auf die dauerhafte Gewährleistung des inneren Friedens verlängern müssen. Nichts wird dafür so wichtig sein wie das Zusammenleben der Deutschen mit über sieben Millionen Ausländern. Diese gewaltige, von allen anständigen Menschen in Deutschland akzeptierte Integrationsaufgabe ist nur lösbar, wenn sie sich nicht auf immer größere Zahlen von Betroffenen und vermehrte Fremdheit von Menschen aus allen Weltgegenden erstrecken muß.

Wir werden den Berechtigten natürlich weiter Asyl gewähren, aber den unerwünschten Zuzug von Ausländern immer wirksamer eindämmen.

In vielfältiger Hinsicht gibt es überdies den kriminalpolitischen Zusammenhang zwischen illegalem Zuzug und noch nicht hinreichend gelöster Integrationsaufgabe, sowohl im Bereich der allgemeinen wie der organisierten Kriminalität, und bei letzterer in erschreckender Weise. Aber noch entscheidender als Kriminalitätsbekämpfung ist, daß sich in unserem Lande Bevölkerungsgruppen nicht gegeneinander aufstellen, sondern in wachsendem Einvernehmen miteinander leben. Das bieten wir den Ausländern in Deutschland seit Jahrzehnten mit dem großzügigsten Ausländerrecht der Welt erfolgreich an; aber nicht, weil wir uns als Einwanderungsland oder als multikulturelle Gesellschaft definierten. Das sind wir nicht, und mit der Union werden wir das auch nicht. Deshalb gibt es mit uns auch kein Einwanderungsgesetz.

Vermeiden wir die aufgemöbelten Gemeinplätze und seien wir in der Innenpolitik immer realitätsbewußt, ruhig und klar. Illusionen erleichtern dieses schwierige Geschäft ganz bestimmt nicht.

Das heißt auch: Wer auf die dauerhafte Integration von Millionen Ausländern in unser Land und Leben setzt, muß Einbürgerung als Schlußstein eines solchen Vorgangs selbstverständlich ermöglichen, wie wir es seit langem und großzügig tun. Ebenso klar muß aber sein: Es gibt keinerlei Notwendigkeit dafür, die heute vorhandenen Ausnahmen für doppelte Staatsangehörigkeit zum Regelfall zu machen, für wen auch immer; Schluß mit der Debatte um

mehr doppelte Staatsangehörigkeit!

Auch hier ist Verlaß auf die CDU, wie es im Zukunftsprogramm klar ausgedrückt ist.

Gleiches gilt für die Aussiedlerfrage. Wir haben das Tor für unsere von der Geschichte leidgeprüften Landsleute in Osteuropa offengehalten, und wir werden das weiterhin tun. Lafontaines jammervolle Neidkampagne ist zusammengebrochen, sollte aber nicht vergessen werden; denn die Methode begegnet uns überall in der Politik der Sozialdemokraten wieder.

Gleichzeitig ist es uns jedoch gelungen, durch vielfältige Maßnahmen im Inland und in den Herkunftsregionen Hilfe zu leisten, Mißbrauch zu stoppen, sprachliche Integrationsbemühungen zu verstärken und die Zahl der Zuzüge wesentlich zu vermindern, ohne die menschliche Solidarität mit unseren Landsleuten zu verletzen – wieder ein Beispiel für erfolgreiche Politik.

Reden wir in der Politik niemals in Phrasen daher! Ich bin davon überzeugt, daß die Menschen die Sprechblasen leid sind, mit denen sie oft gefüttert werden. Handeln wir als Gesetzgeber, als Regierung! Und wir tun es und treten den Beweis in Bereichen an, in denen man die Dinge besonders gut messen kann, zum Beispiel auch dort, wo es bei chronisch schmalen Kassen auf allen Seiten ums Geldausgeben geht.

In den letzten fünf Jahren sind die Aufwendungen für das Bundeskriminalamt um 20 % und für den Bundesgrenzschutz um 50 % gestiegen. Innere Sicherheit kann man nicht zum Nulltarif haben. Wer neuen Gefährdungen nicht am Anfang entgegentritt, wird die Säumnis später dreifach und mit mehr als mit Geld bezahlen.

Deshalb wird die innere Sicherheit auch in der kommenden Legislaturperiode wieder einen finanziellen Schwerpunkt unserer Regierungsarbeit darstellen. Nichts ist so überzeugend wie die schlichte Wahrheit: Der Bundesgrenzschutz kann heute rund 10 000 uniformierte Mitarbeiter mehr einsetzen als 1992. 3 236 neue Stellen stehen neu im Haushalt, alle vorhandenen sind besetzt. So handelt die Union auch einheitlich in den Bundesländern, in denen sie als Bonner Koalition die Regierungsverantwortung trägt. In den Haushalten Bayerns, Baden-Württembergs und Sachsens haben seit 1993 zusätzlich 3 110 Polizeiplanstellen Platz gefunden. In den von der SPD geführten Ländern Niedersachsen, Hamburg, Saarland, Hessen und Schleswig-Holstein waren es 1083 Stellen weniger. Mehr Sicherheit à la Schröder mit weniger Polizei – absurd! Messen wir diese Sprücheklopfer an dem, was sie in ihrer eigenen heutigen Verantwortung unzureichend getan haben!

Dann werden wir schnell erkennen: Das ist der Unterschied zwischen einer von Helmut Kohl und Gerhard Schröder geführten Regierung. Warum sollte ein in dem Lande, das er mit absoluter Mehrheit regiert, wenig erfolgreicher Ministerpräsident im Verein mit den grünen Illusionisten als Bundeskanzler erfolgreicher sein? Das größte Sicherheitsrisiko Deutschlands bestünde in einer grün-roten Bundesregierung. Dagegen rufen wir die Wähler auf.

„Praxis“ ist auch der Grund, weshalb ich mit der „Aktion Sicherheitsnetz“ angetreten bin: daß wir die Debatte ein Stück vom Kopf auf die Füße stellen. Den Meisterbrief in der inneren Sicherheit erhält nicht, wer die schrägsten Interviews gibt, sondern wer die wenigsten Straftaten im Lande hat und

die meisten Straftäter fängt, wirksam vorbeugt und aufklärt. Wenn die norddeutschen SPD-Länder die Sicherheitsleistungen der süddeutschen CDU/CSU-Länder erbringen, dann ist ein wesentlicher Auftrag erfüllt. Leider sind sie davon weit entfernt, und wir rufen den Wählern zu: An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!

Es ist offenkundig, daß unsere Mitbürger die Leistungen der Union für die innere Sicherheit auch erkennen. Es gibt keinen Bereich in der Demoskopie, in dem der Kompetenzvorsprung der Union vor den grün-roten Herausforderern so klar ist wie im Bereich der inneren Sicherheit.

An dieser Stelle muß ein Kerngedanke unserer Arbeit hinzugefügt werden. Es wirkt nur ein integrales Konzept, das nicht auf einen Königsweg setzt, sondern auf hundert Mosaiksteine, die richtig zusammengefügt und langfristig zusammengehalten werden müssen. An diesem Mosaik haben wir unermüdlich gebaut.

Aber unverzichtbar ist der Hinweis, daß alle diese gesetzgeberischen, administrativen, wissenschaftlichen, fiskalischen, juristischen, polizeilichen oder persönlichen Anstrengungen nicht ersetzen können, daß die Gesellschaft im Ganzen begreift: Die Gewährleistung der inneren Sicherheit setzt eine positive geistige Einstellung zur Bewahrung und Achtung des Rechts voraus, zu zeitlosen Wertbegriffen und damit zur Unentbehrlichkeit und Unersetzlichkeit der Erziehung junger Menschen in Familien, Schulen und vielerlei Einrichtungen.

Wer das geltende Recht beliebig macht, wer festigende Bindungen und Werte geringschätzt, wer täglich Brutalität als Unterhaltung auf seinem Sender abfeuert, der soll nicht glauben, daß Polizei und Strafrichter am Schluß der Kette das Problem lösen können.

Weil wir um diese geistigen Fragen immer gewußt haben, galt unser Widerstand der linken Gesellschaftspolitik in drei vergangenen Jahrzehnten, ohne daß wir alle ihre Folgen hätten aufhalten können. Das gräßliche Zitat Lafontaines beweist immer wieder, was ich meine: „Pflichtbewußtsein . . . als Sekundärtugend, mit der man auch ein KZ betreiben könne.“ – Wer so etwas sagt, ist nicht geeignet, unser Land zu regieren.



Jetzt wird der Rückenwind hinter uns zunehmend stärker in unserem Volk. Auch das macht die Bewältigung der langfristigen Probleme chancenreicher. Die meisten Menschen haben Sehnsucht nach Bindungen und Geltung beständiger Werte. Wir wollen ihnen bei der Erfüllung dieser Hoffnungen durch unsere Politik helfen. Wir kreischen nicht, sondern wir schlagen im Gegenteil alle Hetzer politisch, mit unseren praktischen Erfolgen, stets nach rechts und links gleichermaßen.

Was für eine absurde Vorstellung, daß CDU und CSU als die Erbauer und stärksten Garanten unseres Rechtsstaats ihre Stimmlage jeweils danach richten müßten, ob Extremisten in einen Landtag kommen oder nicht. Jeden Tag Kampf gegen alle

Extremisten in der Praxis, eiserne Geltung des Grundsatzes ihrer politischen Unberührbarkeit – das bleibt unser Rezept, bewährt in 50 Jahren stabilen Staats, und niemals so beispiellose Blindheit aus Machthunger und kleinkarierter Abneigung wie jetzt in Sachsen-Anhalt, wo die linken Extremisten hoffähig gemacht werden sollen, um wieder einmal das immerwährende Schisma im linken Lager zuzukleistern und zu überwinden.

Wenn die Bürger die Anstrengungen ihres Staates für ihren Schutz erkennen und akzeptieren, dann sind die rechten Extremisten machtlos, die allein mit dem Mißbrauch dieses Themas ihr trübes Süsschen kochen wollen. Mit einer entschlossenen Innenpolitik können wir entscheidend zur Beständigkeit unseres demokratischen Staates beitragen und alle Extremisten schlagen. Als Kraft aus der Mitte – immer als Kraft!

Die sonstigen Beschlüsse des 10. Parteitags der CDU in Bremen

Beschluß Nr. 4

Angesichts der Herausforderungen stehen wir in der Pflicht, die sozialen Sicherungssysteme strukturell so zu reformieren, daß sie stabil bleiben und die Beiträge unter 40 % sinken.

Beschluß Nr. 5

Lebensfähige Räume – für die Zukunft unserer Landwirtschaft

Deutschland verfügt wie kaum ein anderes Land über ein ausgewogenes Verhältnis zwischen städtischen Ballungsgebieten und ländlichen Räumen. Dies ist eine gute Grundlage für die positive Entwicklung unserer Gesellschaft insgesamt. Gleichwertige Lebenschancen in Stadt und Land sind für uns ein wichtiges Ziel.

Gerade eine globale und offene Welt braucht regionale Identität, denn die Menschen haben ein Bedürfnis nach Heimat, nach Vertrautheit und Verwurzelung. Das bedeutet, daß unsere ländlichen Räume, lebendigen Gemeinden, funktionierenden Dorfgemeinschaften und unsere unverwechselbaren Kulturlandschaften, die einen Teil unseres natürlichen und kulturellen Erbes repräsentieren, immer wichtiger werden. Eine zukunftsweisende Politik für den ländli-

chen Raum und die ihn prägende Land- und Forstwirtschaft ist deshalb ein besonderer Schwerpunkt der CDU. Wir werden unsere Politik zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft sowie im gesamten ländlichen Raum fortsetzen.

Wir werden die Entwicklungschancen des ländlichen Raumes durch eine integrierte Strukturpolitik weiter verbessern, deren erstes Ziel die Schaffung zukunfts-trächtiger Arbeitsplätze und die Stärkung der Wirtschaftskraft ist. Die Chancen für eine dezentrale Wirtschaftsentwicklung steigen mit den Möglichkeiten der modernen Kommunikations- und Informationstechnologie. Diese wollen wir für den ländlichen Raum nutzen. Gerade für junge qualifizierte Kräfte müssen Perspektiven im ländlichen Raum geschaffen werden.

Mittelstand, Handwerk und Einzelhandel im ländlichen Raum verdienen unser besonderes Augenmerk. Wir werden ihnen weiterhin günstige Rahmenbedingungen gewährleisten.

Gute Lebensbedingungen vor Ort und Erhalt der Mobilität sind für die Menschen im ländlichen Raum von besonderer Bedeutung. Eine gute Verkehrsanbindung und die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung bleiben deshalb wichtige Ziele unserer Politik.

Landwirtschaft und ländlicher Raum gehören zusammen. Die Belange des

ländlichen Raumes werden wir zukünftig in einem Ressort bündeln.

Wir werden die Existenz einer bäuerlichen, leistungsfähigen, unternehmerischen und umweltverträglichen Landwirtschaft in Deutschland sichern, die die vielfältigen Anforderungen einer modernen Industriegesellschaft – Versorgung mit gesunden und preiswerten Lebensmitteln und umweltfreundlichen Rohstoffen, Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und Pflege der Kulturlandschaft – dauerhaft erfüllen kann.

Die Landwirte müssen für sich und ihre Familien ein ausreichendes Einkommen erwirtschaften und ihre Chancen auf den heimischen sowie auf den Exportmärkten nutzen können. Dafür muß die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter stärken. Wir wollen die bäuerlichen Betriebe unterstützen und Wettbewerbsverzerrungen und bürokratische Hemmnisse abbauen. Letzteres gilt in besonderem Maße für die Veredlung, die auch in Deutschland Entwicklungschancen haben muß. Auch in der Landwirtschaft brauchen wir eine Kostentlastungs- und Standortsicherungsoffensive. Die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft muß Kosten-, Markt- und Qualitätsführerschaft erreichen. Dazu gehört auch, daß die Struktur der Verarbeitungsbetriebe verbessert wird.

Unverzichtbar sind faire Wettbewerbsbedingungen auf dem Weltmarkt. Die europäische Landwirtschaft unterliegt besonderen klimatischen Bedingungen und gesellschaftlichen Anforderungen. Wir wollen das eigenständige europäische Landwirtschaftsmodell erhalten und bei den anstehenden WTO-Verhandlungen die hohen europäischen Umwelt- und Verbraucherschutzstandards absichern.

Unsere landwirtschaftlichen Betriebe brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union auf der Grundlage der Reform von 1992 unter Berücksichtigung der vielfältigen Aufgaben weiterzuentwickeln. Die Vorschläge der EU-Kommission (Agenda 2000) lehnen wir in der vorliegenden Form ab. Ziel unserer Agrarpolitik ist es, daß die Landwirte einen möglichst hohen Anteil ihres Einkommens aus Markterlösen, d. h. dem Verkauf ihrer Produkte und Dienstleistungen, erwirtschaften können.

Insbesondere bei Milch und Rindfleisch müssen Wege beschritten werden, die die Märkte entlasten und den Betrieben bessere Einkommen ermöglichen. Wettbewerbseinschränkende und leistungsfeindliche Obergrenzen lehnen wir ab. Die CDU besteht bei der Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik auf Lösungen, die der deutschen Landwirtschaft für die Zukunft eine verlässliche Perspektive bieten.

Ohne die bäuerliche Landwirtschaft ist unsere Kulturlandschaft, die durch die Arbeit von Land- und Forstwirten über Generationen entstanden ist, nicht zu bewahren. Landwirtschaft muß an die Standortverhältnisse angepaßt sein, eine Diskussion über ausschließlich extensive oder intensive Bewirtschaftung wird dem Ziel einer umweltgerechten Landwirtschaft nicht gerecht.

Wir setzen uns für regional angepaßte Formen der landwirtschaftlichen Produktion ein. Dabei halten wir daran fest, daß es für besondere ökologische und landschaftspflegerische Leistungen, die über die Erfordernisse der guten fachlichen Praxis hinausgehen, einen angemessenen Ausgleich geben muß.

Beschluß Nr. 6**Kostenneutrale EURO-Umstellung der staatlichen Gebühren**

Der Bundesparteitag fordert die Bundesregierung und die Bundesländer auf, sich dafür einzusetzen, daß durch die EURO-Umrechnung von Gebühren und Preisen für staatliche Dienstleistungen keine zusätzlichen finanziellen Belastungen der Bürger entstehen.

Beschluß Nr. 7**Umstellung der Buchhaltung der öffentlichen Dienste auf EURO**

Der Bundesparteitag fordert die Bundesregierung und die Bundesländer auf, sich dafür einzusetzen, daß mit der Einführung des EURO zum 1. Januar 1999

- die Steuerverwaltungen des Bundes und der Länder zu diesem Zeitpunkt auf die neue Rechnungseinheit umstellen,
- die Steuererklärungen für das Jahr 1999 auch in EURO abgegeben werden können und
- die Ansätze der Haushalte des Bundes und der Länder in DM und in EURO ausgewiesen werden.

Beschluß Nr. 8**Subsidiaritätsprinzip stärken**

Der Bundesparteitag fordert die Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken, daß das Subsidiaritätsprinzip des Maastrichter Vertrages fortentwickelt wird. Die konkretere Ausgestaltung des Subsidiaritätsprinzips sollte auch Gegenstand der Beratungen der nächsten Regierungskonferenz sein.

Insbesondere sind Anzahl und Umfang von EU-Verordnungen und Richtlinien zu verringern. Im Verfahrensrecht sollten nur dann Verordnungen erlassen werden, wenn das Regelungsinstrument der Richtlinie nicht ausreichend ist. Alle bisher noch nicht umgesetzten EU-Richtlinien und Verordnungen sollten daraufhin überprüft werden, ob sie mit dem Prinzip der Subsidiarität noch vereinbar sind.

Bund und Länder werden aufgefordert, die Umsetzung von EU-Richtlinien praxisgerecht und bürgernah vorzunehmen sowie sich fortlaufend über die Handhabung der Umsetzung von EU-Richtlinien in den anderen Mitgliedstaaten zu informieren.

Auf nationaler Ebene ist dafür Sorge zu tragen, daß der Bundestag vor der Zustimmung zu EU-Richtlinien und EU-Verordnungen beteiligt wird.

Beschluß Nr. 12**Pauschalierung der Sozialhilfe**

Die CDU Deutschlands tritt dafür ein, daß einmalige Leistungen für Sozialhilfeempfänger sobald wie möglich pauschaliert ausbezahlt werden können.

Beschluß Nr. 16**Recht und Sicherheit für die Bürger der Europäischen Union**

Die Bundesregierung wird aufgefordert, nachfolgende Forderungen in das Arbeitsprogramm für die deutsche Rats-

Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1999 aufzunehmen.

1. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Justiz und Strafverfolgungsbehörden

Die Bürgerinnen und Bürger Europas müssen in allen europäischen Ländern in gleicher Weise ihr Recht durchsetzen können und vor Rechtsbrechern geschützt werden.

(1) Die Kontakte zwischen allen Justiz- und Polizeibehörden der Europäischen Union sind zu intensivieren. Ziel ist die direkte Zusammenarbeit aller Justiz- und Polizeibehörden vor Ort. Unsere Nachbarn in den mittel- und osteuropäischen Staaten sind schrittweise an das „Schengen-Niveau“ und Europol heranzuführen. Dies bedingt neben einer Mitarbeit bei Europol (Stichwort: Stationierung von Verbindungsbeamten) auch die möglichst frühzeitige Beteiligung an europäischen Informationssystemen, namentlich dem Schengener Informationssystem (SIS).

(2) Offene Grenzen auch für Rechtsbrecher erfordern zwingend offene Grenzen für Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte. Die europäischen Staaten müssen in das rechtsstaatliche Handeln ihrer Gerichte und Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden gegenseitig soweit vertrauen, daß sich Strafverfolgungsmaßnahmen auf das gesamte Gebiet der Europäischen Union erstrecken können. Komplizierte Rechtshilfewege sind abzuschaffen.

(3) Der Europol durch den Vertrag von Amsterdam eingeräumten Befugnisse, wie z. B. die Möglichkeit, spezifische Ermittlungsmaßnahmen einschließlich operativer Aktionen der Mitgliedstaaten zu unterstützen, sind noch auszuweiten.

2. Rechtsschutz für die Bürger der Europäischen Union

Im erweiterten Binnenmarkt müssen Hindernisse bei der Anwendung des geltenden Zivil- und Verfahrensrechts beseitigt werden.

(1) Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft können und müssen künftig die Regeln für die Zustellung von Urkunden, für die Beweisaufnahme in den Mitgliedstaaten, die Regeln über das auf den konkreten Fall anzuwendende Recht und Regeln des Zivilverfahrens so vereinheitlicht werden, daß der Bürger mehr Rechtsklarheit gewinnt und seine Rechte ohne ärgerliche Verzögerungen durchsetzen kann.

(2) Die Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche darf im europäischen Ausland nicht schwieriger oder langwieriger sein als im Inland. Vor einem Gericht erstrittene Urteile müssen in allen europäischen Ländern die gleiche Rechtswirkung haben.

Beschluß Nr. 17

1. Die großen Herausforderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert können nur die demokratischen Parteien bewältigen. Radikale Kräfte von links und rechts sind eine Gefahr für eine erfolgreiche Beantwortung der Zukunftsfragen.

2. Die CDU Deutschlands lehnt die Bildung von Regierungen durch direkte oder indirekte Mithilfe von links- und rechtsradikalen Parteien ab.

3. Die CDU Deutschlands fordert die SPD auf, einen gleichlautenden Beschluß unverzüglich zu fassen, um noch vor der Bundestagswahl für alle sichtbar Klarheit zu schaffen.

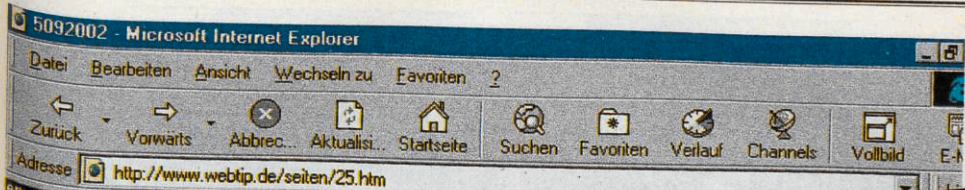
4. Die CDU stellt eindeutig klar, daß die PDS als Nachfolgeorganisation der SED nach wie vor nicht auf dem Boden des Grundgesetzes steht.



Beschluß Nr. 18

Längere Arbeitslosigkeit kann vor allem bei jungen Arbeitslosen zu Problemen führen, die sich auf das ganze spätere Leben auswirken. Motivation, Leistungsbereitschaft und Arbeitstugenden können beeinträchtigt werden oder sogar verlorengehen. Das Gefühl, in der Gesellschaft nicht gebraucht zu werden und keine Chance zu bekommen, kann dazu führen, daß sie sich gegen die Gesellschaft und ihre Werte wenden. Um die berufliche und soziale Integration der Jugend in die Gesellschaft zu fördern,

werden wir daher eine gemeinnützige Stiftung gründen. Die „Deutsche Stiftung Zukunftschance Jugend“ soll durch die Bundesregierung aus Privatisierungserlösen gegründet werden. Sie soll konkrete Projekte zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit unterstützen, die gegenseitige Unterstützung von jüngeren und älteren Mitbürgern fördern und öffentlichkeitswirksam Kampagnen zur Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen durchführen. Dabei soll sie mit den Jugendverbänden, der Wirtschaft, den Gewerkschaften, den Medien und den Kirchen zusammenarbeiten.



anfrageergebnis - rezeption

CDU - Christlich Demokratische Union Deutschlands

werbung

Im passend konservativen Outfit präsentiert sich das We(r)b(e)angebot der Christdemokraten. Gleich zu Beginn wartet die Partei mit aktuellen Nachrichten auf. Diese klingen teilweise optimistischer als das Ergebnis vielleicht wirklich zu betrachten ist - aber Pessimismus paßt einfach nicht zum Motto Das 21. Jahrhundert menschlich gestalten und niemand wird einer Partei verübeln, daß sie in ihrer Selbstdarstellung auch mal den Weichzeichner benutzt. Innen erwarten Sie weiterhin viele Informationen zu allen wichtigen Themen der Politik, Informationen die Webgerecht daherkommen: kurz und knapp aber nicht oberflächlich - längere Text, wie das Zukunftsprogramm stehen zum Download in verschiedenen Formaten bereit. Abgerundet wird das professionelle Angebot durch eine einfache Suchfunktion und ein moderiertes Forum. Neu ist das Online-Magazin welches eine Auswahl von Schlagzeilen und Kommentare aus der Tagespresse vorstellt.

▲ Sämtliche Angebote, die Sie im **webTIP** finden, gehören zu den besten 5 Prozent der deutschsprachigen Internetangebote.

Ein **top-5-Prozent-Logo** auf einer Homepage zeigt an, daß diese Site im webTip geführt wird. Dieses Qualitäts-Logo zielt selbstverständlich auch die CDU-Homepage.





Rede des
CDU-Generalsekretärs Peter Hintze
auf dem 10. Parteitag der CDU Deutschlands
1998 in Bremen

Unser Weg zum Wahlsieg



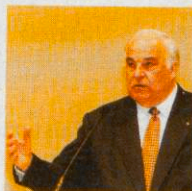
sicher in die Welt von morgen **CDU**

● **Rede Peter Hintze: Unser Weg zum Wahlsieg**

Broschüre, DIN A5
Bestell-Nr.: 3421
Verpackungseinheit: 25 Expl.
Preis je 25 Expl.: 17,25 DM

Rede des Vorsitzenden,
Bundeskanzler Helmut Kohl,
auf dem 10. Parteitag der CDU Deutschlands
1998 in Bremen

Wir führen Deutschland in das 21. Jahrhundert



sicher in die Welt von morgen **CDU**

● **Rede Helmut Kohl: Wir führen Deutschland in das 21. Jahrhundert**

Broschüre, DIN A5
Bestell-Nr.: 3450
Verpackungseinheit: 25 Expl.
Preis je 25 Expl.: 17,25 DM

Zukunfts- programm

der Christlich
Demokratischen
Union Deutschlands



CDU

● **Zukunftsprogramm
Beschluß des 10. Partei-
tages der CDU**

Broschüre, DIN A5
Bestell-Nr.: 5363
Verpackungseinheit: 50 Expl.
Preis je 50 Expl.: 30,00 DM

Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag, Wolfgang Schäuble,
auf dem 10. Parteitag der CDU Deutschlands
1998 in Bremen

Wir sind bereit, das Tor zur Zukunft mutig aufzustoßen



sicher in die Welt von morgen **CDU**

● **Rede Wolfgang Schäuble:
Wir sind bereit, das Tor zur
Zukunft mutig aufzustoßen**

Broschüre, DIN A5
Bestell-Nr.: 3422
Verpackungseinheit: 25 Expl.
Preis je 25 Expl.: 17,25 DM

Bestellungen an: per Post: IS-Versandzentrum · Postfach 11 64 · 33759 Versmold · Fax (0 54 23) 41 52 1
E-Mail: georg.simon@bertelsmann.de

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand

Transport-Stop bis zur vollständigen Klärung der Ursachen

Bundesumweltministerin Angela Merkel legt 10-Punkte-Plan vor

„Das Bundesumweltministerium hat die Erkenntnisse über Grenzwertüberschreitungen bei Transporten von abgebrannten Brennelementen nach entsprechenden Informationen aus Frankreich selbst aufgedeckt und veröffentlicht. Es steht fest, daß die Transporte zur COGEMA in La Hague zu keinem Zeitpunkt eine gesundheitliche Gefahr für die Bevölkerung oder das Personal bedeuteten. Gleichwohl sind die Vorgänge um die bestrahlten Brennelementtransporte nach Frankreich nicht zu akzeptieren. Wir müssen deshalb unsere Aufklärungsarbeiten weiter vorantreiben und so schnell wie möglich zu Ergebnissen kommen. Heute lege ich einen 10-Punkte-Plan unserer nächsten Schritte und Maßnahmen vor.“

Dies erklärte Bundesumweltministerin Angela Merkel in einer Zwischenbilanz zu den bisherigen Ermittlungen im Zusammenhang mit den kontaminierten Brennelementtransporten am 25. Mai in Bonn.

I. 10-Punkte-Plan der nächsten Schritte und Maßnahmen

1. Die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) wurde beauftragt, den technischen Sachverhalt zu untersuchen und schnellstmöglich eine erste Zwischenbilanz vorzulegen. Sie soll die

konkreten und dem Bundesumweltministerium seit dem 24. 4. 1998 bekannten Vorkommnisse rückhaltlos aufklären.

2. Die Prüfung der Einhaltung der Grenzwerte durch entsprechende Meßkontrollen ist Aufgabe der Länder-Aufsichtsbehörden und des Eisenbahnbundesamtes. Sollte der GRS-Bericht zu dem Ergebnis kommen, daß es etwa Defizite bei der Durchführung der geltenden Kontrollmessungen gibt, müssen Konsequenzen gezogen werden.

3. Bei den Meldewegen müssen die aufgetretenen Mängel beseitigt werden. Es muß sicher sein, daß bei Transporten Kontaminationen, wo und wann auch immer sie auftreten und gemessen werden, allen zuständigen Behörden mitgeteilt werden. Das Bundesumweltministerium weist das Bundesamt für Strahlenschutz deshalb an, künftig in allen Genehmigungen durch Auflagen sicherzustellen, daß entsprechende Rückmeldungen der Energieversorgungsunternehmen bzw. KKW-Betreiber an die deutschen Aufsichtsbehörden (Länderbehörden und Eisenbahnbundesamt) erfolgen.

4. Auf dem morgigen deutsch-französischen Umweltrat wird das Bundesumweltministerium sich für eine vertiefte Zusammenarbeit im Bereich des Informa-

tionsaustausches einsetzen. Es geht vor allem darum, daß die zuständigen französischen Behörden die deutschen Aufsichtsbehörden informieren, sobald auf französischem Hoheitsgebiet erhöhte Kontaminationen an deutschen Brennelementtransporten festgestellt werden. Einen entsprechenden Vorschlag soll eine gemeinsame deutsch-französische Arbeitsgruppe vorlegen, die ihre Arbeiten in Kürze aufnehmen wird. Eine vergleichbare Zusammenarbeit wird auch mit Großbritannien angestrebt.

5. Mit Blick auf die Transportbereitstellung sind die für die Aufsicht über die Kernkraftwerke zuständigen Länder durch das Bundesumweltministerium aufgefordert, kurzfristig eine Überprüfung der inneren Organisationsstruktur in den Kernkraftwerken selbst zu veranlassen. Hierüber wird das Bundesumweltministerium mit den Ländern auf hochrangiger Ebene Gespräche führen. Es darf nicht sein, daß die Fachebene der EVU von den konkreten Grenzwertüberschreitungen der Brennelementtransporte wußte, diese Kenntnis aber nicht an die Betriebsleitung weitergegeben hat. Deshalb muß der Nachweis geführt werden, daß sich die aufgetretenen Unzulänglichkeiten nicht wiederholen können.

6. Die Aufgaben- und Verantwortungsstruktur des Transportsystems muß verändert werden. Das Bundesumweltministerium hat die deutschen EVU aufgefordert, unverzüglich ein belastbares neues Organisationskonzept vorzulegen. Erforderlich sind klare Strukturen mit klaren Aufgabenzuweisungen. Hierzu gehört eine eindeutige Trennung der Verantwortung zwischen dem absendenden KKW, dem Beförderer und dem Empfänger. Ferner ist zu gewährleisten, daß künftig für die Durchführung des Transports nicht mehr mehrere Unternehmen neben-

einander zuständig sind, sondern nur einer die maßgebliche Verantwortung trägt.

7. Neben organisatorischen Verbesserungen sind auch weitere technische Maßnahmen erforderlich, damit es nicht mehr zu einer Überschreitung der zulässigen Grenzwerte kommen kann. Die bisher von den EVU hierzu vorgelegten Vorschläge reichen nicht aus. Das Bundesumweltministerium fordert die EVU auf, weitergehende Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten.

8. Alle seit 1995 in Deutschland vorgenommenen Messungen von Brennelementtransporten durch das Eisenbahnbundesamt werden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und ausgewertet. Ferner werden die Landesaufsichtsbehörden gebeten, ebenfalls ihre Meßprotokolle zum Zwecke der Veröffentlichung zur Verfügung zu stellen.

9. Das Bundesumweltministerium hat das Eisenbahnbundesamt gebeten zu prüfen, ob rechtliche Schritte gegen Verantwortliche einzuleiten sind.

10. So lange die Ursache des konkret festgestellten Kontaminationsproblems nicht vollständig geklärt ist und so lange das mit Frankreich, Großbritannien und den Energieversorgungsunternehmen in Deutschland festzulegende Informationssystem nicht eingeführt und funktionsstüchtig ist, gilt der vom Bundesumweltministerium verhängte Stop von Transporten bestrahlter Brennelemente ins Ausland und im Inland fort.

II. Sachstand

● 1997/98 wurden bisher insgesamt 68 Transporte mit abgebrannten Brennelementen von deutschen Kernkraftwerken

nach La Hague durchgeführt. In 16 Fällen sind an einigen Stellen (13 Bodenwannenkontaminationen und 3 Behälterkontaminationen) erhöhte radioaktive Kontaminationen aufgetreten (über dem Grenzwert von 4 Bq/cm^2). Die französischen Behörden haben darüber hinaus bestätigt, daß in Frankreich bei Transporten, die von französischen Kernkraftwerken stammen, auch Kontaminationen an der Außenabdeckung der Eisenbahnwaggons festgestellt wurden. Dies bezieht sich allerdings nur auf französische Transportvorgänge.

In die britische Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield sind 1997/98 bisher insgesamt 50 Transporte aus deutschen Kernkraftwerken verbracht worden. Aus Großbritannien liegen aber bisher noch keine offiziellen Behördenmitteilungen über erhöhte Kontaminationen bei Brennelementtransporten aus Deutschland vor. Nach Angaben der britischen Betreibergesellschaft BNFL weisen ein oder zwei Transportbehälter erhöhte Kontaminationen auf. Die Verschmutzungen sind trotz regelmäßiger Kontrollen in Deutschland nicht entdeckt worden. In Deutschland wurden zu keinem Zeitpunkt erhöhte Kontaminationen festgestellt.

● Die deutschen Betreiber haben bereits seit Jahren Kenntnis von konkreten Verschmutzungen deutscher Transportbehälter. Die Energieversorgungsunternehmen haben dies in einer gemeinsamen Erklärung vorgestern erneut gegenüber der Öffentlichkeit eingeräumt. Gleichwohl wurde weder das Eisenbahnbundesamt noch das Bundesumweltministerium von diesem Sachverhalt informiert.

● Das Bundesumweltministerium ist erstmals am 24. April 1998 von den in Valognes festgestellten konkreten Kontaminationen über die französischen Behörden informiert worden. Am 19. Mai 1998 wurde das Bundesumweltministerium von den erhöhten Kontaminationen an Transportbehältern in Sellafield durch das nie-

dersächsische Umweltministerium informiert.

● Es trifft zu, daß das in der Wissenschaft erörterte Problem möglicher Kontaminationen bei Brennelementtransporten, die erst zu einem späteren Zeitpunkt festgestellt werden können, in Fachkreisen bekannt war. Aber die Messungen haben keine Anhaltspunkte ergeben, die diese wissenschaftliche Diskussion in der Praxis bestätigt hätten. In Deutschland sind Meßkontrollen beim Abgang der Behälter aus den Kernkraftwerken, während des Transportvorgangs und beim Empfänger vorgeschrieben, um zu gewährleisten, daß der zulässige Grenzwert eingehalten wird. In insgesamt drei Gerichtsentscheidungen des OVG Münster und des OVG Lüneburg wurde das in Deutschland praktizierte Transport- und Lagerbehälterkonzept bestätigt.

III. Politische Bewertung

Wenn man sich die Diskussion der letzten Tage ansieht, wird der Versuch deutlich, einen Widerspruch zwischen den Aussagen mancher Wissenschaftler oder Techniker in Gutachten und den Aussagen des Bundesumweltministeriums herbeizureden. Einen solchen Widerspruch gibt es nicht.

Das Bundesumweltministerium hat stets deutlich gemacht - zuletzt in der Presseerklärung vom 22. 5. 1998 -, daß das Problem oder, wie viele jetzt sagen, das Phänomen möglicher Kontaminationen bei Brennelementtransporten wissenschaftlich behandelt worden ist und als solches bekannt ist. Allerdings konnte etwa Professor Schlich unabhängige deutsche Gerichte von seinen Einschätzungen nicht überzeugen.

Darüber hinaus ist trotz der herangezogenen Behauptungen und Vorwürfe einzelner Wissenschaftler über Gutachten, Protokolle und Anhörungen festzuhalten: Informationen über konkrete Meßergebnisse von Grenzwertüberschreitungen sind dem Bundesumweltministerium von französi-

scher Seite erst am 24. 4. 1998 mitgeteilt worden.

Vor diesem Hintergrund führt aber nunmehr genau diese Diskussion, mit der auf einen scheinbaren Widerspruch geschlossen wird, zu dem eigentlich entscheidenden Kern des Problems im Umgang mit Hochtechnologien: Der Umgang mit Hochtechnologien erfordert klare Grenzwerte und Richtlinien zur Vermeidung von Sicherheits- bzw. Gesundheitsrisiken.

Überschreitungen oder Nichteinhaltungen müssen konkret kontrolliert und im Zweifelsfalle umgehend abgestellt werden. Soll aber im Grunde jede potentiell oder theoretisch gegebene technische Möglichkeit bestimmter physikalischer Prozesse und Erscheinungen absolut ausgeschlossen werden, dann wird etwas gefordert, was entweder einen alles leistenden und omnipräsenten Staat vorgaukelt oder ein modernes Industrieland im Umgang mit Hochtechnologien völlig bewegungs- und handlungsunfähig macht.

Das heißt nicht, daß über bestimmte Vorkommnisse und Erscheinungen hinweggehen werden darf oder sie gar billigend in Kauf genommen werden. Das macht vielmehr ein Handeln erforderlich, das von klar umrissenen und nachvollziehbaren Prinzipien geleitet ist, die es möglich machen, konkrete Erscheinungen einzuschätzen und in ihrer Wirkung bewerten zu können:

● **Das Kriterium der Sicherheitsrelevanz**

– Sicherheit ist das entscheidende Kriterium, um Sachverhalte im Zusammenhang mit der Kernenergie bewerten zu können, also ein Handlungsraaster, nach dem etwa mit Hilfe von Messungen Risiken eingeschätzt und unterschieden werden können.

● **Transparenz** – das heißt in diesem Fall Offenlegung und Austausch konkreter Meßergebnisse.

● **Keine Pauschalverurteilungen** – zu einer verantwortungsvollen Einschätzung

des in diesem Fall von den Energieversorgungsunternehmen eingeräumten Versäumnisses bei der Übermittlung von Informationen über Meßergebnisse beim Transport abgebrannter Brennelemente gehört auch, diesen Sachverhalt in den Gesamtzusammenhang der Entsorgung radioaktiver Abfälle und der friedlichen Nutzung der Kernenergie einzuordnen. Vor diesem Hintergrund sollte sich deshalb – jenseits grundsätzlicher politischer Unterschiede – jeder davor hüten, die friedliche Nutzung der Kernenergie und die sie vertretende Industrie pauschal zu verurteilen. Es gehört zu meiner Verantwortung, dies genauso deutlich zu machen, wie die notwendigen Schritte zur Klärung des konkreten Problems weiter voranzubringen. Dies ist auch insbesondere in bezug auf das Engagement deutscher Unternehmen zur Verbesserung der Sicherheitskonzeption von Kernkraftwerken in Mittel- und Osteuropa von großer Bedeutung.

Bundesumweltministerin Angela Merkel:

„Auf der Grundlage dieser drei Aspekte kann im Umgang mit Hochtechnologien wie der Kernenergie in Staat und Politik verantwortungsbewußt gehandelt werden. Auf der Grundlage dieser drei Aspekte kann das Vertrauen in die Sicherheit und Verantwortbarkeit der Nutzung und Anwendung von Hochtechnologien wie der Kernenergie erhalten oder – wie in diesem Fall – wiederhergestellt werden. Wer dies ablehnt, agiert nur noch parteitaktisch oder beschädigt den Standort Deutschland. Zudem machen die Ereignisse erneut deutlich, wie notwendig eine Weiterentwicklung des 1979 zwischen Bund und Ländern vereinbarten Entsorgungskonzeptes ist. Jeder politisch Verantwortliche in Bund und Ländern muß sich dieser Aufgabe bewußt sein. Ein parteiübergreifender Konsens wäre Grundvoraussetzung für Transparenz und Vertrauen bei der Nutzung der Kernenergie.“

Richtlinien, Vereinbarungen, Regulierungen Lafontaines Vorstellungen von Europa

In seiner Rede im Bundesrat am 24. April 1998 hat der SPD-Parteivorsitzende Oskar Lafontaine offenbart, wie sich die SPD das zukünftige Europa vorstellt: eine Mischung aus Reglementierungen, Vereinheitlichungen und Bürokratisierung.

● **“Strukturenreformen alleine genügen nicht; Makropolitik muß hinzukommen.“** (Lafontaine)

Die SPD wünscht sich eine Zentralisierung der Politik auf europäischer Ebene. Beschäftigungs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik sollen europaweit vereinheitlicht werden. Das bedeutet nicht nur mehr Staat, mehr Bürokratie und mehr Kontrolle, sondern auch den Abschied von der Verantwortung für die nationale Politik.

Die Europäische Union ist ein Zusammenschluß unabhängiger Staaten, die erkannt haben, daß die Koordinierung bestimmter Politikbereiche zu mehr Wohlstand für alle führt. Sie bedeutet aber nicht die Aufgabe der nationalen Identität, nationaler Ziele und nationaler Politik. Wir wollen keinen europäischen Einheitsstaat, in dem die europäische Ebene für alles zuständig ist. Das ist auch ökonomisch gar nicht sinnvoll. Der Grundsatz der Subsidiarität – dem sich auch die Europäische Union verpflichtet hat – besagt, daß grundsätzlich die unterste Ebene für eine Aufgabe zuständig ist. Nur dann, wenn sie diese Aufgabe nicht bewältigen kann, soll die Zuständigkeit auf die nächsthöhere Ebene abgegeben werden.

Ein Beispiel: Die Unterhaltung von Theatern liegt im Regelfall bei den Kom-

munen, denn diese können am besten beurteilen, welche Wünsche und Bedürfnisse die Bürger in ihrer Gemeinde haben. Diese Aufgabe den Ländern, dem Bund oder gar der Europäischen Union zu übertragen, wäre unwirtschaftlich und würde mehr Bürgerferne bedeuten. Außerdem würde es den Verwaltungs- und Koordinationsauf-

Die SPD will ein zentralistisches Europa der Reglementierung und Bevormundung.

wand deutlich erhöhen. Umweltpolitik dagegen kann nicht sinnvoll auf der kommunalen Ebene betrieben werden, denn Luftverschmutzung und Lärmbelästigung machen nicht an den Gemeindegrenzen halt. Deshalb ist es vernünftiger, Umweltschutz auf internationaler Ebene, zumindest aber auf europäischer Ebene zu betreiben.

Die SPD macht solche Unterscheidungen nicht: Sie möchte so viel wie möglich so schnell wie möglich auf die europäische Zentralebene verlagern. Nationale und regionale Besonderheiten würden dadurch vernachlässigt. Nationale und regionale Entscheidungsspielräume würden eingeschränkt. Statt mehr Freiheit – einem wichtigen Ziel der Europäischen Union – würden wir im Ergebnis weniger Freiheit mit einer aufgeblähten Europabürokratie haben.

● **“Stabiles Geld ist nicht alles.“** (Lafontaine)

Die SPD hat offensichtlich noch nicht begriffen, daß hohe Preisstabilität eine wesentliche Voraussetzung für Wachstum, Wohl-

stand und Beschäftigung ist. Inflation entwertet die Einkommen und setzt eine Spirale von Lohnerhöhungen und weiterer Geldentwertung in Gang. Zudem steigen die Zinsen und machen arbeitsplatzschaffende Investitionen zunehmend unattraktiver. Die Verlierer eines solchen Teufelskreislaufs sind in beiden Fällen die Arbeitnehmer. Deshalb gilt im Gegensatz zu Lafontaines Vorstellungen: Ohne stabiles Geld ist alles nichts.

● **„Die Lohnpolitik muß zunehmend die Rolle der Wechselkurse übernehmen.“** (Lafontaine)

Flexible Wechselkurse spiegeln das Verhältnis der wirtschaftlichen Stärke verschiedener Staaten wider. Sie federn gleichzeitig wirtschaftliche Schwankungen ab: Die Währung eines Landes im wirtschaftlichen Abschwung verliert an Wert. Bei einer solchen Abwertung werden die heimischen Produkte im Ausland billiger und die ausländischen Güter im Inland teurer. Dadurch können mehr heimische Produkte im Ausland abgesetzt werden, Investitionen im Inland werden wieder attraktiver; der Aufschwung setzt ein. Diese Anpassungen kann es in einer Währungsunion mit einheitlicher Währung nicht mehr geben. Andere Mechanismen müssen die Anpassungsaufgabe übernehmen, die bisher die Wechselkurse hatten.

In einer marktwirtschaftlichen Ordnung ist der wichtigste Mechanismus der Preis: Bei einem Produkt, das wenig nachgefragt wird, muß der Preis sinken, damit die Nachfrage zu- und das Angebot abnimmt. Im Gleichgewicht entsprechen sich dann Angebot und Nachfrage. In gleicher Weise funktioniert auch der Arbeitsmarkt mit den Preis für Arbeit, dem Lohn.

Ein Beispiel: In einer Region mit niedriger Arbeitslosigkeit sind die Löhne üblicherweise höher als in einer Region mit hoher Arbeitslosigkeit. Für die arbeitsuchenden Arbeitnehmer ist es deshalb at-

traktiv, in die Region mit höheren Löhnen umzuziehen. Dadurch steigt die Konkurrenz um die Arbeitsplätze in dieser Region; die Löhne werden tendenziell sinken. In der Region mit hoher Arbeitslosigkeit hingegen werden die Löhne tendenziell steigen, weil die Zahl der Arbeitssuchenden und damit der Wettbewerb um die Arbeitsplätze sinkt. Im Ergebnis gleichen sich die Löhne in den Regionen an und verharren auf dem Gleichgewichtsniveau, also bei einem Preis, bei dem Angebot und Nachfrage ausgeglichen sind.

Es ist deshalb richtig, daß den Löhnen in der Europäischen Union eine zentrale Rolle zukommen wird. Doch statt mehr Flexibilisierung der Löhne, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, fordert die SPD:

● **“europaweite Lohnleitlinien“.**

(Lafontaine)

Lafontaine geht so weit zu sagen: „Es kann daher in keinem Fall so weitergehen, daß die Lohnpolitik ohne jegliche Absprache und Koordination in nationaler Zuständigkeit, womöglich noch in regionaler oder branchenbezogener Zuständigkeit, allein verbleibt.“ Flexible Wechselkurse zum Ausgleich nationaler Wirtschaftsschwankungen sollen also nicht etwa durch flexiblere Löhne, sondern im Gegenteil durch unflexible und vereinheitlichte Löhne ersetzt werden.

● **“Der Arbeitsmarkt in Gesamteuropa kann zukünftig nicht ohne Richtlinien, Vereinbarungen und Regulierungen gestaltet werden.“** (Lafontaine)

An anderer Stelle sagt Lafontaine in seiner Rede, die Parole „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ sei problematisch und würde zu Massenarbeitslosigkeit führen. Offensichtlich weiß die SPD nicht, ob sie vereinheitlichte oder differenzierte Löhne bevorzugen soll.

Jede Form von Reglementierung stört den geschilderten Mechanismus. Regulierte Löhne bedeuten letztlich, daß sich ein Land im Abschwung nicht durch Lohnzurückhaltung und – daraus resultierend – steigende Gewinnaussichten, mehr Investitionen und dadurch neue Arbeitsplätze selbst helfen darf. Nationale Gewerkschaften und Arbeitgeber können nicht mehr nach wirtschaftlicher Lage und Arbeitsmarktsituation Löhne festlegen, sondern müssen sich an vereinheitlichte Leitlinien halten, die für die spezielle Situation in ihrem Land oder ihrer Region schädlich sind und Arbeitslosigkeit erhöhen, statt sie abzubauen. Europäische Beschäftigungspolitik à la SPD heißt schließlich auch, daß Staaten, die eine gute Wirtschafts- und Finanzpolitik betreiben und deshalb eine geringere Arbeitslosigkeit aufweisen, die Arbeitsbeschaffungsprogramme derjenigen Länder (mit-)finanzieren, die wegen unvernünftiger Politik eine höhere Arbeitslosigkeit haben.

Auch zum Thema öffentliche Verschuldung hat Oskar Lafontaine offenbar eine andere Meinung als sämtliche Wirtschaftsexperten, wenn er das Defizitkriterium des Maastrichter Vertrages als

● *“das fanatische Bestehen auf 3,0“*

bezeichnet. Die europäischen Staaten haben sich auf die Kriterien für die öffentliche Verschuldung geeinigt, weil sie erkannt haben, daß nur solide Staatsfinanzen in allen Ländern der Europäischen Währungsunion die Stabilität des EURO dauerhaft sichert. Übermäßige Verschuldung hat negative Wirkungen auf das Wachstum und den Arbeitsmarkt. Deshalb war es wichtig und notwendig, die Teilnahme an der Währungsunion an die Einhaltung der Kriterien zu binden.

Die SPD scheint es mit der Staatsverschuldung etwas lockerer zu sehen. Mit

öffentlichen Defiziten lassen sich jedoch keine dauerhaften Arbeitsplätze schaffen. Der Staat entzieht der privaten Wirtschaft Geld, treibt damit die Zinsen in die Höhe und erstickt den wirtschaftlichen Aufschwung. Steigende Zinsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden müssen über steigende Steuern finanziert werden. Dadurch sinken nicht nur die Unternehmenserträge, sondern auch die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer. Im Ergebnis gibt es mehr statt weniger Arbeitslosigkeit. Wir brauchen daher nicht mehr öffentliche Verschuldung, sondern im Gegenteil eine Konsolidierung der Staatsfinanzen, um wieder Spielräume in den öffentlichen Haushalten zu gewinnen und der privaten Wirtschaft wieder mehr Freiraum zu geben.

Außerdem können wir den künftigen Generationen nicht immer mehr Schulden aufbürden. Die Entwicklung der Staatsverschuldung in den Ländern der Europäischen Union zeigt, daß durch die Konvergenzkriterien bereits erhebliche Konsolidierungserfolge erreicht wurden. Ein Abrücken von diesen Kriterien hätte diese Erfolge mit ihren positiven Wirkungen auf das gemeinschaftliche Wachstum zunichte gemacht. Die Glaubwürdigkeit des EURO wäre massiv geschädigt worden.

Die Rede des SPD-Parteivorsitzenden zeigt damit sehr deutlich, daß die SPD ein vollkommen anderes Europa möchte: ein zentralistisches Europa der Reglementierung und Bevormundung. Nicht die Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, sondern Vereinheitlichung auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger sind ihre europapolitischen Ziele. Veraltete wirtschaftspolitische Konzepte und sozialistisches Gedankengut sind ihre Prinzipien. Eine Partei wie die SPD, die derart nachlässig mit vertraglichen Vereinbarungen und mit ökonomischen Notwendigkeiten umgeht, darf keine Verantwortung für die zukünftige Politik in Europa übernehmen ■

Gigantisches Täuschungsmanöver

Zur Wahl von Ministerpräsident Höppner am 26. Mai mit den Stimmen der PDS erklärte der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl:

Der heutige Tag bedeutet einen tiefen Einschnitt in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: Zum ersten Mal hat sich ein Repräsentant der SPD offen von der kommunistischen PDS zum Regierungschef eines Bundeslandes wählen lassen.

Als Nachfolgeorganisation der SED hat die PDS ein nach wie vor ungeklärtes Verhältnis zum Grundgesetz; ihre Führung betrachtet unsere freiheitlich-demokratische Verfassung lediglich als Instrument zur Durchsetzung sozialistisch-kommunistischer Ziele. Die PDS lehnt die Westbindung Deutschlands ab. Sie versucht mit allen Mitteln, Deutschland erneut zu spalten.

Radikale dürfen nie wieder politischen Einfluß bekommen

Durch ihr Bündnis mit der PDS verrät die SPD einen Grundsatz, der zur demokratischen Stabilität unserer Bundesrepublik Deutschland entscheidend beigetragen hat: Niemand dürfen demokratische Parteien mit Radikalen – ob von rechts oder links – zusammenarbeiten. Radikale von rechts und links haben in diesem Jahrhundert nur Unglück über unser Volk gebracht. Sie dürfen in Deutschland nie wieder politischen Einfluß bekommen!

Die Ereignisse in Sachsen-Anhalt drohen

Wir sind bereit
SPD



PDS

Aufpassen Deutschland!

CDU

◀ Motiv einer bundesweiten Kampagne der CDU, die Generalsekretär Peter Hintze am 27. Mai auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus vorgestellt hat. Das Poster, das es auch als Wandzeitung gibt, kann in den Größen A1 (Nr. 7417) und A0 (Nr. 7418) in unserem Versandzentrum in Versmold bestellt werden. 50 Exemplare sind zum Preis von 25,- DM (A1) bzw. 50,- DM (A0) zu erhalten.

kein einmaliger Vorgang zu bleiben. SPD-Bundesgeschäftsführer Müntefering hat bereits angekündigt, daß Sozialdemokraten auch in anderen Bundesländern mit der PDS zusammenarbeiten wollen. Wenn es um die Macht geht, kennt die SPD keine Hemmungen mehr. Herr Schröder hat Herrn Höppner gewähren lassen; er selbst würde die Stimme der PDS zur Hilfe nehmen, sollte er sie nach der Bundestagswahl am 27. September für die Kanzlermehrheit benötigen.

Das Gerede der SPD von einer „neuen Mitte“ hat sich mit dem heutigen Tag endgültig als gigantisches Täuschungsmanöver erwiesen. In Wahrheit soll jetzt der Abmarsch in eine linke Republik beginnen. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands wird mit aller Kraft dagegen kämpfen. Wir wollen diese Republik – und keine andere. ■

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.



Fotos dieser Ausgabe: Laurence Chaperon und Joachim Giesel

UiD

17/1998

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den In-
halt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg
Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon
(0228) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, Verlag:
Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113
Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119.
Vertrieb: Tel. (0228) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Pro-
fittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr.
7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 60,- DM.
Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: WVA Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.